

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Altenbegleitungseinrichtung in Andritz

GR. **Hohensinner**, GRin. Mag.^a **Ennemoser**, GR. **Gesek** und GR. Mag. **Kowald** stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! In Graz ist die Infrastruktur an Pflegeheimen sehr gut ausgebaut und verfügt laut seniorenfuehrer.at über rund 25 SeniorInnenheime.

Die Lebenserwartung und die Pflegebedürftigkeit steigen, und sind schon jetzt ein Drittel der über 80-jährigen Senioren in Pflegeheimen versorgt. Ein Danke an alle Familien, die ihre Eltern zu Hause pflegen, das muss man auch einmal sagen, weil das sind immerhin zwei Drittel der zu Pflegenden.

Mit großer Sorge haben wir, Verena Ennemoser, Mario Kowald und ich, über die Schließung der letzten Altenbetreuungseinrichtung in unserem Heimatbezirk Andritz erfahren. Dass in der Seniorenresidenz Marianne akuter Handlungsbedarf vorlag, wird von uns nicht angezweifelt, aber über die Art und Weise, wie die BewohnerInnen in andere Heime evakuiert wurden, ist zumindest hinterfragenswert. Erst gestern war ich beim Gehörlosenverband Steinbergstraße und dort hat mir eine Dame erzählt, dass ihre Freundin nach Leibnitz übersiedelt wurde und sie jetzt keine Möglichkeit mehr hat, sie zu besuchen, also das ist wirklich sehr traurig.

Trotzdem hoffen wir, dass das Land Steiermark hier wirklich alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, bevor dieser Schritt, der nun gesetzt wurde, passiert ist.

Bezirksvorsteher Johannes Obenaus, die Grazer Seniorenbundchefin Gemeinderätin Gerda Gesek und wir Andritzer Gemeinderäte werden seit der Schließung sehr oft darauf angesprochen, wie es mit unserem Bezirk bezüglich Altenbegleitung weitergeht. Zumal auch das in der benachbarten Gemeinde Stattegg gelegene SeniorInnenheim Winkler vor nicht allzu langer Zeit geschlossen wurde.

Andritz ist mit 19 Quadratkilometern der flächenmäßig größte Bezirk in Graz und hat fast 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Aufgrund einer Nachfrage bei der zuständigen Stelle des Landes wurde festgestellt, dass es noch kein Konzept für eine Ersatzeinrichtung für das Haus Marianne gibt beziehungsweise in Aussicht gestellt wurde.

Viele wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass es für die Lebensqualität der älteren Menschen wichtig ist, falls sie pflegebedürftig werden, im nahen Umfeld ihrer Wohnung eine solche Betreuungseinrichtung in Anspruch nehmen zu können.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge folgende Petition beschließen:

- 1.) „Die Stadt Graz tritt an den zuständigen Sozialreferenten des Landes Steiermark, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Kurt Flecker, heran und ersucht diesen, sein zuständiges Amt, Sozialabteilung des Landes, zu beauftragen, alle Möglichkeiten zu prüfen beziehungsweise einzuleiten, um so schnell wie möglich ein Ersatzangebot für das geschlossene Haus Marianne für den Bezirk Andritz sicherzustellen, allenfalls vorhandene Gebäude mit einzubeziehen.“

Dann hat es heute vor der Sitzung noch eine Anregung gegeben von Seiten der FPÖ und der SPÖ, und wir haben diesen guten Vorschlag gleich eingebaut:

- 2.) den für die GGZ zuständigen Stadtsenatsreferenten Mag. (FH) Mario Eustacchio zu ersuchen, die GGZ mit der Prüfung und Abklärung zu beauftragen, inwieweit es den GGZ möglich ist, in Andritz ein Pflegeheim zu errichten oder zu übernehmen.

Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das heißt, das was als Abänderungsantrag gedacht war, ist jetzt gleich Teil des dringlichen Antrages.

GRin. **Haas-Wippel** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pflege und Betreuung von alten Menschen, von pflegebedürftigen Menschen ist ein ganz wesentliches, wichtiges, sensibles Thema. Deshalb stimmen wir seitens der SPÖ auch der Dringlichkeit zu. Wo wir nicht mitgehen können, ist im Motivenbericht die Darstellung, dass es hinterfragenwürdig wäre, wie die Evakuierung stattgefunden hat, weil man muss eines sagen, ein Haus mit 85 Bewohnern in zwei Tagen zu evakuieren, ist eine Meisterleistung (*Applaus SPÖ*) und warum...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GRin. **Haas-Wippel**: Das ist Ihr Wort, „evakuieren“ ist Ihr Wort. Es waren Missstände und ich schließe da bei der Kollegin Taberhofer an, die ja schon sehr genau gesagt hat, welche Pflegefehler im Pflegeheim Marianne vorhanden waren. Ich will gar nicht genau darauf eingehen, ich sage nur, die Bewohnervertreterin hat das Gericht beauftragt, dass der Richter eine Begutachtung durchführt und der Richter, es war ein richterlicher Bescheid, hat gesagt, es ist Gefahr im Verzug und da müssen diese Menschen in eine andere Einrichtung kommen.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das bestreiten wir ja nicht.

GRin. **Haas-Wippel**: Eben, weil dieses Wort „hinterfragenswert“, dieses Wort hat uns ein bisschen aufgestoßen und das ist auch nicht in Ordnung aus unserer Sicht.

Dann das Zweite ist, dass eine unabhängige Sachverständige jeden Einzelnen, jede Einzelne angeschaut hat und einen Befund erhoben hat und man hat dieses Haus schließen müssen. Und das ist mir wichtig zu sagen, dass es für die Bewohner eine schwierige Situation ist, ist klar, dass es auch für die Angehörigen nicht einfach ist, weil in Graz die Kapazitäten nicht ganz ausgereicht haben, ist auch klar, aber das muss immer in dem Focus gesehen werden, was hätte man sonst gemacht, hätte man diese Menschen, die einfach menschenunwürdig betreut worden sind, in diesem Haus lassen sollen, das wäre nicht gegangen. Deshalb hat es diese Situation gegeben. Faktum ist, der Staatsanwalt ist eingeschaltet, er ermittelt in rund 20 Fällen und es ist ein laufendes Verfahren und das gilt es sowieso abzuwarten. Aber Beschwerden hat es ja schon viele Jahre gegeben, auch bei der Patienten- und Pflegeombudsschaft, und warum jetzt wir mit diesem Inhalt mitgehen können, hat auch den Grund, dass man ganz neu die Situation überdenken muss, es gibt in Graz einen Bedarfs- und Entwicklungsplan, das ist nicht bezirksweise zugeordnet, sondern es ist der Cluster Graz und da muss man schauen, welche Betreuungseinrichtung die richtige ist, deshalb auch der Abänderungsantrag der SPÖ gemeinsam mit der FPÖ, weil es ist ja nicht gesagt, dass wir unbedingt ein Pflegeheim in Andritz brauchen, es gibt ein abgestuftes Modul bei uns in den GGZ, ein Modul, das sagt, wir schauen, ist betreutes Wohnen das Wesentliche, ist eine ambulante Betreuung wesentlich oder teilstationäre Einrichtung für die betreffenden Personen vor Ort das Wesentliche. Deshalb können wir inhaltlich dem Antrag nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Mag.^a **Taberhofer** zum Antrag: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Inhalt zu, da wir ja nicht dem Motivenbericht eine Zustimmung oder nicht geben, sondern im Prinzip nur auf diesen Passus uns beziehen, der ein Ersatzangebot für wesentlich und notwendig erachtet und das ist auch der Grund, warum wir zustimmen. Einen wesentlichen Punkt würde ich aber ganz gerne in dem Fall auch hervorstreichen und zwar, es geht aber auch vor allem darum, dass es eine qualitätsvolle, hochwertige Pflege sein muss und die muss gewährleistet sein, also ein Ersatzangebot muss nach diesen Kriterien auch überlegt werden, denn vielfach

ist es so, dass die Situation in den Pflegeheimen weder den Erwartungen von Heimbewohnerinnen und Bewohnern noch dem modernen Pflegestand teilweise entspricht und das liegt also zum einen an der unzureichenden Personalausstattung der Heime teilweise, an der Qualität des Essens manchmal, an Größe, Belagszahl der Zimmer und schließlich aber auch aus der Zimmerausstattung, und ursächlich hierfür ist nach unserer Ansicht sehr häufig die Gewinnerorientierung von Heimträgern verantwortlich zu machen. Und gerade deshalb ist es zweckmäßig aus unserer Sicht, gewinnorientierte Anbieter vom Markt zu verdrängen und sicherzustellen, dass hinkünftig eben nur mehr gemeinnützig oder öffentliche Anbieter stationäre Pflegeleistungen einbringen oder erbringen sollen. Also Ziel ist es aus unserer Sicht, jedem Bürger, jeder Bürgerin der Stadt Graz die bestmögliche Pflege zukommen zu lassen und dieses soziale Grundrecht als Menschenrecht auch verfassungsmäßig zu verankern, und in jedem Fall muss also eben die pflegerische Versorgung über das Grundscheema der gegenwärtigen Pflegepraxis, nämlich warm, satt und sauber, deutlich hinausgehen. Also für mich ist nicht nur das Ersatzangebot entscheidend, sondern auch die Qualität dessen, was wir unseren Menschen in der Stadt dann auch bieten können müssen. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. **Eustacchio**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zuvor danke der SPÖ für diesen Zusatz, gibt mir ja Gelegenheit, da heute auch etwas dazu zu sagen, nachdem es endlich einmal mein Ressort betrifft. Das GGZ hat sich ja auch ausgezeichnet, wie es zu dieser dramatischen Situation gekommen ist, das GGZ hat den Großteil dieser zu Pflegenden übernommen und ich glaube, wir können recht stolz sein, dass wir mit dem GGZ in Graz eine so erfolgreiche Einrichtung haben. Es ist nämlich auch quasi wie ein Musterbetrieb, der europaweit beobachtet wird und immer wieder herangezogen wird, wie man es machen kann. Dieses Know-how gilt es auszunützen, dieses Know-how kann man sicherlich anwenden auch in diesem Bereich, wo man sagt, man weitet es aus. Dadurch kann ich es nur begrüßen, habe das natürlich auch abzustimmen mit der Führungsspitze des GGZ, ob das überhaupt machbar ist und das veranlasst mich, dort fortzusetzen, wo ich heute mich nicht zu Wort gemeldet habe, nämlich zum Budget, das verteilt wurde oder wird, mit den 200 Millionen, wo bei mir eine schöne Null steht und zum anderen wird das GGZ laufend reduziert, nämlich im Sinne der Eigenkapitalausstattung. Was dazu führt, dass dieses

GGZ nicht mehr in der Lage sein wird, solche Projekte zu verfolgen, solche Projekte für die Stadt umzusetzen, vor allem vor dem Hintergrund, dass auf uns in Zukunft noch viel mehr zukommen wird, Problemstellungen in diesem Bereich, weil wir überaltern, das haben wir eh schon oft einmal festgehalten. Dadurch fordere ich auf, und weil auch gerade der Zusatz von der ÖVP gekommen ist, bitte auch Ihre zuständigen Stadtsenatsmitglieder, in dem Fall bist du es, Gerhard, auch einzuwirken und zu sagen, bitte lasse die Finger von diesem GGZ, von den Finanzen des GGZ, weil dann können wir gewährleisten aus dem GGZ, dass wir dort hilfreich zur Seite stehen und da fordere ich dich hiermit auf und zu den Gesprächen, die du geführt hast, du hast informiert, also wir haben nicht verhandelt, sondern du hast mich informiert. Ich sage es gleich wie die SPÖ, das Paket ist vielleicht offen, überlegt euch das noch einmal, gerade in dieser Situation zu überdenken, wir haben Anfragen in Zukunft, denen wir gerecht werden müssen und das ist so ein Problem und dem müssen wir in diesem Bereich gerecht werden. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper**: Ich kann den Ausführungen des Stadtrates Mario Eustacchio nur beipflichten. Deswegen werden wir auch einen gemeinsamen Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ stellen, wie Kollegin Waltraud Haas-Wippel angekündigt hat. Wir sind ja, wie gesagt, für die Dringlichkeit der Behandlung, aber nicht einverstanden mit dem Motivenbericht und den inhaltlichen Ausführungen, mit der konkreten Antragsstellung. Der gemeinsame Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ lautet: Der für die GGZ zuständige Stadtrat, Herr Mag. Mario Eustacchio, wird ersucht, die GGZ mit der Prüfung und Abklärung zu beauftragen, inwieweit es den GGZ möglich ist, in Andritz ein Pflegeheim zu errichten oder zu übernehmen und GGZ gegebenenfalls den Auftrag zu erteilen, die erforderlichen Schritte beim Land Steiermark zwecks notwendiger Bedarfsprüfung einzuleiten. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich bin deswegen ein bisschen verwirrt, weil dieser Antrag, der jetzt als Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ gekommen ist, schon im Hauptantrag von Kurt Hohensinner vorgetragen wurde.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir werden das als Abänderungsantrag dann mit...

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Wie man eigentlich aus einer tragischen Geschichte wie den offenkundigen Pflegemissständen im Haus Marianne ein Politikum machen kann, sieht man. Die Schließung dieses Hauses ist eine gute Mischung aus zweierlei. Erstens, tatsächliche Missstände, zweitens offenbar ein unbändiger Hass des Soziallandesrates auf alle privaten Pflegeheimbetreiber, eine gute Mischung aus beidem. Und wer mit jenen gesprochen hat, und das habe ich, ich weiß nicht, wer es im Gemeinderat gemacht hat, mit jenen gesprochen hat, die dieses Haus überprüft haben, die das Haus einen Monat zuvor vor der Schließung überprüft haben und die die Berichte, die zu dieser Schließung geführt haben, gelesen haben, wird draufkommen, dass offenbar innerhalb von dreieinhalb Wochen in diesem Haus Marianne die Hottentotten geherrscht haben müssen, der Pflegemissstand hat sich dort innerhalb von dreieinhalb Wochen...

Zwischenruf GR. Hagenauer: Die Hottentotten bitte aus dem Spiel lassen, die können nichts für die BZÖ.

GR. **Grosz**: Bitte? Gut, als Zwischenruf des Herrn Hagenauer vermerkt, damit er auch seine Freude hat. Aber das, was hier passiert ist, ist einer Pflegediskussion, wie ich sie mir erwarte, wie sie geführt werden muss, wie sie zur Qualitätssicherung beiträgt, wie sie auch zur Beruhigung jener Menschen beiträgt, die zu pflegende Angehörige in diesem Pflegeheim gehabt haben, dazu hat das sicher nicht beigetragen und hier gilt auch der Dank von uns selbstverständlich dem GGZ und

dem politischen Stadtsenatsreferenten, der ja innerhalb von drei Tagen auch versucht hat, in einer durchaus schwierigen Situation und einer hohen Belagsanzahl in seinem eigenen Bereich, hier versucht hat, zusätzliche Kapazitäten innerhalb des GGZ freizumachen, damit nicht noch mehr zu Pflegende und Angehörige der zu Pflegenden verunsichert werden, wie es passiert ist. Noch einmal, es geht bei dem Haus Marianne darum, nichts zu beschönigen, überhaupt nichts zu beschönigen, offenbar wurde dort das Haus auch mit wenig sozialer Kompetenz geführt und vor allem auch geführt in einer Art und Weise des Personalmanagements, dass die Fluktuation dort eine ungleich höhere war als das Wechseln meiner eigenen Unterhose, um es volkstümlich zu formulieren.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Darüber wissen wir nichts.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das wollen wir nicht wissen, Gerald.

GR. **Grosz:** Darüber wissen wir nichts, impliziert, es findet täglich statt, ich kann dich beruhigen. Sonst würde es schon ein bisschen eigentlich da riechen anfangen, wenn es nicht so wäre. Spaß beiseite bei einer traurigen Diskussion. Wir unterstützen daher den Antrag des Gemeinderates Hohensinner, aber auch den Abänderungsantrag, wenn er als Zusatzantrag gestellt worden wäre. Der Abänderungsantrag bedeutet ja, den die Sozialdemokratie eingebracht hat, dass ja de facto der Antragstext des Herrn Hohensinner komplett obsolet wird und das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Schwachsinn und da, lieber Mario Eustacchio, hast du dich leider Gottes von den Sozialdemokraten für etwas einspannen lassen, nur um gerade auch in diesem Bereich Parteipolitik walten zu lassen. Gerade in diesem Bereich sind alle gefragt, gerade, wenn es darum geht, zusätzliche Pflegeangebote zu schaffen, ist sowohl Kurt Flecker als Landeshauptmannstellvertreter gefragt, der es offenbar geschafft hat, die letzten fünf, sechs Jahre mit jedem Pflegemitarbeiter in der Steiermark sich anzulegen,

sowohl im öffentlichen, als auch im privaten Dienst, mit jedem Pflegeheimbetreiber sowohl im öffentlichen als auch in seinem eigenen Bereich sich anzulegen, da ist Kurt Flecker gefragt und es ist selbstverständlich ja nicht abzulehnen, wenn man das GGZ und dich, lieber Stadtrat Eustacchio, auffordert, dich auch hier hilfreich einzubringen. Noch einmal, der spazierende Stadtrat, der der teuerste Spaziergänger der Stadt Graz ist, da wird sich ja die Allgemeinheit nicht verwehren, wenn du endlich einmal tun willst, aber dann hätte ich das nicht als Abänderungsantrag, sondern als Zusatzantrag gestellt, denn das wäre sinnvoll gewesen und das hätte bewiesen, dass es nicht nur um Parteipolitik geht, sondern wirklich um eine konkrete Lösung und daher werden wir den Abänderungsantrag in dieser Form, es steht euch frei, einen Zusatzantrag noch einzubringen, der eine oder andere Gemeinderat kann noch ausrücken und sagen, ist kein Abänderungsantrag sondern als Zusatzantrag, in der Form stimmen wir dem nicht zu, wir haben der Dringlichkeit zugestimmt, dem Inhalt vom Gemeinderat Hohensinner, aber nicht dem Text, solange es ein Abänderungsantrag bleibt. Und zur Frau Kollegin von der KPÖ, die die Enteignung von privaten Pflegeheimbetreibern fordert, und das war hier O-Ton und das war auch die Meinung, kein Problem. Wie das öffentliche enteignete Pflegeheimsystem Lainz funktioniert, wissen Sie vielleicht nicht mehr. Ich kann es Ihnen aber erklären, das sogenannte öffentliche Pflegesystem Modell Lainz, dass Sie offenbar fordern, hat mehrere Tote in Wien verursacht. Der öffentliche Pflegebereich, der vor vier Jahren auch Tote in der Steiermark zu verursachen gehabt hat, weil Menschen überbrüht worden sind, und wir kennen diese Fälle alle, die haben sich in öffentlichen Heimen abgespielt, öffentlichen Einrichtungen des Landes Steiermark. Ich bin hier nicht, auch wenn man es vermuten würde, der Brandredner für die privaten Pflegeheime, aber ich halte überhaupt nichts davon, dass man hier Menschen, Betreuerinnen und Betreuer und auch jene Menschen untereinander ausspielt, die sich in einem ganz wesentlichen Zukunftssektor unseres Landes mit den Problemen von Pfleglingen und von pflegenden Angehörigen beschäftigen. Ich halte Menschen, die sich um Mitmenschen kümmern in einer Situation, wo sie es selbst nicht mehr können, für Heilige der Gegenwart. Was Pflegerinnen und Pfleger tagtäglich bei den in Österreich vorherrschend windigsten Ausbildungsbedingungen, denn wir haben noch immer nicht einheitliche Ausbildungsregeln in Österreich, tagtäglich leisten, tagtäglich erleben müssen und sich auch tagtäglich anhören müssen, ist eine einzigartige Leistung. Mein Wunsch ist es, Pflege auf höchstem qualitativem Niveau in Österreich garantieren zu können, ich weiß es aber, dass es halt hin und wieder nicht möglich

ist, denn es sind nur Menschen am Werk und auch Menschen sind unzulänglich. Und die Fehler von Menschen, die auch Pflegerinnen und Pfleger machen, und diese Fehler sind wirksamer, als wenn ich oder irgendwer anderer einen Fehler macht, weil die machen einen Fehler an einem Menschen, der sich selbst nicht mehr wehren kann, der manchmal auch nicht mehr schreien kann und das wiegt schwerer als jeder andere Fehler, der in anderen Bereichen passiert. Aber diese Fehlerquote, ob sie gering oder hoch ist, unterscheidet nicht zwischen privat und öffentlich. Und so ist auch diese Diskussion zu führen. Ich glaube, wir sollten alles daran setzen, dass wir auch pflegende Angehörige, also Angehörige von Pflegenden in die Pflege in Österreich einbeziehen. Das Modellprojekt Pflege zu Hause, Pflegescheck, ist ein bekanntes Modellprojekt. Wir sollten vielleicht auch darüber diskutieren, dass wir endlich anerkennen, dass es mehrere Lebensabschnitte im Leben eines Menschen gibt, das Berufsleben, das Pensionsleben, die Jugend, die Ausbildungszeit; und die moderne Medizin und die Technik am Menschen hat es ermöglicht, dass sich mit der Pflege, ob man es will oder nicht, sich ein neuer Lebensabschnitt, ein vollwertiger Lebensabschnitt im zivilisierten Europa, in den zivilisierten Staaten der ersten Welt des 21. Jahrhunderts gestaltet haben. Und da sollte man durchaus einmal darüber diskutieren, wenn wir schon das Arbeitsleben in Form einer Versicherung einfangen, Krankenversicherungen einführen, ob man nicht hergeht und zur Unfinanzierbarkeit des Pflegebereiches auch mit einer Pflegeversicherung endlich einmal jene Menschen absichert, die sich in Hinkunft in Pflege befinden werden. Und so unpolitisch und eine Pflegeversicherung, nur um es Ihnen auszudeutschen, eine Pflegeversicherung bedeutet selbstverständlich eine Belastung, aber trotzdem sollte man so ehrlich sein, gerade in diesem Bereich, der nicht mehr finanzierbar ist, der einer der größten gesellschaftspolitischen Fragen der Gegenwart ist und im Übrigen vor zwei Jahren in Österreich der Pflegenotstand ausgerufen worden ist, ich erinnere Sie an den Herrn Gusenbauer und an den Herrn Buchinger, in Österreich herrscht Pflegenotstand, ist durchaus einmal ohne die parteipolitischen Scheuklappen zu diskutieren, wie wir dieses Pflegesystem in Österreich qualitativ hochwertig im Interesse der zu Pflegenden gestalten und auch finanzieren können. Und auch in diesem Bereich haben parteipolitische Differenzierungen zwischen Öffentlich und Privat auch nichts zu suchen und daher meine ich auch, dass ich Ihrer Wortmeldung nicht folgen konnte, kurzum gesagt, was ja an sich kein Problem ist. Wie gesagt, ich ersuche die Sozialdemokratie, ich habe jetzt, glaube, ich durchaus zehn Minuten die Möglichkeit gegeben nachzudenken, vielleicht doch den Abänderungsantrag in einen

Zusatzantrag zu formulieren, ich glaube, damit ist allen geholfen und der Gemeinderat hätte eine einheitliche Sprache zu einem Thema gefunden, wo Parteipolitik keinen Platz hat. Ich danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*)

StRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Grosz! Der Einzige, der ein Politikum aus einem tragischen Fall macht, sind eigentlich Sie, wie man Ihrer Rede entnehmen konnte. Wir wissen, Sie haben eine blühende Fantasie in vielen Dingen, aber da scheint sie doch ein bisschen mit Ihnen durchgegangen zu sein, weil Sie da spekulieren, da ist ein Privatkrieg von irgendjemand gegen irgendjemand dahinter, sodass man fast schon den Eindruck haben könnte, Sie haben es zwar gleich von vorneherein, weil Ihnen klar war, dass dieser Eindruck entsteht, widersprochen, nicht widerlegt, man könnte den Eindruck haben, Sie sind da wirklich ein Auftragsredner eines privaten Betreibers (*Applaus SPÖ*). Tatsache ist, zu Pflegenden sind, egal ob in öffentlichen, in privaten oder von gemeinnützigen Trägern betriebenen Einrichtungen, sind zu schützen, zu schützen von der öffentlichen Hand, von der Behörde, da gibt es auch die klaren gesetzlichen Aufträge dazu, was Kontrollen anlangt und wenn sie sagen, Sie verstehen das nicht, da muss innerhalb kürzester Zeit muss sich das massiv verschlechtert haben, es war nicht einmal eine Prüfung, es war mehrfach, das ist alles in den Medien nachzulesen, und dann wurde einfach die Vollprüfung, nämlich sprich, wirklich jede Person zu begutachten und zu schauen, gibt es Probleme in der Pflege, durchgeführt und von den, auch den Zeitungen schon zu entnehmen gewesen, von den ersten 25, die überprüft wurden, mussten 18 wegen Gefahr im Verzug sofort verlegt werden. Das bringt mich zu der Frage der Verlegung und der anderweitigen Unterbringung der Bewohner/Bewohnerinnen, weil hier im Antragstext von Evakuierung die Rede ist und dass das hinterfragenswert ist. Auch mir ist es ein Anliegen, einfach noch einmal zu unterstreichen, es waren alle Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des betreffenden Referates vor Ort, es waren zusätzlich alle unsere 17 SozialarbeiterInnen vor Ort, es hat zusätzlich Kooperationen gegeben zum Beispiel mit dem Verein ERFA auch, dass wir nicht nur behilflich sind beim Finden von neuen Plätzen, sondern auch bei der Übersiedelung, beim Transport, da hat es eine sehr, sehr gute Arbeit gegeben, die da geleistet wurde, und Kollegin Haas-Wippel hat es angesprochen, in so kurzer Zeit so viele Personen unterzubringen, die natürlich nervös sind, aufgebracht sind, Familienmitglieder, die

einfach natürlich auch besorgt sind, wo geht es weiter, wo kann man einen Platz finden, ich glaube, dass hier von den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des Amtes wirklich hervorragende Arbeit geleistet wurde unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen (*Applaus SPÖ*). Und auch mir ist es Anliegen auch, den GGZ zu danken, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im GGZ, den Verantwortlichen auch, die es wirklich möglich gemacht haben, hier in sehr kurzer Zeit zusätzliche Plätze auch auf die Füße zu stellen und möglich zu machen, auch das war eine hervorragende Kooperation ebenso, und das wird Sie vielleicht verwundern, wir hatten auch eine hervorragende Kooperation mit vielen privaten, gemeinnützigen und anderen öffentlichen Heimbetreibern, die einfach uns kontaktiert haben, gesagt haben, wo Plätze frei sind und hier auch sehr gut zusammengearbeitet haben, sonst wäre das gar nicht anders in dieser kurzen Zeit leistbar und schaffbar gewesen und für die Betroffenen in halbwegs erträglicher Form, einfach, weil es immer eine belastende Situation ist, über die Bühne zu bringen. Nur ganz kurz, warum Abänderungsantrag, wir haben es uns gut überlegt, Tatsache ist, der Punkte 1 des gestellten dringlichen Antrages entspricht einfach nicht dem, wie die Abläufe geregelt sind. Tatsache ist, eine Gemeinde befindet, sie braucht ein zusätzliches Pflegeheim oder ein Pflegeheim, weil die meisten steirischen Gemeinden sind kleinere Gemeinden, in dem Fall befindet die ÖVP, dass wir in Andritz konkret ein zusätzliches Pflegeheim brauchen. Da ist es nie und nimmer, in keiner Gemeinde der Fall, dass das Land einen Auftrag gibt, ein Pflegeheim zu errichten, sondern der Ablauf ist einfach so, dass an das Land herangetreten wird von einem Träger, von der Gemeinde und das Land um Bedarfsprüfung gebeten wird. Deswegen erscheint es uns einfach sinnvoll, die Schiene zu nützen, die wir zur Verfügung haben, nämlich hervorragende Pflegeeinrichtung mit dem GGZ, das GGZ möge prüfen, was hier möglich ist, ob sie selbst hier ein Pflegeheim errichten oder übernehmen könnten und dann ans Land herantreten und bitten, dass, so wie es von den Rahmenbedingungen vorgesehen ist, einfach die Bedarfsprüfung durchgeführt wird. Deswegen der Abänderungsantrag, weil es sonst widersinnig wäre mit den im Punkt 1 dargelegten Forderungen ans Land (*Applaus SPÖ*).

GR. Hohensinner: Sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Missstände im Andritzer Pflegeheim rasches Handeln erforderten, das steht außer Diskussion, da

war dringendster Handlungsbedarf erforderlich. Dass wir in Andritz ein Pflegeheim brauchen, nicht ein zusätzliches, wie die Frau Stadträtin jetzt gesagt hat, sondern ein Pflegeheim, weil es gibt sonst kein anderes, soll auch wirklich außer Diskussion stehen, soll stehen, weil ich zitiere jetzt Gemeinderätin Haas-Wippel, die jetzt gerade vorhin in der Wortspende gesagt hat, es ist nicht gesagt, dass in Andritz ein Pflegeheim notwendig ist. Ich weiß nicht, ob das auch im Sinne Ihres Kollegen Martiner war, der Andritzer Gemeinderat ist und der diese Aussage seinen Bürgerinnen und Bürgern in seinem Bezirk erklären muss. Also das sehe ich ganz anders und ein Vorwurf muss sich die SPÖ gefallen lassen, wurscht bei welcher Diskussion, die wir hier im Gemeinderat führen, wo ein Stadtrat der SPÖ oder ein Landesregierer aufgefordert wird, dass er handlungsaktiv wird, versucht man wirklich jeden Schmäh, jedes Ablenkungsmanöver, man streckt sich zur Decke rauf, warum der Landesregierer oder der Stadtregierung nicht handeln soll und das finde ich sehr, sehr bedenklich.

Zwischenruf GRin. Haas-Wippel: Es gibt keinen Bedarfs- und Ermittlungsplan.

GR. **Hohensinner**: Eine weitere Sache, der Herr Stadtrat Eustacchio, mit dem habe ich am Gang noch draußen geredet und habe gesagt, dass wir die strittigen Punkte herausgenommen haben und auch den von der FPÖ unterstützen Abänderungsantrag in unseren Antragstext eingearbeitet haben und er hat dann gesagt, das passt jetzt so. Ich möchte es noch einmal vorlesen, was wir eingearbeitet haben und die Frau Gemeinderätin hat gesagt, nicht ganz, ich sage auch, welchen Teil wir weggelassen haben, weil das für uns nicht sinnvoll war, diesen Beisatz nachher noch anzufügen, wenn wir einen ersten Absatz haben: Der für die GGZ zuständige Stadtrat Herr Mag. Mario Eustacchio, wir haben in Klammer noch FH dazugefügt, wird ersucht, die GGZ mit der Prüfung und Abklärung zu beauftragen, inwieweit es den GGZ möglich ist, in Andritz ein Pflegeheim zu errichten oder zu übernehmen und GGZ gegebenenfalls den Auftrag zu erteilen. Weiter wäre es noch gegangen: Die erforderlichen Schritte beim Land Steiermark zwecks notwendiger

Bedarfsprüfung einzuleiten und da haben wir gesagt, notwendig ist es auf jeden Fall, und ich habe Ihnen auch im Motivenbericht kurz erzählt, gestern war ich beim Gehörlosenverband Steinbergstraße und da hat mir eine Dame erzählt, dass ihre Bekannte nach Leibnitz verlegt wurde und ihr ist jetzt nicht zuzumuten, dass sie dort hinfahren muss, um die Kollegin zu besuchen. Und da denke ich mir dann, dass man dann noch anmerkt, dass der Bedarf geprüft werden muss,...

Zwischenruf GRin. Haas-Wippel: Das ist eine Gesetzeslage.

GR. **Hohensinner**: ...es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass im flächenmäßig größten Bezirk Andritz und von den Einwohnern, 20.000 Personen erfordern das, glaube ich auch. Es muss selbstverständlich sein, dass man alles Mögliche tut, dass dieser Bezirk ein Pflegeheim bekommt und ich hoffe, dass das jetzt auch die SPÖ verstanden hat. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Damit kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt dieses Antrages. Ich darf das kurz noch einmal wiederholen, weil man ein bisschen aufpassen muss bei der Abstimmung. Es geht zunächst beim Antrag, den Kurt Hohensinner gestellt hat, um zwei Punkte: Der erste Punkt, kurz zusammengefasst, an Landesrat Dr. Kurt Flecker heranzutreten und ihn zu bitten, möglichst rasch ein Ersatzangebot einzuleiten, sicherzustellen, wie auch immer. Der zweite Punkt in diesem Hauptantrag ist, den zuständigen Stadtsenatsreferenten Mag. Mario Eustaccio zu ersuchen, die GGZ möge prüfen, ob man in Andritz ein Heim errichten soll. Es ist ein gemeinsamer Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ gestellt worden, der beide der genannten Punkte ersetzen soll, das heißt, über den ersten und über den zweiten Punkt, den ich jetzt genannt habe, wird dann nicht mehr abgestimmt, wenn dieser Abänderungsantrag durchgeht. Dieser Abänderungsantrag ist bis auf einen Punkt identisch mit dem zweiten Punkt vom Hauptantrag, nämlich den Mario Eustacchio zu ersuchen, die GGZ möchten prüfen, wie weit sie ein Altenheim

errichten können. Beim Abänderungsantrag ist ein Zusatz dabei, ein inhaltlicher Zusatz, dass die GGZ zunächst die erforderlichen Schritte beim Land Steiermark bezüglich einer notwendigen Bedarfsprüfung einleiten sollen. Also GGZ sollen ebenfalls prüfen, ob dort draußen ein Heim errichtet werden kann, nach einer allfälligen Bedarfsprüfung, die erforderlichen Schritte beim Land zwecks notwendiger Bedarfsprüfung einzuleiten. Ist das klar, also es wird als Erstes über den Abänderungsantrag abgestimmt, wenn der durchgeht, dann ist damit der Punkt 1, an den Kurt Flecker heranzutreten wegen eines Ersatzangebotes und die zweite Formulierung für das GGZ hinfällig. Ich stelle damit den Abänderungsantrag als Erstes von SPÖ und FPÖ, ich darf ihn zur Sicherheit nochmals vorlesen: Der für die GGZ zuständige Stadtrat, Herr Mag. Mario Eustacchio wird ersucht, die GGZ mit der Prüfung und Abklärung zu beauftragen, inwieweit es den GGZ möglich ist, in Andritz ein Pflegeheim zu errichten oder zu übernehmen und den GGZ gegebenenfalls den Auftrag zu erteilen, die erforderlichen Schritte beim Land Steiermark zwecks notwendiger Bedarfsprüfung einzuleiten.

Der Abänderungsantrag von SPÖ und FPÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.

GR. **Herper** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Getrennte Abstimmung bitte.

Str. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Getrennte Abstimmung, gerne. Der Antrag besteht aus zwei Punkten, der erste Punkt ist: Die Stadt Graz tritt an den zuständigen Sozialreferenten des Landes Steiermark heran und dieser wird ersucht, sein zuständiges Amt zu beauftragen, die Möglichkeiten für ein Eratzangebot zu prüfen und einzuleiten und für das geschlossene Haus Marianne für den Bezirk Andritz, damit sicherzustellen, allenfalls vorhandene Gebäude auch mit einzubeziehen. Wer ist für diesen ersten Punkt des dringlichen Antrags?

Der Punkt 1) des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Der zweite Antragspunkt, wie gesagt, entspricht inhaltlich dem Abänderungsantrag. Es folgt die Abstimmung über den zweiten Punkt, nämlich den Auftrag an das GGZ, die Errichtung eines Altenheimes in Andritz zu prüfen.

Der Punkt 2) des dringlichen Antrages wurde einstimmig angenommen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Bekanntlich ist Graz ja Stadt der Menschenrechte, daher halte ich es für notwendig und für richtig, dem Herrn Gemeinderat Grosz Folgendes zu sagen: Der Begriff Hottentotten ist ein rassistisch verwendeter Begriff, der nicht weiter verwendet werden soll (*Applaus SPÖ*), es handelt sich dabei um einen Begriff, den die Buren für eine ganze Reihe von Einwohnern in Südafrika verwendet haben. Gemeint ist insgesamt die Volksgruppe der Khoikhoi. Ich ersuche, im Hause das Wort Hottentotten, das nur rassistisch verstanden werden kann und verwendet werden kann, nicht mehr zu verwenden (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, zur Geschäftsordnung, wer den Begriff Hottentotten rassistisch aufgefasst hat, nehme ich ihn sofort zurück. Ich stelle aber Folgendes fest: Bei jeder Wortmeldung, die nur im Ansatz, und ich wusste nicht einmal im Übrigen, dass dieses allgemein verwendete Wort wie Hottentotten um einen Ausdruck zu formulieren, da herrscht Chaos oder wie Sodom und Gomorrha um einen, ich hoffe doch, dass Sodom und Gomorrha jetzt nicht bei Ihnen irgendwelche rassistischen...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Grosz**: Nein, ich bin mir ja nicht mehr sicher, aber noch einmal, Herr Stadtrat Riedler, ich nehme diesen Ausdruck mit dem größtmöglichen Bedauern zurück, wenn Sie das so aufgefasst haben. Aber ich verwahre mich, in Ihrer eigenen politischen Hoffnungslosigkeit sich auf solche Argumente und auf solche Worte sich draufzusetzen und daran zu drehen, nur um einem anderen Gemeinderat, Mitglied dieses Gemeinderates, hier Rassismus zu unterstellen. Das, was Sie tun wollen und welche Diskussion Sie hier zünden wollten, das ist so offenkundig und ich betone, das ist widerlich. Mir als 32-jährigem Menschen einen Begriff rassistisch zu unterstellen, nur um damit Ihr billigstes politisches Kleingeld zu stärken, weil Sie selbst keine Ideen mehr haben, sondern sich offenbar über diesen Konflikt Rassismus ja oder nein nur um in Ihrem Elend definieren, das halte ich für falsch und ich ersuche Sie, das in Zukunft zu unterlassen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist Dummheit und Frechheit.

2) Einführung eines Sozialpasses der Stadt Graz für einkommensschwache Personen

GRin. **Gesek** stellt namens von ÖVP, Grünen und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Gesek**: Hoher Gemeinderat! (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es wurden schon mehrere Vorstöße in diesem Hause bezüglich Einführung eines Sozialpasses der Stadt Graz unternommen. Der Grazer Sozialpass soll an Personen mit Hauptwohnsitz in Graz und geringem Einkommen vergeben werden. Er soll eine wesentliche Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes, mühevollen Amtswegen und Ansuchen reduzieren sowie eine gerechte Verteilung der sozialen Mittel zur Folge haben. Das Ziel ist, hierbei einen besseren Zugang zu Sozialleistungen und Aktivitäten im gesellschaftlichen Leben zu erreichen, wie zum Beispiel: automatischer Bezug der Wohnbeihilfe, Ermäßigung bei öffentlichen Kultur-, Sport- und

Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel auch Erwachsenenbildung (Volkshochschule Urania) sowie Begünstigungen bei den GVB-Tarifen und vieles mehr.

Was zum Beispiel in Wien, Linz, Mürzzuschlag, Judenburg und Knittelfeld möglich ist, müsste wohl in der zweitgrößten Stadt Österreichs Selbstverständlichkeit sein, gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten.

Ich stelle daher namens der im Gemeinderat vertretenen Parteien von ÖVP, GRÜNE und KPÖ den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die Sozialstadträtin mit der Ausarbeitung eines Sozialpasses bis zur Gemeinderatssitzung am 24. September dieses Jahres beauftragt wird und dazu alle zuständigen Abteilungen zur Mitarbeit eingeladen werden (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion stimmt der Dringlichkeit natürlich zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRin. **Edlinger** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Gesek! Jetzt könnte man natürlich vermuten, dass innerhalb Ihrer Fraktion die Informationen da sind, was in den vergangenen Monaten diesbezüglich an Schritten gesetzt wurden, allerdings, wenn Sie diese Information hätten, würden Sie den Dringlichen nicht einbringen, weil das wäre dann sehr heuchlerisch. Deswegen freue ich mich, dass Sie die Gelegenheit genutzt haben, den Dringlichen einzubringen, denn jetzt kann ich Sie offiziell hier im Gemeinderat informieren, was denn so die wichtigsten Schritte

bezüglich Einführung des Sozialpasses seit der letzten Gemeinderatswahl waren. Sie können versichert sein, dass mir als Sozialstadträtin es einfach ein ganz, ganz großes Anliegen ist, und auch alle Diskussionen jetzt rund um die Erarbeitung des Aktionsprogramms gegen Armut zeigen wieder ganz deutlich, wie wichtig zum Beispiel Ermäßigungen bei der GVB werden etc. Ich habe deswegen kurz nach meinem Amtsantritt auch das Amt gebeten, ein Stück vorzubereiten, wir haben das ja im Sozialausschuss beraten und ich darf vielleicht kurz in Erinnerung rufen, was damals im Juli letzten Jahres nämlich beschlossen wurde im Gemeinderat, auch mit Ihrer Stimme, wenn ich mich richtig erinnere. Ich zitiere wörtlich: Das Projekt erfordert eine fachbereich- und somit ressortübergreifende Arbeitsweise; als klassische Querschnittsmaterie ist diese Projektstruktur auch von der Magistratsdirektion zu initiieren und macht insbesondere eine systematische Auseinandersetzung auf politischer Ebene mit diesen Themen unumgänglich. Das wurde damals beschlossen, weil ja auch wir seitens des Sozialamtes ja nicht andere Abteilungen zum Arbeiten verdonnern können, wir können kein ämterübergreifendes Projekt in Auftrag geben. Ich habe mir dann erlaubt, auch im Zuge der Diskussionen rund ums Budget für das heurige Jahr immer wieder darauf hinzuweisen, dass das, was dem Sozialamt ins Budget gestellt wurde, nicht beinhaltet allfällige Mittel, die wir brauchen würden, um wirklich einen Sozialpass umsetzen zu können. Wir haben allerdings, obwohl diese ämterübergreifende Projektgruppe nicht initiiert wurde, natürlich weitergearbeitet und es liegt de facto in den Eckpunkten ein konkreter Vorschlag seitens des Amtes und von mir als Sozialstadträtin vor, wie wir uns vorstellen, was wir bezüglich Sozialpass einführen wollen. Wir befürworten eine schrittweise Einführung, und Hauptbestandteil im ersten Schritt der Einführung soll sein, unserer Meinung nach und meiner Meinung nach, einfach die Begünstigungen bei der GVB, zum Beispiel eine 10-Euro-Monatskarte für Personen mit einem Einkommen von rund 1000 Euro. Ich habe dann die Stadtregierungssitzung benützt und genützt, um nachzufragen, na wie schaut es denn aus mit dieser ämterübergreifenden Projektgruppe, die wir brauchen, um das einfach abzurunden und wirklich auf die Schienen zu bringen und darf Sie informieren, dass ich dort zur Antwort erhalten habe vom Bürgermeister, leider ist er jetzt selbst nicht da, aber andere Kollegen aus der Stadtregierung oder die bei dieser Stadtregierungssitzung dabei waren, können das sicher bestätigen, der Bürgermeister hat mich darauf hingewiesen, dass innerhalb der Stadt im Moment 45 Projektgruppen am Arbeiten sind und deswegen die personellen Ressourcen nicht da sind, um eine weitere ämterübergreifende

Projektgruppe quasi in Marsch zu setzen. Zusätzlich haben wir dann auch gesprochen, dass natürlich Mittel auch für die Umsetzung des Sozialpasses notwendig sein sollen und ich erinnere mich gut, was der Herr Bürgermeister dazu gesagt hat, nämlich, dass die Frage ist, ob wir diese Mittel haben und ob es nicht vielleicht gescheiter ist, einfach so ehrlich zu sein und zu sagen, wir haben das Geld nicht. Das war die Diskussion in der Stadtregierung, wir haben uns trotzdem damals verständigt, dass sich zumindest Vizebürgermeisterin Rücker und ich zusammensetzen, ich ihr im Detail erkläre, was der Vorschlag des Amtes und von mir als Sozialstadträtin ist, eben Schwerpunkt auch die Ermäßigungen im GVB-Bereich, dieses Treffen hat stattgefunden, in der Karwoche haben sich Vizebürgermeisterin Rücker und ich getroffen, sind das durchgegangen. Die Frau Vizebürgermeisterin ist leider nicht da, sonst könnte sie das bestätigen und sie hat mir zugesagt, dass sie den GVB den Auftrag erteilt zu prüfen, was eine derartige Vergünstigung, sprich Hauptstoßrichtung 10-Euro-Monatskarte, kosten würde. Und vor kurzem, ich bilde mir ein, es war in der vorletzten oder nach der vorletzten Stadtsenatssitzung hat mich Lisa Rücker angesprochen und hat mir mitgeteilt, sie bittet um Verständnis, es wird noch ein bisschen dauern, bis die GVB die Prüfung fertig haben. Das ist Stand der Dinge bezüglich Sozialpass und noch einmal einige wichtige Punkte vielleicht neu für Sie oder zumindest in Erinnerung gerufen, deswegen freue ich mich sehr, dass sich jetzt offensichtlich die Position der Regierungskoalition dahingehend geändert hat, dass einerseits die personellen Ressourcen da sind, um ein ämterübergreifendes Projekt durchzuführen, sonst würden Sie ja so einen Antrag nicht einbringen und ich freue mich auch sehr, dass die Regierungskoalition offensichtlich auch bereit ist, in weiterer Folge die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, sonst würden Sie ja so einen Antrag nicht einbringen und deswegen stimmen wir natürlich inhaltlich diesem Antrag gerne zu (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Sozialpass begleitet uns ja schon sehr lange, leider Gottes muss man sagen, ist viel zu viel Zeit verstrichen zwischendurch. Die Situation ist ernst in Graz in unserer Gesellschaft, der Hut brennt förmlich und wir haben neben allen Problemen, die wir am Arbeitsmarkt haben, am Wohnungsmarkt haben, die wir haben, die Leute

wirklich auch bei der Würde zu erwischen und ihnen auch eine Lebensgrundlage zu vermitteln in unserer Stadt, das enorme Problem, dass durch diese materielle, aber auch psychische und physische Notlage auch die Gefahr wächst in unserem Lande von sozialen Unruhen, wie es in ganz Europa dramatisch zunimmt und hier ist zumindest eine Möglichkeit, nämlich das abzufangen, die Teilnahme an der Gesellschaft, an gesellschaftlichen Veranstaltungen für Leute, die es sich einfach finanziell nicht leisten können, eine ganz, ganz wesentliche Grundlage, um hier auch auf diesem Gebiet abseits des Arbeitsmarktes, abseits des Wohnungsmarktes entgegenzusteuern. Was mir an sich fehlt in diesem Antrag, dennoch unterstützen wir ihn seitens der freiheitlichen Fraktion, ist, genau zu definieren, ab welchem Niveau, aber welchem Geldbetrag monatlich soll hier eine Bezugsberechtigung für den Sozialpass da sein. Wie viel Geld ist man auch bereit, in die Hand zu nehmen, um diese Maßnahmen umzusetzen, möglichst bald umzusetzen. Ich halte aber auch den Vorschlag von der Sozialstadträtin, hier sozusagen stufenweise vorzugehen mit einem Projekt einmal zu beginnen, möglicherweise bei den GVB-Tarifen, weil das auch die Mobilität in der Stadt Graz erhöht, zu beginnen, für ganz richtig und wichtig. Das dämpft auch die budgetäre Problematik, die damit verbunden ist und im Rahmen der budgetären Möglichkeiten sozusagen diesen Sozialpass wirklich aufzubauen und auszubauen, aber darauf zu achten, dass es nicht nur ein Mantel ist, wo nichts drinnen ist, ein Korb, wo keine Ware drinnen ist, das soll es für uns Grazerinnen und Grazer nicht sein, es sollte was Gescheites werden, wir unterstützen ihn, bitte weiter so. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch mal hervorstreichen, dass die Einführung beziehungsweise Prüfung eines Sozialpasses eine Forderung der KPÖ schon seit über 15 Jahren ist. Wir haben immer versucht, mit Nachdruck konsequent das einzubringen. Ich kann mich erinnern, vor zwei Jahren, also 2007, hat es einen einstimmigen Beschluss im Haus gegeben, die Prüfung der Einführung zumindest einmal umzusetzen und ich habe sogar im letzten Jahr im September in einer Anfrage an den Bürgermeister noch einmal hervorgestrichen die Notwendigkeit, eine Arbeitsgruppe zu installieren, die ressortübergreifend alle Vorarbeiten eben zur Umsetzung trifft. Und aus diesem Grund finde ich eine neuerliche Initiative durchaus für notwendig, für gerechtfertigt,

was ich jedoch für nicht sehr zielführend halten würde, ist, wenn einzelne Parteien sich gegeneinander ausspielen lassen oder sich gegenseitig ausspielen, das wird nicht im Sinne der Sache sein, vor allem nicht irgendwie für die Menschen, die rasche Hilfe auch brauchen und deshalb glaube ich, dass es immer wichtig ist, dass alle Ressorts in ihrem Bereich versuchen, einmal zu prüfen, was gibt es für Möglichkeiten und es dann in der Folge auch zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich sein werden, das ist uns allen klar, aber die Voraussetzung ist einmal eine Prüfung, zu schauen, welche Schritte können wir setzen, wie schaut das mit der Machbarkeit aus und aus diesem Grund finden wir das einfach absolut auch positiv, dass da wieder eine neue Initiative in diese richtige Richtung gesetzt wird. Ich hoffe, dass es tatsächlich dann mal ressortübergreifend zu einer Zusammenarbeit kommen kann und das würde ich mir natürlich sehr wünschen und sage vorerst einmal danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Gesek**: Die GVB-Tarife, Frau Stadträtin, sind ja nur ein Teil des Sozialpasses, aber was wir dringendst brauchen, ist endlich die Vorlage eines Entwurfes. Dass es finanzielle Mittel erfordert, ist uns allen klar, nur bitte, es ist seit voriges Jahr im Herbst wieder nichts geschehen, also wir haben bisher wieder nichts gehört und deshalb bitte ich Sie auch wirklich dringend, hier tätig zu werden (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Einrichtung von Schutzzonen vor Kliniken, Arztpraxen und Ambulatorien

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. **Sprachmann**: Werte KollegInnen! In Graz war lange Zeit, ihr werdet euch vielleicht erinnern, eine Ordination in der Hans-Sachs-Gasse bis Ende des letzten Jahres im Mittelpunkt des Interesses von radikalen AbtreibungsgegnerInnen. Im

gleichen Haus, in dem sich die Praxis des mittlerweile pensionierten Gynäkologen befunden hatte, wurde eine Wohnung gekauft und das sogenannte „Institut für Schwangerenilfe“ eingerichtet, welches wiederum vom Verein „Lebenszentrum“ betrieben wird. Der Verein „Lebenszentrum“ ist eine Einrichtung von HLI, das ist die Human Life International.

Nun haben die AbtreibungsgegnerInnen ein neues „Opfer“ gefunden. Die Vorgehensweise ist, wie damals in der Hans-Sachs-Gasse, auch hier die gleiche: Über einer Frauenarzt-Praxis in der Wielandgasse wurde eine Wohnung gekauft und vor dem Hauseingang stehen beten MitarbeiterInnen von HLI und verteilen Infomaterial. Frauen, die in der Praxis des Arztes einen Termin wahrnehmen, fühlen sich durch diese Vorgehensweise mehr als irritiert und belästigt.

Es handelt sich hierbei um unzumutbare Belästigungen. Seit fast 35 Jahren gilt in Österreich die Fristenregelung. Seither ist der Schwangerschaftsabbruch straffrei, wenn er - nach ärztlicher Beratung - in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft erfolgt. Frauen in schwierigen Schwangerschaftssituationen zu unterstützen, ist unser aller Anliegen. Aber unter dem Deckmantel der Aufklärung wird hier nur eines versucht: nämlich dieses Selbstbestimmungsrecht der Frauen einzuschränken und Druck auszuüben, auch auf Ärztinnen und Ärzte.

Von Seiten der Stadt Graz ist rechtlich jedoch kein Spielraum gegeben, um fundamentalistischen AbtreibungsgegnerInnen Einhalt zu gebieten. Um Frauen aber Schutz vor Einschüchterung, Druck und psychischer Gewalt bieten zu können, ist es notwendig, auf bundesgesetzlicher Ebene Rahmenbedingungen dahingehend zu schaffen.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen des Bundes werden im Sinne des obigen Motivenberichts auf dem Petitionswege ersucht, eine Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes herbeizuführen, um Schutzzonen vor Kliniken, Arztpraxen und Ambulatorien verhängen zu können, um die diese Einrichtungen aufsuchenden

Frauen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor derartigen massiven Belästigungen durch radikale AbtreibungsgegnerInnen zu schützen. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Stadtrat! Bei allem Respekt vor der Frau Gemeinderätin Sprachmann, aber dieser Antrag ist schlichtweg peinlich. Peinlich, weil Sie mir mit Zwischenruf gerne beantworten können, welche verantwortliche Stelle des Bundes wollen Sie da auffordern? Einen Antrag zu formulieren, wo wir zirka 14 oder 15 Ministerien, einen Bundesrat, einen Nationalrat als verantwortliche Stellen definieren, aber uns so wenig mit der Materie beschäftigen, dass man in den Beschlusstext hineinschreibt „die verantwortliche Stelle“, da hätten Sie gleich den Antrag nehmen können, in ein Kuvert stecken und an das Salzamt nach Wien schicken, das hat nämlich ungefähr die gleiche Wirkung, die verantwortlichen Stellen des Bundes werden ersucht, auf dem Petitionsweg eine Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes herbeizuführen. Das Sicherheitspolizeigesetz 2005, das hier gemeint ist, durch den Nationalrat beschlossen und im Bundesgesetzblatt kundgemacht, das Schutzzonen zum Ziel hatte, es Kommunen und Ländern zu gestatten, Schutzzonen vor Schulen zu errichten, zum Beispiel betreffend die Drogenkriminalität. Ganz klar und eindeutig formuliert in dem Sicherheitspolizeigesetz. Schutzzonen zu verhängen bei Demonstrationen, bei Gefährdung öffentlicher Gebäude, wir kennen die Diskussion, um die Bannmeilen, die bei Demonstrationen um öffentliche Gebäude wie Parlament oder Ministerien errichtet werden können, eben dieses Sicherheitspolizeigesetz, das dazu gegründet worden ist, kriminelle Elemente in unserer Gesellschaft in Schach zu halten. Ich danke Ihnen, Frau Gemeinderätin Sprachmann, dass Sie es geschafft haben, drei, vier Rosenkranzbeterinnen und -beter als fundamentalistisch hier dazustellen, als Nachwuchstaliban, die offenbar in der Grazer Innenstadt wüten und für die man jetzt extra eine Schutzzone braucht, ich gratuliere Ihnen. Schutzzonen diskutieren wir zum dritten oder vierten Mal hier in dieser Stadt, wenn es darum gegangen ist, Kinder zu schützen vor Drogenkriminellen, ist auch so in diesem Gesetz verankert und war auch die Zielsetzung dieses Sicherheitspolizeigesetzes. Ihre Fraktion hat sich diesem Schutz von Kindern und Jugendlichen bei all meinen Anträgen, die ich hier eingebracht

habe, immer wieder verweigert und heute kommen Sie daher, nach dem Motto, wir schießen mit Kanonen auf Spatzen und verlangen eine Schutzzone, um offenbar Meinungsfreiheit in irgendeiner Form einschränken zu können. Wissen Sie, Sie sagen vorher, ich fühle mich jeden Tag belästigt oder viele Frauen fühlen sich jeden Tag belästigt, wissen Sie, wie oft ich mich in dieser Stadt jeden Tag belästigt vorkomme. Gehen Sie durch die Innenstadt, die Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen wird mit Füßen getreten, weil wir uns es erlauben, Kinderhandel zum zivilisierten System unserer Straße gemacht zu haben. Kinder, Behinderte und alte Menschen, die ausgenutzt werden, damit hier einige Hintermänner mittels der Bettelkriminalität ihr trauriges Unwesen zu treiben. Da fühlen Sie sich nicht belästigt, bei dieser Grenzüberschreitung, wo Menschenrechte gebrochen werden, da fühlt sich in dieser Stadt offenbar nur eine Minderheit belästigt, die Mehrheit der Bevölkerung, aber die Minderheit dieses Gemeinderates. Ich fühle mich jeden Tag belästigt, wissen Sie wie viele Menschen sich belästigt fühlen und wie vielen Menschen es in dieser Stadt schlecht geht, wenn sie nicht wissen, ob ihre Kinder am Abend, nicht tagsüber vor der Schule Drogen angeboten bekommen haben als Einstiegskunden eines grausamen Gewerbes wie dem Drogengeschäft? Und Sie kommen heute tatsächlich als, nicht persönlich meinen, als Auftragstätin Ihrer Fraktion und, Stadträtin Edlinger, ich weiß schon, dass Sie hier nur einen Auftrag zu erfüllen haben, daher bitte nicht persönlich, Respekt vor Ihnen als Person, und Sie kommen heute hierher, nachdem es Ihre Stadträtin angekündigt hat, sie will jetzt eine Schutzzone errichten, müssen hier von der Stadträtin schlecht formulierten Antrag hier noch vortragen, Ihren Kopf dafür hinhalten, dass eine Stadträtin sich mit dem Sicherheitspolizeigesetz gegen Rosenkränze, Weihrauch und Weihwasser wehrt, also diese Abtreibungsdiskussion führe ich gerne mit Ihnen. Wir haben in Österreich eine geltende Gesetzeslage, auch in punkto Abtreibungen und die wird von niemandem bestritten, von niemandem, weder vom Gerald Grosz noch vom Karl-Heinz Herper, noch von der Sissi Potzinger, von niemandem in diesem Haus, das ist geltende Gesetzeslage. Aber hier eine Abtreibungsdiskussion so zu führen mit einer Methode, die man nur gegen Schwerverbrecher anwendet, Schutzonen im Sicherheitspolizeigesetz, das ist eine Beleidigung jener Menschen, die hier offenkundig ihre Erfüllung, egal ob religiös oder persönlich motiviert, bei religiöser Motivation hat ja zumindest dieser Bereich ja auch nie seine Probleme, wenn es auch ein wenig fundamentalistisch hergeht. Da höre ich ja von den Grünen nie etwas. Daher wieder cool down, der Antrag wird von uns abgelehnt, es gibt einen

Abänderungsantrag der Kollegin Potzinger, der gemeinsam auch für die Fraktion des BZÖ eingebracht wird, wofür ich mich bei ihr bedanke, den wir hier auch gemeinsam einbringen, denn diese Diskussion so zu führen, das ist sicherlich nicht im Sinne jener, die Schutzzonen in einem Sicherheitspolizeigesetz dieser Republik 2005, und im Übrigen war die sozialdemokratische Partei dabei, die dieses Sicherheitspolizeigesetz beschlossen hat, nämlich das auch erfunden haben. Und daher ersuche ich alle Fraktionen, diesen Antrag der SPÖ abzulehnen, denn es gibt genug andere Möglichkeiten auch, wie sich die Stadt lächerlich machen kann. Danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Hagenauer:** Herr Kollege Grosz, Sie verwenden zum wiederholten Mal jetzt auch in Ihrer Wortmeldung in herabwürdigender Weise religiöse Inhalte, Bekenntnisse, im konkreten Fall RosenkranzbeterInnen beziehungsweise im Text zum wiederholten Male den Ausdruck Betschwestern in eindeutig herabwürdigender Art und Weise. Sie wissen, dass die Diffamierung von religiösen Bekenntnissen in Österreich unter Strafe steht, ich sage Ihnen das nur, es handelt sich hier nicht nur um eine Diffamierung eines religiösen Bekenntnisses, und der Zusammenhang ist eindeutig und es ist einem jeden hier klar, indem Sie das gestellt haben, es handelt sich, wie übrigens Sie vorhin den Ausdruck Hottentotten verwendet haben, um eine Terminologie, die nicht nur rassistisch ist und herabwürdigend, sondern die unmittelbar auch in der Tradition, vielleicht wissen das nicht alle hier, aber ich kann das frei nach Helmut Kohl auf Grund der Gnade meiner frühen Geburt klarstellen, das sind Chargons aus der Nazizeit. Das sind die Worte, die Sprache der Großeltern, die Sie hier übernommen haben, das sage ich nur der Vollständigkeit halber hier dazu. Das ist genau die Sprache der NS-Ideologie und der NS-Aktivisten und der NS-Zeit gegenüber dem katholischen Glauben, die Sie hier ansprechen, das sind genau die Rosenkranz- und Betschwestern, ist genau die Wortwahl aus der Nazizeit, inklusive Hottentotten. Und ich verwahre mich jetzt als Person und natürlich im Namen meiner Fraktion und ich denke im Namen der klaren Mehrheit hier im Gemeinderat gegen eine derartige Wortwahl (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Wenn Sie sich nur die Mühe gemacht hätten, mit Ihrer Gemeinderatskollegin Binder darüber zu sprechen, der ich es auch vorher erklärt habe, Hottentotten, und ich habe es jetzt mittlerweile durch die Suchmaschine Google etc. durch lassen. Dies wird als beleidigend, als rassistisch qualifiziert und daher, ich habe es zurückgenommen, ich wusste es nicht, na selbstverständlich, kann mir ja keiner unterstellen, dass ich mit dem holländischen Kolonialmächten unter einer Decke bin und jetzt die Ausdrücke der Holländer verwende, denn das war es. Lesen Sie Wikipedia. Und zu Betschwestern noch eines, ich habe auch Betschwestern im Wissen oder im Glauben, dass Frau Kollegin Binder damit kommen wird, durchgejagt und habe es jetzt im Google mit Betschwestern, Nazi, Naziausdruck, ich habe es wirklich versucht, ich habe den Computer gewürgt, bis endlich unten Betschwestern im Begriff in Verbindung mit der nationalsozialistischen, in irgendeiner Form mit dem nationalsozialistischen Schreckensregime in Verbindung gebracht wird. Herr Gemeinderat Hagenauer, auch wenn Sie uns den Intellektuellen immer vorgegeben und das offenbar auch die Basis überhaupt Ihres politischen Wirkens ist, diese Vorgabe ohne die Realität, die Vorgabe, es ist nicht nationalsozialistisch Betschwestern, es wurde zumindest nachweislich nicht, zumindest in der Gegenwart auch elektronisch und in Lexiken nicht in Verbindung gebracht. Ich ersuche Sie, in Ihrem Pawlowschen Reflex einmal nicht in jeder Ausdrucksweise, die ein Mandatar der ÖVP, des BZÖ, irgendwas immer zu versuchen einen Konnex zum Nationalsozialismus in irgendeiner Form herbeizurufen, weil das ist mittlerweile ein ganz ein gefährlicher Fetisch, den Sie haben. Und, Herr Gemeinderat Hagenauer, noch einmal, es ist auch nicht diskriminierend gegenüber Katholikinnen und Katholiken gemeint gewesen. Ich bin getaufter Katholik, römisch katholisch, zahle meinen Kirchenbeitrag, Steuern, bin auch gläubig.

Zwischenruf GR. Hagenauer. Das interessiert hier niemanden.

GR. **Grosz:** Diskutiere und bespreche mich und bete auch hin und wieder zu meinem lieben Gott, wann auch immer. Seien Sie sich versichert, Sie sind nicht der

Schutzheilige der römisch-katholischen Kirche, Ihre Ideologien sind eigentlich die Gefahren für den Glauben und das wissen Sie ganz genau. Denn Ihr Gesellschaftskonstrukt, das Sie vorschlagen, hat mit dem lieben Gott überhaupt nichts zu tun. Ich danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne vielleicht für die weitere Diskussion einfach bitten, in den einzelnen Diskussionen nicht nur auf die Worte zu achten, sondern durchaus auf den Zusammenhang. Ich selbst empfinde Betschwester auch nicht als einen herabwürdigenden Begriff. Aber in dem Zusammenhang, in dem das genannt wurde und in dem das auch in den Zeitungen gestanden ist, habe ich das sehr wohl empfunden und das ist eben auch mit ein Teil einer allfälligen Herabwürdigung. Ich bitte aus diesem Grund, eben nicht nur auf die Wortwahl an sich, sondern eben auch auf den Zusammenhang zu achten und ich bitte das auch deshalb, weil wir, so wie das jetzt weitergeht, dann nach jeder Wortmeldung zwei Meldungen zur Geschäftsordnung oder eine Meldung zur Geschäftsordnung haben und dann eine Richtigstellung. In dem Zusammenhang appelliere ich wirklich an alle, sich da ein bisschen zu mäßigen, damit wir auch diese Diskussion so nicht abführen müssen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Die Volkspartei stimmt zunächst der Dringlichkeit des Themas zu, aber es wird ein Abänderungsantrag, wie angekündigt, eingebracht werden.

GRin. **Bergmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerald Grosz! Dieses Thema regt mich persönlich wahnsinnig auf und zwar auf der Gefühlsebene. Ich habe viele, viele Jahre bei der Buchhandlung Moser gearbeitet und habe selbst erlebt, wie sehr, sehr lange Zeit und viele, viele Monate dieses Haus belagert wurde. Wie jeder, jede Frau, die dort hineingegangen ist, ob die jetzt zu diesem Arzt gegangen ist oder nicht, als Mörderin beschimpft wurde, ich selbst musste das

aushalten, wir mussten ständig über einen Kreis von Kerzen gehen und uns als Mörderinnen beschimpfen lassen und deswegen regt mich das so furchtbar auf. Weil da kommen Frauen, die wollen zum Frauenarzt gehen und werden als Mörderinnen beschimpft und kein Mensch weiß überhaupt, was die bei dem Frauenarzt überhaupt tun. Dort wurde ein Arzt psychisch ruiniert, wirtschaftlich und psychisch ruiniert, und ich denke, allein das, wenn das jetzt wieder der Fall ist, zwar an einer anderen Adresse, dann ist es für mich hier wirklich dringlich, dass wir hier etwas tun. Und ich kann mich noch erinnern, ich war auch schon im Gemeinderat zu dieser Zeit, wie die Frau Stadträtin Kaltenbeck wirklich alles versucht hat, wie wir mit der Polizei versucht haben, hier Lösungen zu finden und das war nicht möglich. Und ich denke, solche eingerichteten Schutzzonen, es ist traurig, dass wir so etwas brauchen, das muss ich auch sagen, aber meiner Meinung nach ist in diesem Fall das unbedingt notwendig und deswegen wird auch unsere Fraktion der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ich werde nicht auf unsinnige Vergleiche zu Drogenthematik eingehen, ich werde auch nicht diese Bemerkungen jetzt kommentieren, die mein Kollege Hagenauer eh schon kommentiert hat. Ich werde zur Thematik sprechen, zur Dringlichkeit sprechen, Entschuldigung. Erstens: Keine Frau, die einen solchen Schritt tut, tut das leichtfertig, wie vielleicht von Gegnerinnen unterstellt wird. Wenn man ExpertInnen zuhört, und das sind diejenigen, die in diesen Einrichtungen arbeiten, bekommt man entsprechende Informationen, wenn man denen zuhört, die auf der Straße diese Frauen bedrängen, und sie gehen nicht nur hin, um sie zu informieren, wie es vielleicht geheißen hat, sondern sie bedrängen sie, wie wir auch vorher von Frau Bergmann gehört haben, die werden sicher nicht wissen, in welcher Lage sich diese Frauen befinden. Zweitens, jetzt an die Kolleginnen und Kollegen vom ÖVP-Club, ich würde mir sehr, sehr wünschen, dass das Entgegenkommen oder das Verständnis oder die Bereitschaft, sich der Thematik ausführlich anzunehmen, die es bereits gegeben hat, in euren und Ihren Reihen, wenn diese auch in Graz Einzug fände. Ich zitiere aus der Presse, die bekanntlich jetzt kein linksradikales Feministinnenblatt oder sonst etwas ist...

Zwischenruf unverständlich.

Mag.^a **Grabe**: Bitte, wenn Sie was sagen, dann vielleicht so, dass man es verstehen kann, am besten aber gar nicht. Ich zitiere aus der Presse, wo Ihr damaliger, 2007, und jetziger Sicherheitssprecher Günter Kössl gesagt hat, natürlich kann es auf gar keinen Fall sein, dass Frauen, die eh schon verzweifelt sind in irgendeiner Form belästigt werden und er hat mit der jetzigen Frauenministerin sehr wohl schon ein Papier unterschrieben, in dem sie sich zu einer gemeinsamen Suche nach einer vernünftigen Lösung verpflichtet haben. Zweites Zitat von der ehemaligen Frauenministerin Maria Rauch-Kallat, auch sie ist, ich zitiere, grundsätzlich dafür, dass Frauen in ohnehin schon schwierigen Situationen nicht auch noch zusätzlich belästigt werden. Ich bitte, das in euren Reihen wahrzunehmen und gründlich zu überlegen. Natürlich war damals 2007, als diese Thematik war, die Frage der Schutzzonen eine heikle, aber eure/Ihre Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene waren sehr wohl bereit, sich der Thematik anzunehmen, denn, und jetzt komme ich zur eigentlichen Begründung der Dringlichkeit, denn VertreterInnen dieser Organisationen tun eben nicht einfach nur informieren und sie tun nicht einfach nur aufklären oder schon gar nicht den Frauen zur Seite stehen in dieser schwierigen Lage, was ja eine durchaus löbliche Angelegenheit wäre. Wenn es wirklich ein Hilfsangebot wäre, würde die Sache ganz anders aussehen, das ist nicht so, die Kollegin Bergmann hat berichtet, wie es abläuft, ich weiß, dass einige hier aus dem Gemeinderat gesagt haben, na mir ist das noch nie aufgefallen, wie ich vorbeigegangen bin, sie tun es auch dann, wenn sie sehen, dass es eine Frau ist, die sich in einem Alter befindet, in dem Schwangerschaft möglich ist und sie tun es dann, wenn sie sich diesem Gebäude nähert und nicht wenn ich mit 70 Jahren in die Buchhandlung Moser hineingehe. Und sie tun nicht beraten, die Ziele dieser Einrichtung sind nicht Beratung. Ich zitiere aus der Web-Seite von HLI, Human Life International, und ich bitte, dass Sie und ihr euch das auf der Zunge zergehen lässt. Das Zitat ist im Original auf Englisch, deswegen zitiere ich das englisch und werde es für diejenigen, die der englischen Sprache nur minderbemittelt, sind auch auf Deutsch wiederholen: Die Mission von HLI ist eine effektive Opposition, Gegnerschaft zu schaffen zu der Todeskultur rund um die Welt. Das als Todeskultur zu bezeichnen, ist ein weiteres. Das Zweite, damit Sie sich leichter tun, die Kollegen

hinten im Eck, gleich auf Deutsch: Wir existieren nicht nur, um die Übel, um die Sünden von Abtreibung, Verhütung und sexueller Erziehung und Familienzerstörung zu bekämpfen, sondern auch um das Evangelium weiterzubringen usw. Das sei ja unbenommen, aber ich zitiere noch einmal, es geht nicht um Beratung für den Schwangerschaftsabbruch, um mögliche Alternativen anzubieten, es geht auf der offiziellen Webseite dieser Organisation um die Teufel, die die Sünden, die Übel der Abtreibung, der Verhütung, die das ja verhindern würde und sogar der Ausbildung der sexuellen Aufklärung und Erziehung zu verhindern, dagegen zu kämpfen. Das bitte ich, einmal zu überlegen und so treten diese Personen dort auch auf, sie kommen nicht hin und beraten und helfen und versuchen zu unterstützen und alternative Möglichkeiten mit einer Schwangerschaft umzugehen, anzubieten, sondern sie belästigen; nicht nur belästigen, sie bedrohen diese Frauen, es gibt Untersuchungen von Ärztinnen und Ärzten, die dort arbeiten, die beweisen, dass die psychischen Auswirkungen für Frauen, gerade in einer belasteten Situation, die diesen Eingriff dort vornehmen, teilweise sehr, sehr schlecht sind und sehr die Genesung nach diesem Eingriff deutlich erschweren. Dann noch, weil es geheißen hat vom Herrn Grosz, sagen wir einmal so, weil es geheißen hat, die Stadt mache sich lächerlich, das habe im Sicherheitspolizeigesetz nichts zu suchen. Sie haben vielleicht ein wenig recherchiert, aber sicherlich nicht ausreichend, es gibt internationale Beispiele, wo das sehr wohl in entsprechenden Sicherheitsgesetzen ist, es ist in Kanada, in British Columbia so, es gibt französische Beispiele, es gibt sogar Beispiele, die noch um einiges weitergehen als diese Schutzzonen. Im französischen Gesetzestext von öffentlicher Gesundheit wird sogar das Hindern einer Person, einen Schwangerschaftsabbruch, einen legalen, vorzunehmen, wird unter Strafe gestellt. Also Schutzzonen einzuführen, die diesen Frauen, die dort einen sehr schweren Schritt vorzunehmen haben, Schutzzonen einzuführen, ist ja wohl wirklich im Vergleich zu dem, was anderswo auch möglich ist, keinerlei lächerliche Sache und im Interesse der Frauen, die dort unbelästigt und nicht unter Druck gesetzt ihren ohnehin schwierigen Weg machen sollen, ist eine Dringlichkeit, der wir eindeutig zustimmen. Eine letzte Sache dazu allerdings noch, ich bitte also um Annahme der Dringlichkeit, nachdem wir alle wissen und die Absprache vorher ja bekannt ist, wissen wir, und das richte ich jetzt an Sie und euch von der SPÖ, wissen wir, dass es keine abstimmungsmäßigen Wunder heute geben wird, daher bitte ich sie, die 2007 bereits begonnen Verhandlungen auf Bundesebene mit eurem Koalitionspartner dort intensiv fortzusetzen, hier auf Gemeinderatsebene ist es klar, wie das Ergebnis

ausgehen wird, es ist klar, dass Sie da leider nicht weiterkommen, ich appelliere ernsthaft, die Schritte, die es bereits gegeben hat, auf Bundesebene fortzuführen und dort an euren Koalitionspartner heranzutreten, um das, was ihr hier zurecht einfordert und was ihr zurecht auch dringlich seht, auf dieser Ebene unterzubringen. Danke (*Applaus Grüne und KPÖ*).

GR. Hötzl: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Grundsätzlich möchte ich einmal vorausschicken, dass wir, wir nämlich im Sinne der Gesellschaft, alles unternehmen müssen, dass werdende Mütter möglichst überhaupt nicht abtreiben müssen oder wollen. Leben, auch ungeborenes Leben, ist schützenswert und selbstverständlich am Leben zu erhalten. Militante Gegner allerdings, die den Rechtsbogen schon fast überschritten haben, sind ohne Diskussion zu verurteilen und strikt abzulehnen. Schutz des Lebens hat Vorrang, in Anerkenntnis aber vor schwierigen Situationen, wie es im Motivenbericht auch erwähnt wurde, da sprechen wir beispielsweise jetzt von Vergewaltigung. Betroffenen Frauen in jenen schwierigen Situationen müssen wir die helfende Hand entgegenstrecken, wir im Sinne der Gesellschaft, da geht es um Beratungsgespräche, um psychologische Hilfe, nicht aber in dieser militanten Form, wie es vor diesen Arztpraxen und vor den Einrichtungen von militanten Gegnern gemacht wird. In letzter Konsequenz allerdings müssen die betroffenen Frauen in ihrer persönlichen Entscheidung frei und ohne jeglichen Druck entscheiden dürfen, ob ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wird oder nicht. Wir treten dafür ein, dass die bestehende Lösung, das ist die der Fristenlösung, so beibehalten wird, wie es zur Zeit Usus ist. In Graz aus unserer Sicht zumindest sind keine Fälle militanter Abtreibungsgegner bekannt, das Problem allerdings sehen wir beim Antrag beim Thema Schutzzonen. Das ist aus unserer Sicht nicht das wirklich geeignete Mittel. Schutzzonen würden damit nämlich nur aufgeweicht und künftig unter Umständen für andere Bereiche, die eventuell nicht so wichtig oder nicht so brisant sind, missbräuchlich verwendet werden können. Da gäbe es andere Bereiche, wo Schutzzonen vielleicht sogar sinnvoller wären, da möchte ich nur den Kollegen Grosz noch einmal vielleicht nicht zitieren, aber beipflichten, beim Thema Bettelei. Aktuelles Thema, hier wird aber jedes Mal von Rot/Grün, nahezu von der gesamten Front die Zustimmung nicht gegeben. Aus diesem Grund werden wir zwar der Dringlichkeit die Zustimmung geben, nicht aber dem Inhalt. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Potzinger** zum Antrag: Hohe Stadtregerung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir hatten die Diskussion, diese Gruppe betreffend, die in der Hans-Sachs-Gasse sich aufgehalten hat schon vor einigen Jahren. Ich habe mich ausführlich erkundigt und auch persönlich überzeugt, wie derzeit diese Beratung der Organisation stattfindet, bin in den letzten Tagen auch dreimal in der Wielandgasse vorbeigefahren, es war jeweils eine Frau dort, die dort still gestanden ist, also es ist keine Rede von aggressiven Massenansammlungen, wo man verkehrsbehindernd gestört wird. Ich habe auch mit den Verantwortlichen von HLI Österreich gesprochen. Zu recherchieren international auf der Homepage HLI international, ich kann auch Attack International und auch dort Dinge finden, die mir absolut nicht passen, Attack Österreich hat schon viel Positives getan. Mir wurde glaubhaft versichert, dass am Anfang der Tätigkeit in Österreich dieser Organisation tatsächlich auch Fehler, die zurecht kritisiert werden, geschehen sind und man seitens der Verantwortlichen auch eingesehen hat, dass man über aggressive oder gar zu heftige Interventionen sicher nicht erreicht, was das eigentliche Ziel der Lebensschützer ist, nämlich dass Frauen sich vielleicht den Schritt doch noch überlegen und dem Kind das Leben schenken. Mittlerweile ist man, wurde mir gesagt, dazu übergegangen, sehr behutsam ein Angebot zu machen und es gibt tatsächlich sehr intensive Beratung über Hilfsmöglichkeiten, die bestehen und auch ganz konkrete Hilfe, teilweise jahrelange Begleitung, finanziell und ideell von Frauen, die dann im letzten Moment sich doch noch für das Kind entschieden haben. Mir wurde gesagt, es bestünde eine Liste von über 5000 Frauen, die sozusagen in letzter Sekunde sich noch für das Kind entschieden haben, die gerne bereit sind, darüber auch Auskunft zu geben, allein in Graz über 500. Persönlich bin ich der Meinung, es sollte doch in unserem Land nicht notwendig sein, dass in letzter Sekunde versucht wird zu intervenieren. Jede Frau, die schwanger ist, sollte doch ein Recht haben, dass sie frühzeitig professionell informiert wird über alle Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten, die es gibt, und genau diese sogenannten flankierenden Maßnahmen zur Fristenregelung fehlen seit Einführung der Fristenregelung, obwohl sie vor 33 Jahren schon vom damaligen Bundeskanzler Kreisky, dem Kardinal König zugesagt wurden. Die Zeit ist reif, dass diese flankierenden Maßnahmen endlich

durchgeführt werden und damit werden dann auch solche Last-Minute-Interventionen selbstverständlich obsolet. Deshalb darf ich namens der ÖVP, der FPÖ und des BZÖ gemeinsam einen Abänderungsantrag stellen, der zum Inhalt hat, dass flankierende Maßnahmen zur Fristenregelung eingefordert werden, mehr Beratung und Hilfe, das Ja zum Kind erleichtern und bei Wahrung der Würde der Frau, der Entscheidungsfreiheit der Frau, aber sehr wohl auch für das Leben beraten wird, das Leben ist schützenswert vom Anfang bis zum Ende, es gibt Abtreibungsdiskussionen, es gibt Euthanasiediskussion, es wird immer auch Abtreibungen geben, wir müssen mit Respekt und Hilfsbereitschaft selbstverständlich auch den Frauen begegnen, die diesen Eingriff hinter sich haben. Ich darf da ganz offen sagen, mich hat gestern eine Bekannte angerufen und mir gesagt, sie ist seit Jahren belastet, sie hatte einmal eine Abtreibung, hat inzwischen auch zwei Kinder bekommen, das belastet sie immer noch. Ich sage auch als gläubige Katholikin, diese Frauen haben Anspruch auch auf seelsorgliche, liebevolle Begleitung, um auch diese Konfliktsituation, in der sie tatsächlich sind, zu bewältigen. Wir brauchen niemandem ein schlechtes Gewissen machen, wir brauchen niemanden Strafe anzudrohen, um Gottes Willen, unsere Aufgabe ist zu helfen und die bestehenden Hilfsangebote auch kundzutun. Viele Frauen sagen nach einer Abtreibung nach einiger Zeit, hätten sie gewusst, allein was es an finanzieller Hilfe in diesem Land gibt, sind wir doch stolz darauf, dass es bei uns ein Kinderbetreuungsgeld, Familienbeihilfe, Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld des Bundes, Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld des Landes gibt, eine junge Frau, die mit wenig Mitteln dasteht und sich überlegt, ob sie es sich leisten kann, jetzt das Kind auf die Welt zu bringen hat ein Recht darauf zu wissen, dass sie über 1000 Euro im Monat bekommt an Unterstützung, wenn sie das Kind auf die Welt bringt. Viele Frauen wissen das gar nicht. Aber mindestens so wichtig wie das Finanzielle ist auch die psychosoziale Beratung, selbstverständlich auch Motivenforschung, Statistik, die Einbeziehung der Männer, die auch eine Verantwortung haben, aber konkret geht es jetzt um die flankierenden Maßnahmen, wo wir den Abänderungsantrag stellen, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle an den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege herantreten, folgende flankierende Maßnahmen zur Fristenregelung einzuführen:

1. Verpflichtung des Arztes bei Feststellen einer Schwangerschaft auf kostenlos und anonym verfügbare psychosoziale Beratungsangebote für Frauen im Schwangerschaftskonflikt hinzuweisen.

2. Verpflichtung des Arztes der Frau eine Broschüre des Gesundheitsministeriums auszuhändigen, in der alle Beratungsangebote sowie finanziellen Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten aufgelistet sind. Vielleicht da zur Präzisierung, nicht das in Deutschland praktizierte Modell, wo die Frauen zur psychosozialen Beratung gehen müssen, um dann den Schein zu bekommen, der die Abtreibung legitimiert, wir wahren hier die Entscheidungsfreiheit der Frau, ob sie das Angebot in Anspruch nimmt oder nicht, aber sie soll ein Recht darauf haben, die Angebote zu kennen, das man sie informiert.
3. Festsetzung einer Bedenkzeit von mindestens 3 Tagen nach Aushändigung der Broschüre. Dass die Mutter wirklich diese Ruhe hat, die Zeit, einige Tage, sich diesen Schritt gut zu überlegen und dann frei zu entscheiden.

Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Ganz kurz, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, weil vieles gesagt wurde. Weil der letzte Punkt war diese dreitägige Bedenkzeit. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, wie schwierig die Situationen sind, diese Entscheidungssituation, in der Frauen hier stehen und das sind mehr als drei Tage, die eigentlich in allen Fällen vergehen, wo Frauen lange überlegen, unter großer Belastung stehen, hin- und herüberlegen, in schwierigen, verzweifelten Situationen sind, von daher verstehen wir einfach diese dreitägige Bedenkzeit, die ihr einfordert, nicht. Aber vielleicht darf ich eines noch richtigstellen, du sagst, es sei Ende 1974 Anfang 1975 dann wirksam, die Fristenregelung eingeführt worden und seitdem fehlen die flankierenden Maßnahmen. Das stimmt einfach so nicht, wir haben Familienberatungsstellen, wir haben Schwangerschaftskonfliktberatungsangebote und insofern bitte ich dich, da einfach auch korrekt hier darzustellen, wie die Situation für die Betroffenen sich darstellt. Und ich darf dir vielleicht noch die Information geben, weil du es ein bisschen in Frage gestellt hast, HIL international, was die auf der Homepage haben, vielleicht ist das auf der österreichischen Homepage von HIL nicht so, ich habe mir auch die österreichische Homepage angeschaut, also auch dort geht es nicht nur um die Frage, Abtreibung zu bekämpfen, sondern es geht darum, die Geister des Bösen zu bekämpfen, den Teufel zu bekämpfen etc., also es ist im Wesentlichen eh die Übersetzung der internationalen Homepage. Das was auch schon in Ansätzen Kollegin Grabe ausgeführt hat, was ich besonders

bedenklich finde, ist, dass zum Beispiel gewisse Verhütungsmittel dezidiert als Frühabtreibend auf der Homepage von HLI Österreich aufgelistet werden, zum Beispiel die Pille und die Spirale. Wenn hier von einem früheren Redner gemeint wurde, es wäre lächerlich, wenn wir hier Schutzzonen fordern, dann denke ich, brauchen wir das nicht zu kommentieren, ich erachte es einfach nicht als lächerlich, wenn wir versuchen, einfach Frauen in ganz, ganz schwierigen Situationen beizustehen, das ist nicht lächerlich, wir wissen, wie hier vorgegangen wird, auch das hat Kollegin Bergmann ja erzählt, auch aus eigener Erfahrung, sehr, sehr plastisch und drastisch. Das was mir noch wichtig ist in diesem Zusammenhang zu unterstreichen, ist, es geht nicht nur darum, dem endlich Einhalt zu gebieten, dass hier Frauen psychisch und moralisch unter Druck gesetzt werden, sondern es steckt ja auch noch ein anderes System dahinter. Es geht ja auch darum, Ärzte und Ärztinnen, die bereit sind, Abtreibungen durchzuführen, dadurch unter Druck zu bringen, dass sie sich ja nicht dazu bekennen sollen, dass sie das auch durchführen, dass sie auch hier in so einer schwierigen Situation Frauen beistehen, das gepaart vor allem dann natürlich auch mit Berichten aus den USA, wo ja diese Ärzte/Ärztinnen, wenn das bekannt ist, ja durchaus auch um ihr Leben fürchten müssen, dieses System, das greift natürlich und das muss man einfach hintanhalten und nicht möglich machen, wenn es darum geht, dass weiterhin die Fristenregelung, die unsere gesetzliche Regelung ist und zu der sich jetzt eigentlich im Wesentlichen alle bekannt haben, möglich ist. Weil wenn es die Ärzte und Ärztinnen nicht mehr gibt, die in einem gesicherten Rahmen Frauen während des Schwangerschaftsabbruchs begleiten und diesen vornehmen, dann haben wir nämlich einen Rückschritt ins vergangene Jahrhundert, in die vergangenen Jahrhunderte, die meisten hier herinnen wissen es, für die, die es nicht wissen, darf ich es noch einmal kurz darlegen. Was ist damals nämlich passiert, es hat die Abtreibungen immer gegeben, die Frauen sind zu sogenannten „Engelmacherinnen“ gegangen, sind am Küchentisch gelegen, sind verblutet, gestorben oder, und da gibt es auch genug drastische Beispiele, haben selbst versucht, eine Abtreibung vorzunehmen ohne jeglichen ärztlichen Beistand, das wollen wir alle hier herinnen nicht, deswegen ist es auch wichtig, dass wir Ärzte, nicht nur die betroffenen Frauen, unterstützen, sondern dass wir auch Ärzte und Ärztinnen weiterhin haben, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und hier nicht ebenso unter Druck gesetzt werden. Weil Kollegin Grabe auf die bereits begonnenen Gespräche auf Bundesebene mit der ÖVP verwiesen hat, darf ich vielleicht dazu noch ergänzen.

Das Argument in diesen Gesprächen zwischen SPÖ und ÖVP auf Bundesebene seitens der ÖVP war immer, na ja, brauchen wir das wirklich, sammeln wir doch einmal, wo gibt es Vorfälle, wo gibt es Belästigungen, wie sind die, wo wird uns ein Bedarf gemeldet, dass man hier gegen solche Methoden vorgehen kann. Und dieser dringliche Antrag wäre genau diese Möglichkeit, einen Bedarf aus einer Region, aus einer Landeshauptstadt nach Wien zu melden und zu sagen, ja, wir wollen oder besser gesagt, wir brauchen leider eine solche Schutzzone, um solche Methoden und solchen Druck und psychischen Druck und moralischen Druck abzustellen (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ein paar Ergänzungen zu deinen Ausführungen, Sissi, oder Korrekturen aus meiner Sicht. Du hast gesagt bezüglich dieser Organisation, man habe seitens der Verantwortlichen die anfänglichen Fehler gesehen und so weiter und so weiter. Es ist mir keine Entschuldigung, Korrektur, auch keine Korrektur auf der Webseite, wo eben die offizielle Mission vermittelt wird, bekannt. Du kannst mich vom Gegenteil überzeugen, aber ich erkenne dort nichts und ich denke, Elke Edlinger hat das schon angesprochen, dass diese Aktivistinnen und Aktivisten, so überzeugt vielleicht auch die Einzelnen sind und so gut es die Einzelnen meinen, das kann ich nicht beurteilen, weil ich sie nicht selber einzeln kenne, aber mag so sein. Sie tun das aber alle innerhalb eines Systems und das System ist das, was auch mit Einrichtung dieser Schutzzonen hintangehalten werden soll, denn dieses System ist, wie die Elke auch schon ausgeführt hat, dasselbe, das Verhütungsmittel verdammt, das eben auch Aufklärungsdinge verdammt, und das ist ausgesprochen problematisch, und dieses System ist leider auch dasselbe, das in einigen extremen Formen dazu geführt hat, dass Personen, die in dem Bereich arbeiten, persönlich mit dem Leben bedroht sind und familienbedroht sind und dass es Attentate gegeben hat, das ist im Übrigen der Hintergrund dieses kanadischen Gesetzes, weil es wirklich tätliche Übergriffe gegeben hat. Und das ist es, was es auch als Signal zu vermitteln gilt, dass es nicht ausschließlich jetzt um diese eine Gasse, Straße, diesen einen Platz in Graz geht, sondern darum, dieses System nicht mit einer Duldung von solchen Aktionen auch indirekt zu unterstützen, das ist der erste Punkt. Der zweite, du hast gesprochen von der jahrelangen Begleitung und auch finanzieller Zuwendung usw., absolut nichts dagegen einzuwenden, aber das ist, weil du eben

gesagt hast, es ist nicht Thema des dringlichen Antrages, die jahrelange Begleitung ist auch nicht Thema und es ist unbenommen und wunderbar, wenn dort zusätzliche Unterstützung ist zu sonstigen offiziellen Einrichtungen. Und mögen sie ihr ganzes Engagement dort hineinstecken, dann ist der Sache sicher um einiges mehr geholfen. Drittens hast du gesagt, jede Frau dort sollte das Recht haben, frühzeitig professionelle Hilfe zu bekommen, seelsorgerische Betreuung, psychosoziale Betreuung; bin ich ganz einverstanden, aber ich frage mich, ist das dort professionelle Betreuung, ist das der richtige Rahmen für seelsorgerische Betreuung, wenn du fünf Minuten vor einer schweren Entscheidung auf der Straße nahezu fast angesprungen wirst, weil du dich da im Vorbeigehen, also weil diese Leute versuchen, sich bemerkbar zu machen? Das ist sicher nicht das, was eine angemessene professionelle Hilfe bedeutet, auch in dem Sinn, wie du sie vielleicht meinst, das passiert dort nicht auf der Straße, kann dort auch nichts passieren.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Wir wollen ja, dass solche Maßnahmen kontrolliert werden.

Mag.^a **Grabe:** Ich komme auch gleich zu dem Abänderungsantrag, ein bisschen Geduld noch. Flankierende Maßnahmen zu setzen, das ist genau das, was du in dem Abänderungsantrag sagst. Flankierende Maßnahmen setzen, ist das Ziel, das du jetzt gesagt hast, das du mit deinem Abänderungsantrag verbindest. Warum konntet ihr dann bitte nicht zustimmen unserem Vorschlag, unserem gemeinsamen Vorschlag, das in einem Zusatzantrag münden zu lassen, wo genau diese flankierenden Maßnahmen Bestandteil gewesen wären, dem hätten wir gemeinsam zugestimmt und das wäre diese Sache. Was du aber wolltest, war ein Abänderungsantrag, wo genau diese Zonen eben damit gekippt werden. Da kann man dieses Argument jetzt nicht, das Argument ist nicht haltbar, wenn du sagst, wir wollen ja eh zusätzlich flankierende Maßnahmen usw. Die Möglichkeit hätte es gegeben, das über einen Zusatzantrag, dem wir mehrheitlich zugestimmt hätten, zu machen, also das als Replik auf deine Ausführungen, ansonst schließe ich mich den Wortmeldungen von speziell von der Elke Edlinger vollinhaltlich an und denke, die

Sachlage ist bekannt; was zu tun ist, ist auch bekannt und ich hoffe, dass wir auf Bundesebene da weiter kommen als hier im Grazer Gemeinderat. Danke (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Werte KollegInnen! Seit dem Jahr 1975 gibt es den Fristenlösungsparagrafen im Strafgesetzbuch und seitdem ist Abtreibung auch unter bestimmten Bedingungen straffrei. Es war damals ein wahnsinniger Kampf, dass es überhaupt zu dieser Lösung gekommen ist und wenn man sich die Jetztsituation anschaut und vor allem hier die Diskussion in diesem Gemeinderat, dann denke ich mir, dass man damals im Jahr 1975 vielleicht fortschrittlicher war, als wie hier die Diskussionen auch im Gemeinderat stattfinden. In Österreich gibt es jährlich zwischen 30.000 und 40.000 Abtreibungen, es sind nicht allein junge Frauen, die abtreiben, die in einer finanziellen Notsituation sind, sondern es sind durchaus auch Frauen, die mit der Lebensplanung bereits abgeschlossen haben, die zum Beispiel bereits Kinder haben und die sagen, sie wollen nicht mehr. Und, liebe Sissi, wir haben ja auch früher miteinander telefoniert, genauso wie du, ist es auch bei mir so, dass vor allem, ich habe jahrelang Frauenberatungen durchgeführt, dass viele Frauen gekommen sind in einer solchen Notsituation auch, diese Frauen haben sich sehr wohl vorher auch informiert und Frauen sind selbstbestimmt. Also Frauen wissen sehr wohl, was sie tun, bevor sie ein Kind abtreiben. Vor allem auch, dass hat mich selbst ein bisschen aufgeregt von deiner Seite, Sissi, weil du kommst eigentlich aus dem konservativen Bereich und gerade zu mir sind zu diesen Beratungen Frauen gekommen, die ebenfalls auch aus dem konservativen Bereich kommen, teilweise auch aus dem kirchlichen Bereich, die um Himmelswillen aber nicht wollten, dass man nach außen hin das trägt, dass sie eben eine Abtreibung vorzunehmen beabsichtigen auch, und es waren durchaus auch Frauen, die im Nahbereich von der Kirche waren, die dann aber wiederum nach außen hin gegen Abtreibung und für das heile Familienleben geschwärmt haben, also wie schön das ist. Und das kann ich aus jahrelanger Erfahrung natürlich auch sagen. Es ist grundsätzlich so, dass vielleicht auch Abtreibungen, beziehungsweise es würde wahrscheinlich nicht zu Abtreibungen in diesem Ausmaß kommen, wenn vielleicht auch die Einstellung zu Verhütungen von kirchlicher Seite vielleicht ein bisschen besser wäre, weil bei einer entsprechenden Aufklärung kommt es nicht so weit, dass man dann ungewollt eben

schwanger wird und ich will dazu schon etwas sagen, ich verwehre mich, und deswegen sage ich das auch, gegen jede Art von Scheinheiligkeit und bestimmte Argumente hier in diesem Raum, die sind für mich heute einfach scheinheilig gewesen. Elke Edlinger hat bereits früher angeführt, wie eigentlich die Situation ursprünglich war. Das ist noch gar nicht so lange her, das heißt, also noch vor 50 Jahren war es so, dass die Abtreibung nicht straffrei war, die Frauen dann im privaten Rahmen abgetrieben haben und wir wissen sehr wohl, die Herren hier ein bisschen weniger, aber wie das praktiziert worden ist, dass es mit Nadeln praktiziert worden, das ist mit irgendwelchen Heilmitteln, die eben zu einer verfrühten Abgang geführt haben, passiert oder es ist auch teilweise mit Gift passiert, die Frauen sind zu Kurpfuschern gegangen und sind dann auch verblutet und gestorben daran. Und wir können wirklich sehr, sehr froh sein, dass jetzt eine Abtreibung in einem geordneten Rahmen überhaupt stattfindet, das heißt, dass die Frauen wissen, zu welchen Ärzten sie gehen können und vor allem auch, dass sich Ärzte dazu bereit erklären, dass sie die Abtreibung eben machen. Ich für mich sage, dass absolut von dieser Diskussion hier von bestimmten Seiten das Selbstbestimmungsrecht der Frauen negiert wird, es wird von den Abtreibungsgegnern, von diesem Verein wird die Freiheit, und das sind Grundrechte, die Freiheit des Aufenthaltes und die Gewissensfreiheit negiert und wenn ich hier, und ich sage es, also ich bin jeden Tag durch die Hans-Sachs-Gasse gegangen und ich bin selbst immens belästigt worden, also wenn ich mir da denke, wenn ich in die Buchhandlung Moser da reingebogen bin, da habe ich auf einmal so einen Fötus oder so in der Hand gehabt und das war einfach eine unheimliche Belastung auch für mich und diese Frauen und auch Männer, die waren so furchtbar lästig und die haben mich an der Hand festhalten und wenn ich denke, ich war nicht in dieser Situation, wie manche Frauen vielleicht sind, die da reingehen, aber wenn ich da Betroffene bin, das ist einfach furchtbar, versetzt euch bitte in die Situation der Frauen. Also ich sage, als Betroffene fühle ich mich auch verfassungsrechtlich in dem Grundrecht auf Schutz der persönlichen Freiheit eingeschränkt, wenn ich auf diesen Verein treffe. Und auf der anderen Seite ist es so, dass auch die jeweiligen Ärzte, die davon betroffen sind, in ihrem Grundrecht auf Erwerbsfreiheit eingeschränkt werden und das sollte man vielleicht auch einmal verfassungsrechtlich abklären. Sissi, vielleicht zu dir, betreffend von deinem Abänderungsantrag. Der Abänderungsantrag von dir ist eine Themenverfehlung, weil wir wollen nämlich den Schutz der Frauen, indem wir eine Schutzzone errichten. Du dagegen willst eine Beratung von Frauen und dass die Frauen sich das überlegen, bevor sie eben den

entscheidenden Schritt treffen und das passt einfach irgendwie nicht zusammen und das hast du früher eh gesagt, dass das eigentlich nicht so zusammenpasst. Auf dich, Gerald Grosz, möchte ich eigentlich gar nicht extra eingehen, weil ich denke mir, ich will das nicht aussprechen, was ich mir denke, aber deinen Wortmeldungen wird oft wirklich viel zu viel Relevanz zugemessen (*Applaus SPÖ*). Und jetzt schlussendlich betrachtet, es ist so, jeder der heute gegen den Antrag der SPÖ stimmt, der wendet sich gegen die Frauen, der wendet sich gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen und ich möchte dazu vielleicht auch noch sagen, wenn es so ist, dass gegen diesen Antrag gestimmt wird, dann ist das ein Zeichen von einem absolut männlich dominierten, konservativen Gemeinderat. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Es gibt zunächst den Abänderungsantrag von ÖVP, FPÖ und BZÖ. Ich darf diesen Abänderungsantrag nochmals vorlesen: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle an den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege herantreten, folgende flankierende Maßnahmen zur Fristenregelung einzuführen:

1. Verpflichtung des Arztes, bei Feststellen einer Schwangerschaft auf kostenlos und anonym verfügbare psychosoziale Beratungsangebote für Frauen im Schwangerschaftskonflikt hinzuweisen.
2. Verpflichtung des Arztes, der Frau eine Broschüre des Gesundheitsministeriums auszuhändigen, in der alle Beratungsangebote sowie finanziellen Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten aufgelistet sind.
3. Festsetzung einer Bedenkzeit von mindestens 3 Tagen nach Aushändigung der Broschüre.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Gestaltungsbeirat

GRin. **Krampl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Krampl**: Meine Damen und Herren, danke für die Aufmerksamkeit. Ich sehe, der Saal leert sich in Höllengeschwindigkeit. Es ist auch wirklich nicht ganz leicht, muss ich sagen, zu so einem Thema, das wirklich betroffen macht, und das hat man ja gesehen, es war so ruhig, wie schon lange nicht in diesem Gemeinderatssaal, jetzt quasi auf ein vielleicht von der Betroffenheit her eher banales Thema zu kommen. Nichtsdestotrotz, ich habe den Antrag vorbereitet und werde ihn jetzt trotzdem auch zu diesem Zeitpunkt bringen, auch wenn es mir selber nicht ganz so wirklich gut geht zurzeit. Meine Damen und Herren, vor fast genau vor einem Jahr (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), es war der 8. Mai 2008 bin ich hier gestanden und habe einen dringlichen Antrag zum Thema Gestaltungsbeirat eingebracht, mit dem Hintergrund, mit dem Wunsch, in Graz ein möglichst hohes Maß an städtebaulicher und vor allem architektonischer Qualität sichern zu können.

Ich erspare mir jetzt die Erklärung, was ein Gestaltungsbeirat ist, ich habe das zwar in meinem Antrag ausgeführt und damals auch im Jahr 2008 schon gesagt, jedenfalls es gibt eben Beiräte dieser Art in vielen Städten, unter anderem Salzburg, Krems, Linz, Feldkirch und in vielen deutschen Städten und die arbeiten sehr erfolgreich.

Ich habe damals auch im Jahr 2008, als ich diesen Antrag eingebracht habe, von einer Enquete erzählt, die im Jahr 2005 stattgefunden hat, eine Fachenquete zum Thema Gestaltungsbeirat mit Experten aus ganz Europa fast, und es war eine Enquete die mich eigentlich damals zu einem Umdenken bewogen hat. Wie viele wahrscheinlich hier wissen, war auch ich nicht unbedingt eine glühende Befürworterin eines Gestaltungsbeirates, sondern habe das alles mehr oder weniger kritisch gesehen, habe mich auch zeitweise mit Gerhard Rüschi, dem damals zuständigen Stadtsenatsreferenten, ausgetauscht, aber diese Enquete war für mich quasi ausschlaggebend, ein wenig umzudenken und vor allem mich zu informieren, was eigentlich der Sinn eines derartigen Gestaltungsbeirates wirklich ist. Stadtbaudirektor Werle war mir voraus damals, der schon bei der Enquete 2005 davon überzeugt war, ich zitiere ihn jetzt: „...dass nur ein Fachbeirat eine

architektonische Qualität auf hohem Niveau zu sichern vermag und damit städtebauliche und architektonische Fehlentwicklungen weitgehend zu verhindern wären. Ein Gestaltungsbeirat“, so Werle damals, „zu einem möglichst frühen Zeitpunkt eingesetzt, würde ein Hilfsmittel bei der Entwicklung von Bauprozessen darstellen und dynamische Prozesse bei der Arbeit für die Qualitätssicherung und Förderung der Baukultur in Gang setzen.“

Wie Sie vielleicht vermuten werden, hat mein damaliger dringlicher Antrag im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden, weil es mir nicht gelungen ist, die Fraktionen von ÖVP und leider teilweise auch der Grünen Fraktion, weil es mir nicht gelungen ist, sie von den Vorteilen eines solchen Instrumentariums zu überzeugen.

Argumentiert wurde vor allem damit, dass wir in Graz ohnehin das wirklich eiligst als Gegenposition zum ungeliebten Gestaltungsbeirat ins Leben gerufene sogenannte „Grazer Modell“ haben und im Nachhinein betrachtet, hat sich leider kein Zitat so bewahrheitet wie das des ehemaligen grünen Gemeinderates Hermann Candussi, wie gesagt, die Grünen waren damals schon ein wenig gespalten in der Meinung, jedenfalls Hermann Candussi hat gemeint: „Stell dir vor, wir haben ein Grazer Modell und keiner merkt es.“

Heute starte ich also meinen dritten Versuch in Sachen Gestaltungsbeirat. Den dritten Versuch unter dem dritten für diese Frage zuständigen Referenten. Und ich bin sehr froh, dass er jetzt gekommen ist, der Herr Bürgermeister. Nach Herrn Stadtrat Rüschi und Frau Stadträtin Eva-Maria Fluch setze ich nämlich alle meine Hoffnungen heute in ihn, dass er auch die Frage Gestaltungsbeirat zur Chefsache erklärt und damit der Baukultur in Graz endlich zu jenem Stellenwert verhilft, der ihr zusteht.

Und vielleicht auch, Herr Bürgermeister, weil Sie für sich selbst als zuständiger Referent für die Bauämter die Vorteile eines Gestaltungsbeirates erkennen können. Und vor allem auch, weil uns jetzt letztendlich allen klar sein dürfte, dass das Grazer Modell, gelinde gesagt, nicht sehr erfolgreich war.

Ich zitiere aus dem „Falter“, Ausgabe 18/09: Überschrift: „Weiß Bürgermeister Nagl, was er sich da aufgehalst hat?“ Nämlich die Ressortübernahme der Bauämter und dergleichen. Lisa Rücker im Falter hat gemeint: „Nein“. Weiters im Falter steht

„Mega-Planungsressort bedeutet: gierige Investoren, zornige Bürgerinitiativen, und „Modell Graz“ gilt als gescheitert. Gestiegen ist damit auch der Druck, einen Gestaltungsbeirat einzurichten, wie ihn fast alle anderen Landeshauptstädte haben.

„Ein prominenter Beirat“, auch alles noch aus dem Falter, „könnte bei kritischen Projekten eine Verbesserung der Baukultur erreichen“, so eben Stadtbaudirektor Werle im Falter zitiert. Das Grazer Modell, das nun evaluiert wurde, entpuppt sich als recht zahlos. Zwar führen immer mehr Bauträger als früher Wettbewerbe durch, aber immer noch viel zu wenige. Und das „Stadtforum“, über das auch so viel geredet wurde und das hochgelobt wurde über den grünen Klee, und das Stadtforum, das über langfristige Stadtentwicklung nachdenken soll, ist nie angelaufen.

„Dass Graz noch keinen Beirat hat, ist eine Schande“, findet auch Markus Bogensberger, Vorstand des Hauses der Architektur“?

Nun, meine Damen und Herren, um dieser Schande endlich ein Ende zu bereiten, stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs – wieder einmal - den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die Baudirektion möge - unter Einbeziehung der dazu bereits existierenden Studie - das Konzept für einen derartigen Gestaltungsbeirat entwickeln. Dem Gemeinderat ist spätestens September 2009 ein entsprechender Bericht zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.30 Uhr den Vorsitz.

GR. **Hagenauer** zur Dringlichkeit: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern im Ausschuss uns mit diesem Thema befasst, wir haben in dem Zusammenhang einen Termin vereinbart noch vor dem Sommer, der sich mit der Materie beschäftigen soll, nämlich der Evaluierung des Modells Graz. Ich,

beziehungsweise meine Fraktion, halten es daher nicht für sinnvoll, in der heutigen Sitzung der Evaluierung vorzugreifen. Nicht nur wegen der unmittelbaren zeitlichen Nähe, sondern natürlich auch, weil Evaluierung bedeutet, dass man sich mit der Sache entsprechend beschäftigt, die ja zweifelsfrei eine wichtige ist. Wir werden daher der Dringlichkeit nicht zustimmen. In der Sache selbst mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube, wir sind und waren für einen derartigen Gestaltungsbeirat, aber man muss natürlich, wenn man sich jetzt im Gemeinderat der Stadt Graz entschlossen hat, für dieses Modell Graz natürlich dann auch ohne Zukunft eine bessere und nachhaltige Lösung zu finden, mit genau diesen Erfahrungen, die wir jetzt mit diesem Modell gemacht hat, auseinandersetzen. Egal, wie also die zukünftige Regelung ausschaut, sie wird nur dann nachhaltig sein, wenn man sich entsprechend mit den gemachten Erfahrungen auseinandersetzt und das können wir jetzt nicht im Zuge eines Tagesordnungspunktes einer Gemeinderatssitzung machen, sondern das hat eben, weil die Sache wichtig ist, einen entsprechenden Rahmen verdient. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Hochgeschätzte Frau Gemeinderätin, werte Dagmar! Ich möchte doch auch nochmals betonen, wieso die ÖVP sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Dringlichkeit aussprechen wird. Kollege Hagenauer hat das schon erwähnt, wir haben gestern im Ausschuss uns mit dieser Thematik beschäftigt und auch den Baudirektor, der hier zugegen war, aufgefordert, die bereits beinahe fertig gestellte Evaluierung des Grazer Modells nun zur Diskussion in unserem Ausschuss zu stellen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Schritt, damit wir uns tatsächlich nochmals mit den Inhalten des Grazer Modells, du hast es ja angeschnitten, auseinandersetzen. Du hast angeschnitten, dass im Jahr 2005 eine Enquete zur Baukultur in Graz veranstaltet wurde. Diverse Ausschusssitzungen haben stattgefunden, es wurde diskutiert und auf Grund dieser Diskussionen wurde dann eine Arbeitsgruppe bestehend aus der Wirtschaftskammer, ich möchte das doch auch von der Geschichte her noch einmal betrachten, der Kammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten, es waren auch der Zentralverband der Architekten und auch das Haus der Architektur und diverse Fachabteilungen seinerzeit unter der Federführung von Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi eingebunden. Wir haben dann aus

diesen Diskussionen gemeinsam das Grazer Modell entwickelt, das auch im Gemeinderat in dieser Form beschlossen wurde. Ich möchte vielleicht noch einmal die vier wesentlichen Handlungsstränge, wie wir es damals genannt haben, des Grazer Modells hier aufzeigen. Das waren einerseits der Projektstisch, andererseits ein standardisiertes Wettbewerbswesen, das Stadtforum und die Bebauungsleitlinien und das waren also die vier Säulen, die das Grazer Modell hier begleitet haben. Wir sind jetzt vor der Situation, und du hast es auch korrekterweise angeschnitten, auch der Kollege Hagenauer, dass wir dieses Grazer Modell jetzt in die Diskussion bringen, die Evaluierung zur Diskussion bringen und gerade deshalb glauben wir, dass es jetzt zum heutigen Zeitpunkt nicht angebracht ist, jetzt dringlich den Gestaltungsbeirat einzufordern. Wie wohl ich durchaus der Meinung bin, dass es unter Umständen aus der Evaluierung eine Entwicklung in diese Richtung geben könnte, das schließe ich einmal prinzipiell nicht aus. Ich möchte aber nicht sofort hier für einen Gestaltungsbeirat heute sprechen. Also das heißt, auch der Artikel des Falter oder ich kann auch durchaus die Zeitschrift des Hauses der Architektur hier erwähnen, Gerlinde Pözlner hat sich sehr intensiv damit auseinandergesetzt, es könnte durchaus sein, dass wir sozusagen hier bezüglich des Gestaltungsbeirates noch ausführliche Diskussionen haben. Aber zum heutigen Zeitpunkt glaube ich, ist es verfrüht und deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Ich glaube, ich persönlich bin der Meinung, dass wir uns sehr intensiv nochmals der Wettbewerbsidee annehmen sollten, ich glaube, dass der Wettbewerb das entscheidende Instrument für eine Verbesserung der Baukultur in Graz sein könnte. Denn eines muss uns schon klar sein, welche Handlungssituation ergibt sich aus dem Ergebnis eines Gestaltungsbeirates? Es ist so, dass der Gestaltungsbeirat einen Vorschlag geben wird, ausarbeiten könnte. Ich bin natürlich noch nicht mir im Klaren, welche Handlungssituation sich dann für die Bau- und Anlagenbehörde daraus ergibt. Ist das jetzt eine Empfehlung, ist das jetzt sozusagen verbindlich, wie können wir das Ergebnis des Gestaltungsbeirates implementieren in die nachfolgenden Verwaltungsverfahren, das sind alles entscheidende Fragen, die ich eigentlich herauskommend aus dem Grazer Modell, aus der Evaluierung dann in der Diskussion um den Gestaltungsbeirat sehr wohl einbringen möchte. Deshalb sind wir gegen die Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich darf mich kurz fassen. Vor einem Jahr haben wir als freiheitliche Fraktion auch dem Antrag der Kollegin Krampfl zugestimmt, wir werden das auch heute wieder machen. Sie hat es erwähnt, es ist der dritte Anlauf für so einen Gestaltungsbeirat. Jetzt liegt das Bauressort beim Herrn Bürgermeister, vielleicht hört er auch auf seinen Herrn Baudirektor, der ja im Falter durchaus einen Gestaltungsbeirat befürwortet. Wir können der Erarbeitung eines Konzeptes einiges abgewinnen, wir stimmen dem zu. Es ist klar, auch Richtung ÖVP, es dauert so eine Entwicklung natürlich, ich muss auch sagen, vom Grazer Modell, ich bin jetzt auch mehr als ein Jahr Gemeinderat, ich habe davon nicht viel mitbekommen im Ausschuss, also da ist ein Nachholbedarf daher ein dringliches Thema. Vielleicht geht mit diesem Antrag dann doch etwas weiter, kommt in Gang. Den Beirat selbst, das Ergebnis werden wir abwarten, ob wir dann auch zustimmen, das ist natürlich abhängig, wer in so einem Gremium vertreten ist, welche Kosten entstehen, aber heute ja zur Dringlichkeit (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Erlauben Sie mir, bevor die Schlussrednerin zu Wort kommt, auch als neuer Referent für diesen Bereich ein paar Anmerkungen. Besonders wichtig ist es geworden, glaube ich einmal, einen Prozess zu Ende zu führen. Wir haben uns für dieses Grazer Modell ausgesprochen, ich schaue mir das auch an. Ich kann mir einen Gestaltungsbeirat auch vorstellen, allerdings ist mir eines wichtig, jetzt haben wir versucht, auf freiwilliger Basis einen Architekturwettbewerb zustande zu bekommen, wo dann auch mehrere Modelle vorliegen, aus denen man auswählen kann. Wenn ich einen Gestaltungsbeirat habe, muss über die Art und Weise, wie der wirklich dann berät, nicht dass wir sagen, es kommt ein Vorschlag eines Investors, dann sagt der Beirat einfach nein, das gefällt uns nicht und dann fahren wir wieder zurück zum Start. Mit so einem Modell kann es nicht funktionieren, das heißt, wir werden uns, wenn es zur Entscheidung kommen sollte, einen Gestaltungsbeirat einzuführen, auch sehr damit auseinandersetzen haben, wie beratend ein solcher Beirat, möglichst eben nicht aus Graz stammend, sondern aus anderen Städten sich zusammensetzend, wie oft er dann tagt und wie er auch mit Investoren und wie er sie berät, ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, das waren auch immer die Kritikpunkte, wer auch immer dieses Stadtplanungsamt bisher geführt hat, dass man

in die Architektur de facto eingreift. Ich kann mir das in späterer Folge vorstellen, würde mich aber auch freuen, wenn wir diese Evaluierung, wie gesagt, jetzt noch abwarten und dann noch einmal klar entscheiden. Da geht es einmal um diesen Beirat, der ein Projekt beurteilt oder um diese freiwillige eher lockere Verbindlichkeit, die nicht von allen akzeptiert wird. In beiden Bereichen sind wir außerhalb der gesetzlichen Regelungen, das heißt, wir sind immer im freiwilligen Bereich und das muss uns auch klar sein. Aber gemeinsam wünschen wir uns alle eine gute architektonische Qualität, weil letzten Endes nur diese über Jahrhunderte Bestand hat, wenn sie so gelingt, wie hier in der Renaissance-Zeit oder auch aufgesetzt über die Renaissance-Zeit (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Krampl**: Ich mache es wirklich ganz kurz. Wie man so hört, ist in Wahrheit jeder, ÖVP, Grüne, alle sind sie in Wahrheit für einen Gestaltungsbeirat oder könnten sich zumindest einen Gestaltungsbeirat vorstellen, aber wir stimmen jeden Antrag sozusagen nieder. Ausreden gehen nicht aus, früher ok, wir haben in aller Eile damals, und da kann sich jeder erinnern, der dabei war, dieses Grazer Modell ins Leben gerufen, Gemeinderat Topf hat es erwähnt, es hat diese Arbeitsgruppe gegeben bestehend unter anderem oder vor allem mit Vertretern der Wirtschaftskammer, und dieses Grazer Modell, und ich sage das wirklich ungeschützt, ist zustande gekommen, weil man vor der Wirtschaftskammer oder vor den Vertretern der Wirtschaftskammer in die Knie gegangen ist und Angst gehabt hat, in Graz einen Gestaltungsbeirat einzurichten. Jetzt hat man sozusagen alles beschönigt und hat das Grazer Modell als sehr schlechte Alternative zu einem Gestaltungsbeirat eingeführt. Herr Bürgermeister Nagl hat gesagt, er möchte diesen Prozess, und auch Kollege Hagenauer, zu Ende führen, die Evaluierung des Grazer Modells abwarten, ich frage mich nur, was spricht dagegen, wenn die Stadtbaudirektion gleichzeitig ein Konzept für einen Gestaltungsbeirat entwickelt, dieses den Gemeinderat im September vorlegt? Selbst wenn wir uns als Gemeinderat dann entscheiden, diesem Konzept nicht zu folgen, das übrigens wahrscheinlich eh schon fertig in der Schublade liegt, selbst wenn wir uns entscheiden, dem nicht zu folgen, haben wir ein Konzept, haben eine weitere Diskussionsbasis und ich schätze, wie gesagt, die Evaluierung sollte ja jetzt noch vor dem Sommer behandelt werden. In welche Richtung die Evaluierung und wie die

Evaluierung aussehen wird, ist uns ja schon angedeutet worden. Aus mehreren Medienberichten geht hervor, es wird nicht das großartige Erfolgsmodell sein. Also das heißt, mein Aufruf wäre halt gewesen, parallel ein Konzept zu erarbeiten, eine neue Diskussionsbasis und eigentlich frage ich mich wirklich, wovor Grün und ÖVP Angst haben in dieser Frage. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Förderung des Muttersprachen-Unterrichtes

GRin. **Binder** stellt im Namen von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! also es geht mir, wie schon einige Male im Gemeinderat um den muttersprachlichen Unterricht, um die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts in unseren Pflichtschulen. Kürzlich kam ein Schreiben eines Beamten im Landesschulrat, wo er darauf hinweist, dass für das kommende Schuljahr das Stundenkontingent für den Muttersprachenunterricht in Graz gekürzt werden soll und zum Beispiel Bosnisch, wo es in diesem Schuljahr zwei Lerngruppen gibt, soll es nur mehr eine Lerngruppe geben.

Na und, werden sich einige denken, eh egal, sollen eh Deutsch lernen und nicht ihre Muttersprache sollen sich integrieren mit der deutschen Sprache und ihre Muttersprache kennen sie sowieso. Behauptungen, die einer genaueren Betrachtung nicht standhalten können und zwar warum nicht? Ich habe versucht in aller Kürze einige wesentliche Punkte zusammenzufassen. Jedes Kind lernt natürlich zuerst seine Muttersprache und bis zum Eintritt ins Schulalter, kann jedes Kind auch die

Kerngrammatik. Aber wir alle wissen, dass die Kerngrammatik nicht ausreichend ist, sondern dass alle anderen wesentlichen Bereiche ja erst in der Schule gelernt werden. Die Förderung aber der spezifischen Spracherwerbskenntnisse in der Muttersprache legt im Grunde die Basis für den Erwerb aller weiteren Sprachen. Und wenn dieser Grundstein nicht gelegt ist, werden sich Kinder immer schwer tun, eine zweite Sprache grundsätzlich und gut in einer hohen Qualität zu lernen.

Zweitens: Die Realität zeigt, dass der Spracherwerb in der Muttersprache mit Kindergarten- oder Schuleintritt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) schlagartig unterbrochen wird, nämlich es gibt eben oder ganz wenig Muttersprachenangebot in der Schule, und das Kind in seiner sprachlichen Entwicklung und auch in der kognitiven Entwicklung stark beeinträchtigt wird. Immer wieder komme ich mit Kolleginnen, vor allem auch in den Volksschulen hier in Graz ins Gespräch, die mir sagen, ab der dritten Klasse Volksschule wird es plötzlich ganz, ganz schwierig für Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch, warum? Weil Sie selbst in ihrer Muttersprache Spezialausdrücke nicht mehr gelernt haben. Und was in der ersten und zweiten Klasse Volksschule noch möglich war, dass, wenn sie das deutsche Wort nicht konnten, man fragen konnte, du, wie heißt denn das in deiner Sprache, dann konnten das die meisten Kinder, in der dritten Sprache, wo das sehr spezialisiert dann wird, können die Kinder nicht mehr auf ihre Muttersprache und auf den Wortschatz ihrer Muttersprache zurückgreifen, was für den Lernerfolg der deutschen Sprache natürlich sehr, sehr einschränkend ist.

Drittens: Die Kinder müssen in einer ihnen nicht vertrauten Sprache, nämlich der deutschen Sprache, der Zweitsprache, alphabetisiert werden. Die Folge davon ist, dass das Kind weder in der einen noch in der anderen Sprache sich voll entwickeln kann. Das Resultat ist häufig eine Halbsprachigkeit, mit der wir es dann zu tun haben und die natürlich für die Kinder sehr viele Chancen nimmt. In der Sprachwissenschaft spricht man von Semilingualismus, sozusagen eine steckengebliebene, unvollständige sprachliche Sozialisation.

Viertens: In der Alltagskommunikation fällt einem diese sprachliche Barriere oft überhaupt nicht auf. Die Kinder parlieren, aber das Defizit wird dann manifestiert und wahrnehmbar, wenn die Anforderungen in der Schule größer werden, der Umgang mit abstrakten Begriffen zum Beispiel in den Vordergrund rückt und da beginnen dann neue Probleme.

Fünftens: Und natürlich leiden nicht nur die Sprachkenntnisse durch die Nichtförderung der Muttersprache, sondern auch alle anderen Schulleistungen, wie Sie sich vorstellen können. Lesen, Mathematik etc. Das heißt, die meisten Befunde aus der Spracherwerbsforschung

weisen auf die Wichtigkeit des Unterrichts in der Erstsprache und auf die positiven Ergebnisse in der Entwicklung dieser Kinder hin.

Eine im Burgenland durchgeführte Studie von Boeckmann, 1997 durchgeführt, weist darauf hin, dass zweisprachig erzogene SchülerInnen, in Burgenland gibt es Kroatisch-Deutsch und Ungarisch-Deutsch auch gymnasial, nicht nur die Vorzüge zweisprachiger Kompetenz, sondern auch überdurchschnittliche kognitive Entwicklung aufweisen.

Oder denken Sie an die bilinguale Schulen in Wien, in Graz Volksschule Krones, wo bilingual unterrichtet wird oder in der Volksschule Geidorf.

Jedenfalls steigen auf alle Fälle die Bildungschancen der Kinder durch mehrsprachige Bildung, steigen auch die Chancen am zukünftigen Arbeitsmarkt und profitiert auch die Wirtschaft.

Wir brauchen also eine andere Schulsprachenpolitik, die der Mehrsprachigkeit in unseren Schulen, und dazu zählen vor allem auch die MigrantInnensprachen, bewusst zum Durchbruch verhilft und nicht das Gegenteil macht, nämlich Stunden zu streichen. Das ist das falsche Signal und wir können es uns nicht länger leisten, eine ganze Generation ihrer Zukunftschancen zu berauben.

Daher stelle ich im Namen der Grünen Fraktion und der ÖVP folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge folgende Petition an den Steiermärkischen Landtag beschließen:

Der Landtag wird ersucht, die zuständige Abteilung der Landesregierung zu beauftragen, Möglichkeiten auszuloten, das Angebot für Muttersprachen-Unterricht für das Schuljahr 2009/10 erkennbar zu steigern und auch die Förderung von bilingualen Schulversuchen spürbar zu erhöhen. Der Wunsch der Stadt Graz im Sinne des obigen Motivenberichtes ist es, dass hierbei auch das zuständige Bundesministerium in die Überlegungen zur Finanzierung miteinbezogen wird und ich bitte um Unterstützung durch Ihre Annahme. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Migrantenkinder bekommen Unterricht in der Muttersprache, ist ja vielleicht gar nicht so eine schlechte Idee, allerdings sollte der Unterricht dann auch in den jeweiligen Heimatländern der Kinder erfolgen und nicht auf Kosten der österreichischen Steuerzahler gehen. Ich glaube, es ist klar, dass wir Freiheitliche diesem Antrag und der Dringlichkeit hier nicht die Zustimmung geben können. Es ist übrigens wieder eine typische grüne Idee, der ja auch leider die Bundesministerin für Unterricht Schmied verfallen ist und sie auch angedacht hat, ob sie auf Bundesebene durchgesetzt wird, das steht noch in den Sternen. Aber ich frage mich auch, was kommt als Nächstes, man muss ja immer weiter auch überlegen, werden wir demnächst dann vielleicht auch zwangsverpflichtet, die Sprachen der Zuwanderer zu lernen, weil sie nicht Deutsch in ausreichendem Maße können, also das muss man ja immer auch weiter überlegen. Ich weiß nicht, ob das auffällt, alle Ihre Initiativen handeln um Probleme und diese Probleme gibt es auch, aber handeln über Probleme von Migranten und Zuwanderern, es ist auch legitim, aber ich glaube, ein bisschen mehr für unsere Österreicher zu tun, das könnte man auch von Ihnen erwarten. Jetzt die Österreicher für die verfehlte Zuwanderungspolitik, die über Jahre auch in dieser Stadt vorgeherrscht hat, mehr oder weniger zur Kasse zu bitten, also ich glaube, das ist etwas, was nicht unbedingt unsere Zustimmung trifft. Ich meine, in einem haben Sie ja recht, es gibt ja tatsächlich Probleme, was die Deutschkenntnisse betrifft in den Volksschulen und auch in den Hauptschulen bei über 50 % Kindern nicht deutscher Muttersprache, aber ich glaube, Ihr Lösungsansatz ist hier der Falsche. Ihre Maßnahmen sind die falschen und zwar vor allem auch Maßnahmen, weil die, so wie Sie sie vorschlagen ja auch Unsummen verschlingen. Wir Freiheitliche haben da eine klare, eine effektivere und auch eine kostengünstigere Linie. Wir sagen ja zu einem verpflichtendem Vorschuljahr für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, ich glaube, was ich auch hier in den Raum stellen kann, wir sagen auch ja zu einer Trennung der Schulklassen zwischen Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, die der deutschen Sprache nicht im ausreichendem Maße mächtig sind, und jenen Migrantenkinder, die Deutsch beherrschen, ja zu diesem italienischen Modell, wo dann in weiterer Folge auch objektive Sprachtests darüber entscheiden, wann Migrantenkinder in die regulären Klassen auch zugeführt werden. Aber nein zu diesem teuren muttersprachlichen Unterricht, der unsere Kinder in den oft leider schon, und vor allem am rechten Murufer erleben wir das ja, oft in den hoffnungslos überfüllten Klassen eindeutig

benachteiligt und das Gesamtniveau an unseren Schulen senkt. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: So, lieber Kollege Sippel. Obwohl wir öfter einer Meinung sind, da muss ich dir aber bei deiner Stellungnahme sehr widersprechen. Das erste Mal, was du gesagt hast, die Kinder, wo sie zu Hause sind, sollen unterrichtet werden. Ich möchte nur dazu sagen, die Sprachen, die hier in muttersprachlichem Zusatzunterricht unterrichtet werden, sind auch sehr viele EU-Sprachen. Fangen wir einmal an: Slowakei, Rumänien, Ungarn, Slowenien. Das sind EU-Bürger, die hier arbeiten und sich...

Zwischenruf GR. Sippel: Was hat das damit zu tun? Es kostet Unmengen an Geld.

Mag. **Molnar**: Ja, erstens einmal, die Eltern und die leben hier, zahlen hier ihre Steuern und das Zweite möchte ich hier auch noch anbringen, dass sehr viele Kinder vielleicht auch aus zweisprachigen Familien kommen und das bedeutet bitte, und das glaube ich, sollte man hier nicht verwechseln, wenn ein Kind mit einer zweiten Muttersprache aufwächst, das bedeutet nicht, dass das Kind Deutsch nicht kann.

Zwischenruf GR. Sippel: Aber das ist nicht unsere Aufgabe.

Mag. **Molnar**: Das heißt, ein Kind wächst mit einer ersten Sprache auf, lernt vielleicht im Kindergarten Deutsch, aber seine Muttersprache ist eine andere Muttersprache, und das ist sprachwissenschaftlich bewiesen, dass die zentrale Rolle in jeder

kindlichen Entwicklung die Muttersprache ist, jedes Kind entdeckt und ordnet die Welt mit Hilfe seiner Sprache, die es zuerst erlernt hat, auch wenn es nur altersgemäß ist. Diese Kinder sind österreichische Staatsbürger, sehr viele, und es ist kein unbeschriebenes Blatt, beim Erwerb einer zweiten Sprache auf das sprachliche zurückzugreifen und hier dadurch leichter Deutsch zu lernen, das ist sprachlich bewiesen, dass Kinder bei der Förderung ihrer eigenen Muttersprache dann leichter die Fremdsprache lernen, das heißt, es ist in unserem Interesse, dass diese Kinder Deutsch lernen, das ist in unserem Interesse. Das Nächste, was ich vielleicht ganz kurz noch in deinem Thema, was es kostet. Eines muss man auch sagen, gerade diesen Kindern, die in zwei Kulturen aufwachsen, nimmt man dadurch, da sie vielleicht in ihrer Muttersprache aufwachsen, in deutsch alphabetisiert werden, überhaupt die Möglichkeit, vielleicht eventuell in ihr Land zurückkehren, weil sie dort als Analphabeten sind, das wäre für eure Zielgruppe auch nicht so uninteressant. Rückkehr, das sollte man vielleicht auch...sollte man auch ansprechen. Und das Zweite, ich glaube, dir ist nicht ganz klar, wie dieser muttersprachliche Zusatzunterricht aussieht. Das heißt jetzt nicht, dass jetzt hier hunderte von Tausenden Euro ausgegeben werden, dass in einer Klasse zum Beispiel nur türkisch oder bosnisch gesprochen wird, das schaut so aus, dass in der Klasse normal Deutsch die Unterrichtssprache ist und am Nachmittag wird zusätzlich angeboten zwei bis vier, fünf Stunden, also fünf Stunden ist es meistens in der Regel vom Landesschulrat möglich, dass man als Freigegegenstand Bosnisch, Türkisch, Ungarisch, Slowakisch, Rumänisch lernen kann, das ist so ähnlich wie andere Kinder sich anmelden für Musik, andere Kinder trommeln halt auf der Trommel und das andere Kind lernt eine zusätzlich Sprache. Also das heißt, es wird hier kein österreichisches Kind verlawisiert oder vertürkisiert, das ist ein Freigegegenstand, wo jedes Kind am Nachmittag sich dazu anmelden kann. Also soviel zu diesem Thema, dass zuwenig Deutsch in der Klasse gesprochen wird. Zu deinem Thema, zu diesem Murufer, St. Andrä, da bin ich ganz bei dir, da haben wir ein anderes Problem, da haben wir das Problem, dass in einer Klasse 90 % nicht mehr deutsche Muttersprache ist. Also hier müssen wir uns sicher was einfallen lassen, weil hier ist kein Deutschunterricht möglich, weil keines der Kinder Deutsch spricht und das heißt, da bin ich ganz bei dir, da muss man Umdenken und neue Modelle finden, aber es geht hier darum, bei diesem muttersprachlichen Zusatzunterricht Kinder, die in einer Klasse Deutsch unterrichtet werden, die Möglichkeit geben, sich in ihrer Muttersprache weiterzuentwickeln und auf ihrer Muttersprache aufzusetzen und die

deutsche Sprache besser zu erlernen. Und eines muss ich dir auch sagen, weißt, ich habe eineinhalb, zwei Jahre in Budapest gelebt, davon ein Jahr in der Außenhandelsstelle gearbeitet und mir ist schon aufgefallen, dass alle österreichischen Unternehmen, die darum so erfolgreich waren in Osteuropa, meistens sehr viele Führungskräfte gehabt haben mit, sagen wir so, aus dem k&k-Bereich, aus dem Hintergrund, meist die Oma, Uroma, Vater, sehr weit und das war der große Vorteil der österreichischen Wirtschaft, dass wir die Sprachenmentalität das gekonnt haben. Da haben uns sehr viele andere wie die Franzosen, Spanier darum beneidet. Das ist es, Kroatisch, das wird der Zukunftsmarkt sein, das die nächste Generation, wir nehmen auch uns als Wirtschaftsstandort ein großes Benefiz und eines möchte ich nur ganz kurz sagen zu dieser zweisprachigen Volksschule in Geidorf, weil da ist ja wirklich eine Ausnahme, das ist was anderes, hier wird wirklich zweisprachig Kroatisch und Deutsch unterrichtet. Da war das so, dass ich die Ausschreibung so angeschaut habe, das war als Projekt ausgeschrieben, wir haben gedacht als Stadt Graz, hier wird sich das rechte Murufer melden, nein, es hat sich eigentlich der bürgerliche Bezirk Geidorf hat sich darum gerissen. Es war so, es hätten, also 24 Kinder haben Platz gehabt, das Ziel war, dass mindestens 12 Kinder mit kroatischer, bosnischer, serbischer Muttersprache dort sind. In der ersten Woche haben sich neun Kinder mit bosnischer, kroatischer Sprache dort gemeldet, aber 24 Österreicher mit reiner deutschen Muttersprache, das heißt, es haben sich doppelt so viele Österreicher gemeldet und wollten eine zweite Sprache erlernen. Also das sollte man auch sehen, dass auch von vielen Österreichern das gewünscht wird, dass ihr Kind eine zweite Sprache bekommt und zweitens, noch einmal, das heißt in der normalen Unterrichtssprache ist Deutsch, das ist ein Freigegegenstand, das ist wie Musik oder Balletttanzen oder wie Handarbeiten und ich finde, was sollte dagegen sein, dass wir Kinder fördern, dann schaffen wir jeden Freigegegenstand ab (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich halte von dem Antrag sehr viel, wir werden ihn auch unterstützen, ich kann den Ausführungen auch meines Vorredners und der Antragstellerin viel abgewinnen, weil selbstverständlich die Sprachenvielfalt im 21. Jahrhundert, vor allem in der derzeitigen Situation, zur Erlangung eines Arbeitsplatzes vollkommen unerlässlich ist. Ich komme, wie Sie

wissen und da Sie sich seit mittlerweile schon einem Jahr lächerlich machen, bin ich im Bezirk Deutschlandsberg aufgewachsen und selbstverständlich haben wir im Bezirk Deutschlandsberg, das dürfte Ihnen ja bekannt sein, massiv immer darauf gedrängt, dass wir im Schulangebot, eine höchstmögliche Vielfalt auch eines Sprachenangebotes gibt, Slowenisch damals, das der Hoffungsmarkt vor 15 Jahren war, gerade für einen Grenzbezirk wie für Deutschlandsberg, für Leibnitz mit den wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Verquickungen unerlässlich und es gibt sehr viele, die sich heute, denen ich begegne, die sich heute massiv ärgern, dass sie damals dieses Angebot nicht in Anspruch genommen haben. Also die Sprachenvielfalt und Schulen, die das auch anbieten in Form von Projekten, in Form von Schulversuchen, ist absolut notwendig. Natürlich muss unser Hauptaugenmerk, gerade im Integrationsbereich das Erlernen der deutschen Sprache sein oder zumindest das Erlernen der europäischen Sprachen, Englisch, Französisch, Italienisch, Deutsch, der offiziellen etc, etc, der Amtssprachen der Europäischen Union, das muss notwendig sein. Es kann nicht sein, dass wir über Integrationsgrade diskutieren und uns wundern, dass Integration niemals erreicht wird, indem wir gar nicht die Chancen zur Integration mittels der Sprache geben. Die Sprache ist eine Barriere zur Erlangung eines Integrationsgrades, daher muss auch die Förderung der in unserem Land anerkannten deutschen Sprache als Staatssprache unbedingt notwendig sein, deswegen bieten wir es in Polizeischulen an, deswegen bieten wir es in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes an, wo wir nach wie vor auch bei jenen, die hier aufgewachsen sind, hier in der hundertsten Generation leben, auch Defizite in der deutschen Sprache haben. Aber nichtsdestotrotz halte ich auch im Hinblick auf die Jugend, die hier in der Stadt Graz groß wird und Arbeitsplätze braucht, die höchstmögliche Ausbildung mit mehreren Sprachen für unerlässlich. Das beste Beispiel gibt es in meiner Familie, ein Onkel von mir, der eine Französin geheiratet hat und seine zwei Kinder jetzt französisch einwandfrei auch reden, Denken, Deutsch selbstverständlich vom Vater und in der Schule Englisch und Italienisch, Englisch sowieso als Hauptfremdsprache und Italienisch, die sind jetzt viersprachig aufgewachsen, ohne dass sie sich noch irgendwo die Hand ausreißen müssen, wenn ich eine vierte Sprache neben dem berühmten Weststeirisch lernen sollte oder neben Englisch und Italienisch, dann müsste ich fünf, sechs Jahre lang lernen, studieren und, und, und. Die haben es mit der Muttermilch aufgesogen und nichts Schöneres als junge Menschen, die noch formbar sind, die formbar sind auch in ihrer Sprache leichter zu erziehen und ihnen für die Zukunft mehr Chancen geben,

als es Generationen vor uns gegeben war. Deswegen stimmen wir dem Antrag der Gemeinderätin Sigi Binder gerne zu. Ich danke.

GRin. **Binder**: Da kommt der Kollege Grosz und stimmt zu und ich kann dem ganz gut folgen, was der Kollege Grosz gesagt hat, nur in einem nicht, und da komme ich dann auch schon auf den Herrn Sippel. Also erstens einmal, unsere Schule tut immer noch so, als sei sie eine einsprachige Schule, vor allem in der Volksschule, in der Regel. Dass aber in der Volksschule viele, viele Sprachen sind und dass die wertzuschätzen sind, das hat unsere Schule noch zu wenig begriffen. Und jetzt komme ich zu dem, zu meiner Kritik an dem, was der Herr Grosz dann doch in einem Aspekt gesagt hat. Warum sollen sie denn nicht Fremdsprachen lernen, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, vielleicht Spanisch, ja, es gibt die privilegierten Fremdsprachen und es gibt jene Fremdsprachen, die in der Hierarchie ganz unten stehen. Türkisch zum Beispiel, also ich meine aber diese Sprachen genauso. Was mein Kollege Molnar ausgeführt hat, wie der Muttersprachenunterricht aussieht, ist nichts mehr hinzuzufügen, es zeigt mir nur, Herr Sippel, dass Sie in keiner Weise recherchiert haben und nicht wissen, wovon Sie reden, wenn Sie etwas kritisieren in dieser Frage, nur in dieser Frage. Es ist ganz im Gegenteil, Herr Sippel, das Recht auf seine Muttersprache ein Menschenrecht, denn es darf niemand diskriminiert sein auf Grund seiner Herkunft, seines Aussehens, seiner Rasse, seiner Sprache steht dabei, also es heißt, wir müssen auch einmal dieses Menschenrecht zum Recht verhelfen und es sind natürlich Menschen immer in der Lage, und je jünger umso mehr, das hat auch der Kollege Grosz ausgeführt, mehrere Sprachen auf einmal zu lernen. Und eigentlich, und da schließe ich, und eigentlich gehe ich davon aus, dass man allen Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat schon zumuten kann, dass sie Wissenschaftlichkeit ernst nehmen, Herr Kollege Sippel, und das, was ich versucht habe, in aller Kürze zusammenzufassen, das sind Ergebnisse von vielen sprachwissenschaftlichen Studien. Die alle zu einem Ergebnis kommen, aber wer halt ignorieren möchte und alles nur auf Deutsch hören möchte, das geht halt mit der Wissenschaftlichkeit nicht überein. Ich danke und bitte noch einmal um Unterstützung für die Dringlichkeit und den Inhalt (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte darauf hinweisen, dass wir eine wunderbare Einrichtung von Seiten des Europarates in unserer Stadt haben. Wie Sie wahrscheinlich wissen, haben wir das Europäische Fremdsprachenzentrum hier in Graz am Nikolaiplatz drüben beheimatet und ich kann jedem nur empfehlen, der sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigen möchte, mit den Professoren, mit den Persönlichkeiten sich einmal zu unterhalten, immerhin werden hier 38 Sprachen nur aus Europa jetzt einmal hier analysiert, wissenschaftlich erforscht, manches auch festgehalten für die kommenden Generationen werden ja auch schon manche Dialekte etc. die beim Aussterben sind und ich glaube auch, es ist ein enormer Vorteil auch für Österreich, auch für Graz hinkünftig für den Wirtschaftsstandort, wenn wir in dem Fall zweigleisig vorgehen und schauen, dass wir zu mehr Stunden für unsere Kinder in den Schulen kommen, die im Übrigen garantiert dann bei uns daheim sind.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 18.15 bis 18.50 Uhr.

6) Gegen Kinderhandel aktiv werden

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die so aufmerksam und pünktlich hier sind. Mein zweiter dringlicher Antrag heute beschäftigt sich mit Menschenhandel und da im Konkreten mit Kinderhandel und ist eine Petition, die sich an das Land Steiermark richtet. Laut UN-Schätzung werden weltweit jährlich 1,2 Millionen Kinder Opfer von Menschenhandel, der mittlerweile zu einer der gewinnbringendsten

Formen des international organisierten Verbrechens zählt. Laut Schätzungen bringt der Handel mit der „Ware Mensch“ 32 Milliarden Dollar pro Jahr, das sind aber nur Schätzungen und rangiert nach dem Drogenhandel und dem Waffenhandel bereits an dritter Stelle.

Kinderhandel stellt eine schwer wiegende Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde dar und ist ein Verbrechen.

Österreich dient dem kriminellen Netzwerk internationaler MenschenhändlerInnen als Transit aber auch als Zielland. Der Handel findet im Verborgenen statt und es sind in der Regel Kinder, vor allem aus Südosteuropa, die missbraucht und ausgebeutet werden.

Österreich ist Vertragsstaat sämtlicher relevanter internationaler Rechtsinstrumente gegen den Menschenhandel, hat 2005 das entsprechende Zusatzprotokoll zum UN-Übereinkommen zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels und somit auch des Kinderhandels ratifiziert. Der Kriminalisierung des Menschenhandels und dem Opferschutz wird darin besondere Bedeutung beigemessen.

2004 wurde auf Bundesebene eine Task force eingerichtet und 2007 wurde der Nationale Aktionsplan erarbeitet, der als zentrale Schwerpunkte Prävention und Opferschutz definiert.

Es sind die Kinder, die mich im Besonderen beschäftigen. Sie sind die Schutzlosesten in unserer Gesellschaft.

2007 wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gegen Kinderhandel eingerichtet, die sich zweimal im Jahr trifft und in die auch VertreterInnen der Landesregierungen entsendet werden, allerdings nur theoretisch, denn die Leiterin dieser Arbeitsgruppe in Wien konnte mir keine Auskunft darüber geben, wer das Land Steiermark bisher vertreten hat. Gibt es hier ein Versäumnis von Seiten des Landes oder auch eine Fehleinschätzung der Brisanz des Problemfeldes Kinderhandel?

Die Gesellschaft hat die Pflicht, Kinder vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen.

2008 forderte die UNICEF die Landeshauptleute in einem Schreiben auf. Zitat: „... verstärktes Augemerks auf dieses unterschätzte Problem“ zu legen und bittet um erhöhte politische Wahrnehmung auf Landesebene.

Viel scheint aber noch nicht in Bewegung geraten zu sein, denn das UN-Kinderrechtskomitee in Genf kritisiert die unzureichende Datenlage über die Opfer, die unzureichende Betreuung der Opfer, die fehlenden bewusstseinsbildenden Maßnahmen sowohl für Polizei, Justiz, Jugendwohlfahrt etc. als auch für die Öffentlichkeit.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge folgende Petition an den Steiermärkischen Landtag beschließen:

Der Landtag wird ersucht, die zuständige Abteilung der Landesregierung zu beauftragen,

1. entsprechend den Verpflichtungen im Nationalen Aktionsplan aktiv zu werden und im Sinne der Rechte der Kinder auf Schutz vor Gewalt und Ausbeutung wirksame Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen Prävention und Opferschutz, auszuarbeiten und umzusetzen und
2. unter Einbeziehung von VertreterInnen der Stadt Graz eine Enquete zum Thema Kinderhandel zu organisieren.

Ich bitte, der Dringlichkeit und dem Inhalt zuzustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Antragstellerin! Ich hoffe, es schadet Ihnen nicht, aber wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, weil wir glauben, dafür herzlichen Dank, es ist ein sehr wichtiger Antrag, weil jeder, der mit offenen Augen durch Graz geht, dem, glaube ich, inklusive, wenn man Elternteil auch noch ist, krampft einem das Herz, erstens einmal wirklich so wie heute, ich wieder jemanden gesehen habe, der unten auf diesem Rollwagerl stehen muss und betteln

muss und dann natürlich wenn Kinder sind, dann, glaube ich, krampft einem das noch mehr. Deswegen von unserer Seite her eine volle Zustimmung. Es ist leider von der Presse niemand mehr im Saal, der Herr Hecke hat das letzte Mal geschrieben, Betteln ist ein Menschenrecht, ich würde sagen, Betteln ist kein Menschenrecht, sondern betteln ist ein Menschenunrecht. Ich glaube, es sollte soweit sein, dass niemand betteln muss und überhaupt Kinder, das ist das, was unsere Gesellschaft schon, und dafür bekennen wir uns ja zur Familie und zur Gesellschaft, was unsere Gesellschaft sehr akzeptieren muss, dass es keine bettelnden Kinder geben sollte. Es sollte auch nicht, so wie es hie und da in der Zeitung steht, eine Last sein, wenn einmal ein Kind einen anspricht, das sollte auch nicht sein, aber generell sprechen wir uns dagegen aus und sind bereit, flankierende Maßnahmen zu treffen, weil es einfach nicht sein kann, dass in einer Gesellschaft, wir leben, glaube ich, im sechst- oder siebentreichsten Land der EU, dass hier Kinder betteln müssen, deshalb von unserer Seite her werden wir uns da nicht mehr melden, sowohl Zustimmung zur Dringlichkeit als auch zum Inhalt (*Applaus FPÖ*).

StR. Eisel-Eiselsberg übernimmt um 19.00 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Um mit Andreas Khol zu sprechen, die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit. An diesem Pult vor einem Monat habe ich einen dringlichen Antrag eingebracht und ich war wirklich der Meinung, dass er dringlich war und ich habe ihn zum fünften Mal eingebracht mit der gleichen Begründung über mehr nunmehr als ein Jahr, weil ich der Meinung bin, dass es dringenden Handlungsbedarf seitens der Politik gibt. In meinem Antrag geschrieben, das UNO-Kinderhilfswerk bestätigt in seinem UNICEF-Bericht anlässlich des im Oktober 2007 stattgefundenen EU-Tages gegen den Menschenhandel, dass jährlich 1,2 Millionen Kinder zu Opfern von Kinderbeziehungsweise Menschenhandel werden. Ich freue mich, dass Gemeinderätin Binder hier meine Urhaltung nun auch unterstützt und hier auch eine Mehrheit jetzt endlich in diesem Gemeinderat zulässt. Vor einem Monat hat Gemeinderätin Binder, nachdem ich diesen Antrag verlesen habe, gemeint, dass das, was ich da mit der

UNICEF habe und da daherwachel, alles falsch ist und dass das alles nicht stimmt, aber heute, siehe da, das was ich erreichen wollte, habe ich erreicht zumindest innerhalb der grünen Fraktion und damit auch des Koalitionspartners, eine gewisse Sensibilität, dass man nicht immer a priori auf jene schimpfen sollte, die ein Bettelverbot verlangen, vor allem dann, wenn sich das Bettelverbot zum Schutz der Menschenrechte gestaltet. Einen Monat hat es gedauert, jetzt ist dieser Antrag im Gemeinderat mehrheitsfähig, ich sage herzlichen Dank, ich sage herzlichen Dank, für mich kommt er viel zu spät, für die Kinder, die in der Zwischenzeit leiden mussten, kommt er viel zu spät, aber wir können in Zukunft, glaube ich, Gott sei Dank, sehr vieles verhindern. Verantwortungsvolle Politik und verantwortungsvolle Politik einer Regierungspartei bedeutet aber auch, und das sei Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von den Grünen, aber auch der ÖVP in das Stammbuch geschrieben, Gefahren schon im Vorhinein zu erkennen und mögliche Gefahren von Volk und Land abzuwenden, und das ist eine Gefahr für Bürgerinnen und Bürger, die hier in diese Stadt geschleppt werden, die hier ausgenutzt werden, die hier unter menschenwürdigen Umständen für ein grausames Geschäft missbraucht werden, das ist Missbrauch, das ist Nötigung, das ist Menschenhandel. Es freut mich umso mehr, dass Stadtpolizeikommandant Kemeter das, offenbar hat sich diese österliche Erleuchtung überhaupt zwei Monate nach Ostern jetzt abgespielt, das auch erkannt hat. Ich habe vor eineinhalb Jahren eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingebracht wegen Verdacht des Menschenhandels und genau dieser Stadtpolizeikommandant Kemeter, der vor eineinhalb Jahren dafür Sorge getragen hat, dass diese Anzeige bei der Staatsanwaltschaft niedergeschlagen wurde, mit seiner negativen Stellungnahme, dass seine Polizistinnen und Polizisten solche Beobachtungen noch niemals im Grazer Stadtgebiet gemacht haben, erklärt jetzt in der Kleinen Zeitung vor zwei Tagen, ja selbstverständlich werden wir dagegen kämpfen, denn das Problem gibt es. Es freut mich daher wirklich, dass es diesen Sinneswandel gegeben hat. Aber ich befürchte halt nur, dass uns die Parteipolitik im einen oder anderen Fall auch vernebelt und daher ersuche ich auch bei diesem Thema nochmals diese parteipolitischen Scheuklappen, die uns offenbar trennen, diese unterschiedliche Herkunft oder Gesinnung oder wie sich das auch immer nennt, endlich zumindest bei jenem Thema, wo es um Menschen geht, die ausgebeutet werden, endlich zu verlieren. Dieser Kampf gegen organisierte Bettelkriminalität ist kein rechtes Thema, Frau Binder, da kann man nicht rechts oder links stehen, es ist kein Thema, das sich nur dann halt entwertet, weil halt offenbar

auch eine Partei dagegen oder für dieses Bettelverbot ist, die offenbar nur nachträglich den zweiten Weltkrieg gewinnen will. Deswegen wird der Inhalt meiner Argumente nicht schlimmer, das ist nicht rechts, nicht links und deswegen habe ich auch die letzten Jahre auch nicht verstanden, warum es da so eine aggressive Haltung dagegen gibt, endlich mit einem Missstand in der Stadt Graz, endlich diesen Missstand zu beenden. Mich freut es, es ist ein kleiner Schritt, es ist ein erfreulicher Schritt, denn es ist die erste Einsicht und viele kleine Erleuchtungen werden noch folgen, denn steter Tropfen höhlt den Stein und das beweist sich, das muss man ehrlicherweise sagen, das ist schön so, das ist gut so, es ist zumindest einmal ein einzelner Bereich, ein wesentlicher Bereich festgeschrieben und ich bin mir sicher, gemäß dem Motto steter Tropfen höhlt den Stein, wird auch mein Bemühen weitergehen, dass wir in Graz am Ende dieser Legislaturperiode, nicht Legislaturperiode, weil es ist keine Gesetzgebungsperiode, wie wir wissen, am Ende dieser Gemeinderatsperiode vielleicht doch eine Lösung finden, dass Menschen nicht auf den nackten Hintern gesetzt werden, um einem traurigen Geschäft nachgehen zu müssen, gezwungen werden, diesem traurigen Geschäft nachgehen zu müssen und davon nur einen Bruchteil erhalten. Ich darf mir aber erlauben, folgenden Zusatzantrag, natürlich nicht Abänderungsantrag, sondern einen Zusatzantrag einzubringen. In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden Zusatzantrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, der Bürgermeister der Stadt Graz wird dringend aufgefordert, unter Zuziehung von Verfassungsexperten eine rechtskonforme Regelung zum Verbot der Bettelerei, zur Bekämpfung des Menschen- und Kinderhandels im Stadtgebiet von Graz auszuarbeiten und diese bis zur ordentlichen Gemeinderatssitzung im Juni 2009 dem Gemeinderat der Stadt Graz zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich würde mich freuen, wenn einige von Ihnen oder auch vielleicht sogar eine Mehrheit auch diesen konsequenten Weg im Kampf gegen den Kinder- und Menschenhandel mit uns weitergehen. Ich danke Ihnen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Herper:** Ich mache es kurz und bündig, wir unterstützen als sozialdemokratische Fraktion selbstverständlich diesen grünen und diesen Sigi-Binder-Antrag, er ist nämlich gescheit, er ist wichtig, er ist notwendig und er ist differenziert. Ich glaube, mehr kann man dazu nicht sagen, weil ich glaube, wir sollten einen Weg der Vernunft

bahnen und nicht wieder eine allgemeine Bettlerdebatte vom Zaum brechen, sondern wir sollten uns wirklich konkret um die Maßnahmen kümmern, wo wir den größten Handlungsbedarf sehen, und das ist eben bei den von Sigi Binder angesprochenen Aktivitäten, die wir setzen gegen den Kinderhandel vor Ort. Ich mache darauf aufmerksam, dass morgen und übermorgen der erste österreichische Präventionskongress hier im nachbarschaftlichen Grazer Congress stattfinden wird, wo namhafte internationale ExpertInnen sich der Themenpalette annehmen vom Kleinkind bis zu den SeniorInnen, also Gewalt in Schule, Familie, Internet, Mobbing, Missbrauch, soziale Ausgrenzung etc. Bekannte ExpertInnen wie Max Friedrich oder Udo Jesionek oder Marina Sorger vom Gewaltschutzzentrum in der Steiermark fragen sich, was tun, wenn Kinder zu Hause misshandelt werden? Es geht um Kinderhandel, es geht um Missbrauch, es geht um Vorurteile und deren Bekämpfung. Ich glaube, deswegen halten wir diesen Antrag für wirklich ganz wichtig und er ist eine Vorbereitung auf den morgigen ersten Österreichischen Präventionskongress, wir unterstützen ihn (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Sigi Binder! Wir sind sehr froh, dass du diesen Antrag eingebracht hast, und mit diesem Antrag sieht man einmal mehr, dass man diese Diskussion tiefgehend führen kann oder oberflächlich. Deshalb werden wir deinem Antrag die Dringlichkeit und auch dem Inhalt zuerkennen und unsere Zustimmung geben. Ich möchte auch erwähnen, dass es wichtig ist, dass man sich an einen Tisch zusammensetzt, wie wir das auch im letzten Gemeinderat schon zur Bettelei von Menschen mit Behinderung gefordert haben, die zuständige Stadträtin ist leider jetzt nicht da. Ich hoffe, weil bis zur Juni-Gemeinderatssitzung soll sie das Ganze über die Bühne gebracht haben, ich hoffe, das Ganze ist schon geplant, weil die Kinderbettelei, das ist uns ein dringendes Anliegen, dass man da vor Ort hilft, aber auch zu Hause bei den Kindern, und das Gleiche gilt für die behinderten Menschen, weil jeder, der jetzt in einem Gastgarten sitzt und die Kinder sieht, die musizieren, die dann im Anschluss durch den Gastgarten gehen, es denkt sich jeder, diese Kinder brauchen eine Schulbildung und haben ein Recht auf eine Schulbildung und solange sie da sind, wird ihnen das Recht sicherlich genommen. Wir stimmen eben der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Grosz: Zusatzantrag?

GR. **Hohensinner**: Nein, Gerald.

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich natürlich darüber, dass dieser Antrag in seiner Wichtigkeit als solcher erkannt wurde und dass er auch unterstützt wurde. Ich möchte aber auch zu Protokoll geben, dass dieser Antrag eines nicht meint, und das ist das, was Gerald Grosz und auch der Kollege Korschelt angeschnitten haben, mit diesem Antrag ist nicht gemeint ein Bettelverbot, sondern dieser Antrag geht weit über das hinaus. Ich habe in meinem Antrag gemeint, es gäbe hier für Graz und für die Steiermark kein Datenmaterial, wir wissen überhaupt nicht, woher diese Kinder kommen, die hier zum Betteln veranlasst werden und erst wenn wir etwas wissen, wenn wir genau nachvollziehbare klare Daten haben, dann können wir Aussagen machen und nicht vorher, nur weil es jemandem passt, das immer in Verbindung zu bringen mit Bettelei, nein, das ist dieser Antrag nicht und somit Ende meines Schlusswortes und danke für die Unterstützung (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich möchte sie unschwer korrigieren, Ihr Antrag ist nicht weiter gehend, denn nur in einem Satz, der Landtag wird ersucht, die zuständige Abteilung der Landesregierung zu beauftragen. Wenn Sie wirklich der Meinung sind, dass das weit gehend ist, dann möchte ich nicht wissen, was ein konkreter Gesetzesbeschluss ist, dann ist das offenbar die Eroberung des Weltalls schlussendlich. Also auf dem Weg dorthin ist es eine kleine Stufe, eine ganz kleine Stufe, es gehört rasch gearbeitet, das, was sich hier offenbart, ist, das kann ich der ÖVP leider nicht ersparen, sehr geehrte Damen und Herren, jetzt theatern Sie unter dem vorsitzführenden Stadtrat, der das Problem

schon in den letzten Wochen erkannt hat, bei jedem x-beliebigen Interview schon mittlerweile selbst andenkt das Bettelverbot, das Sigi Nagl gefordert hat, nicht ich, Siegfried Nagl, diesem näherzutreten, müssen sich in gekonnter Manier durchwinden, aber das, was schlimm ist, das ist ja noch zum Lachen, im Übrigen, es lacht eh schon die ganze Stadt, also es ist eh kein Problem, es lacht Sie ja ohnedies schon jeder aus. Das Schlimme an der Geschichte ist, dass es hier wirklich ein Problem gibt, das jeden Tag, den wir länger hier uns mit dem Problem befassen müssen, es nicht leichter wird, sondern ganz im Gegenteil schlimmer wird. Und da ersuche ich Sie, wenn wir wirklich einen konkreten Schritt gehen wollen, auf dem Weg hin zu einem Bettelverbot, das ist nur ein erster kleiner Schritt, dann darf ich Sie ersuchen, dem Zusatzantrag Ihre Zustimmung zu geben. Ich danke.

GRin. **Potzinger:** Nur kurz eine tagesaktuelle Information aus dem Innenministerium, dass sehr wohl die Vermutung nahe liegt, dass es sich auch bei den in Graz bettelnden Kindern um Opfer von Menschenhandel handelt (*Applaus BZÖ*). Das ist alles mit dem Antrag der Sigi Binder abgedeckt, die Intention, die wir haben, wir brauchen keinen Zusatzantrag, aber um die Dimension da wirklich klar zu machen: In Wien hat man insgesamt 5000 Taten recherchiert von Bettelei und Diebstahl bei Kindern, es handelt sich immer um unter 14-jährige Kinder, wo in der Nähe Erwachsene sind, die, wenn sie befragt werden zuerst einmal angeben, sie seien die Eltern der Kinder, nur Vorsicht, bei nähere Recherche stellt sich dann heraus, dass das gar nicht die Eltern sind, sondern sehr wohl die Schlepper, die die Kinder da hergebracht haben. Um das aber herauszubekommen, braucht man gute Kontakte, Gott sei Dank sind wir in der Europäischen Union und haben eben europaweit auch diese gute Zusammenarbeit, das Netzwerk mit der Polizei, das eben Verbindungsbeamte aus Bulgarien zum Beispiel nach Wien gekommen sind und geholfen haben zu recherchieren, um herauszufinden, dass hier wirklich die Kinder auch von ihren eigenen Eltern nicht geschützt werden und, was uns ja in Graz auch immer ein Anliegen ist, so wie bei der Hilfe für die Bettler in Hostice, Hilfe vor Ort, dass es vermehrt Einrichtungen in Rumänien, in Bulgarien gibt, wo diese Kinder dann vor Ort in ihrer Heimat gut betreut werden und die Chance auf Ausbildung haben, weil wie von Kollegin Binder auch schon angesprochen und Kollegen Hohensinner, es ist ein Menschenrecht auch festgeschrieben in der UN-Konvention

der Kinderrechte, dass die Kinder ein Recht auf Bildung haben, auf Schulbildung und wenn sie bei uns betteln, können sie nicht gleichzeitig die Schule besuchen. Das heißt, die von Kollegin Binder formulierten Forderungen im Antrag sind hier, kann ich nur sagen, goldrichtig im Interesse der Kinder, werden sicher dann auch präventiv wirken und deswegen stimmen wir diesem Antrag besonders gerne zu, der Zusatzantrag ist aus unserer Sicht nicht notwendig (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag des BZÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 19.15 Uhr den Vorsitz.

7) Wohnbauförderung des Landes Steiermark

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Wohnbauförderung des Landes Steiermark. Dort sind als Teil eines von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmenpaketes die Wohnbauförderungsmittel um weitere 11,5 Millionen Euro gekürzt worden.

Gleichzeitig spricht Landesrat Seitinger davon, dass in der Steiermark bis zum Jahre 2012 rund 31.000 Wohnungen fehlen. In Graz fehlen jährlich 600 Wohnungen, im städtischen Wohnungsamt sind 1700 Grazerinnen und Grazer für die Zuweisung einer leistbaren Wohnung vorgemerkt, das heißt, die erfüllen bereits alle Bedingungen und können nur auf Grund der Wohnungsknappheit noch keine Wohnung beziehen. Bereits in der Vergangenheit wurden die Wohnbautöpfe

geplündert, um Budgetlöcher zu stopfen, das geht zurück bis ins Jahr 1992, wo erstmals große Millionenbeträge entnommen worden sind. Die Folge davon: Während es in den Neunziger-Jahren noch Förderungsprogramme für bis zu 2.500 Wohneinheiten pro Jahr gab, liegt die aktuelle Zahl in der Steiermark nunmehr bei 1.400 Wohnungen, die Zahl der fertig gestellten Wohnungen sank im gleichen Zeitraum vom Spitzenwert in den 90er-Jahren von 2.740 auf zuletzt 1.865 pro Jahr.

Durch diese sinkende Wohnbautätigkeit und wegen der gleichzeitig gestiegenen Nachfrage, insbesondere im Graz und im Großraum Graz, wo es ja ein Bevölkerungswachstum gibt, kommt es zu überdurchschnittlichen Steigerungen bei den Mieten. In den letzten fünf Jahren sind die Mieten doppelt so stark gestiegen wie beispielsweise die Inflation oder die Löhne. Bereits jetzt sind es längst nicht mehr nur die Kleinverdiener, die Arbeitslosen, die Pensionistinnen und Pensionisten oder Alleinerzieherinnen, die sich die Mieten auf dem sogenannten freien Markt nicht mehr leisten können. Auch Haushalte mit einem mittleren Einkommen zahlen für eine zeitgemäße Mietwohnung oft schon über 40 % des Nettoeinkommens.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des dramatischen Konjunkturunbruchs im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise ist die Kürzung der Fördertöpfe kontraproduktiv. Mit den Wohnbauförderungsmitteln kann einerseits die Finanzierung für Baumaßnahmen als Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft und der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sein, andererseits ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung von jenen Menschen, die weniger begütert sind, um ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

zur dringlichen Behandlung: Die Stadt Graz spricht sich gegen die Kürzung der Rücklagen der Wohnbaumittel aus und fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, von diesem Schritt Abstand zu nehmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Ich darf mich insofern zur Dringlichkeit kurz halten und nur festhalten, Wohnbauförderung in Summe ist wichtig, notwendig, dringlich. Wir wissen aus dem ÖROK-Prognosen, dass für Graz und für den Großraum Graz zusätzlich Wohnraum notwendig ist zu schaffen. Es ist auch wichtig, die Wohnbauförderungsmittel dementsprechend auch in der Wohnbau fließen zu lassen. Von unserer Seite wird der Antrag der KPÖ ergänzt durch einen Zusatzantrag. Begründet ist er darin, auch wie der Antragsteller mir im Telefongespräch vorab versichert hat und auch wir einer Meinung waren, dass eben genau diese Wohnbauförderungsmitteln aus den Rücklagen entnommen wurden, in das Konjunkturpaket geflossen sind und hier auch Wohnungsmaßnahmen seitens des Landes gesetzt werden. Also hier könnte durchaus eine Gegenwirkung von Wohnbaumaßnahmen auf der einen Seite intendiert sein, die zu Lasten wieder von anderen Maßnahmen führen, aber das ist noch nicht das wesentliche. Und meine Information, die mir zugegangen ist, ist jene, dass eben genau das hier budgetäre Maßnahmen des Landes sind, wobei auch, wie auch der Antragsteller weiß, diese Mittel zurückgeführt werden, wenn Bedarf danach besteht und dass wesentlich ist, dass selbst bei einer Rückführung noch nicht automatisch Wohnraum in Graz geschaffen wird. Deswegen werden wir dann einen Zusatzantrag einbringen, nämlich da hingehend, dass seitens der Stadt Graz, und hier Vertretung durch die Stadträtin Elke Kahr, Gespräche geführt werden mit dem Landesrat Seitinger, tatsächlich auch Wohnbauförderungsmittel zugunsten von Baueinheiten in die Stadt Graz fließen zu lassen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde sagen, guten Morgen, am Abend wird der Faule fleißig. Es ist erfreulich, dass jetzt etwas passiert. Dass die KPÖ gegen die Kürzung der Rücklagen der Wohnbaumittel ist und die SPÖ für eine Erhöhung der Wohnbauförderungseinheiten, dass sich nahezu ein ganzes Jahr lang der Wohnungsbedarf aufgestaut hat und noch weitere zwei bis drei Jahre Mieter bis zur Fertigstellung der Wohnungen warten müssen. Wobei gar nicht gesagt ist, ob überhaupt Wohnungen gebaut werden bis auf vielleicht die angekündigten 500 Wohnungen. Gut ist, dass etwas passiert, schlecht ist, es wäre interessant zu wissen, wer übernimmt die Verfahren, verlässt sich die Stadt nur auf die Wohnbauträger, werden letztendlich wieder die Mieter zur

Kasse gebeten? Zu klären wäre nämlich die Annuitätenzuschüsse, wer finanziert diese vor? Werden diese auf die einzelnen Mieter übertragen? Es ist einfach, sich gegen die Kürzung der Wohnbaumittel auszusprechen, ohne dass die Stadt konkrete Vorstellungen hat, wie der Wohnbau in Graz finanziert werden könnte. Eine Abstattungsrate pro Monat für die Mieter, ein Zuschuss in Form von Annuitätentilgung? Hier gibt es keine wirklichen konkreten Vorstellungen, wie das Ganze über die Bühne zu bringen ist. Die Stadt darf sich da nicht aus der Pflicht nehmen. Diesem Antrag sowie der Dringlichkeit stimmen wir Freiheitlichen natürlich zu, obwohl bei diesem Antrag der KPÖ nichts Wesentliches steht und der auch nicht weit reichend ist, als dass die Verantwortung nur dem Land zugeschoben wird, ohne dass sich die Stadt zumindest eingehende Gedanken darüber macht (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Nach Rücksprache mit dem Land Steiermark, und wie die Kollegin Bauer schon ausgeführt hat, gibt es sogar mehr, nämlich um 31 Millionen Euro mehr im Konjunkturausgleichsbudget, es ist nur in einem anderen Topf gelagert. Was mich nur ein wenig wundert, ist die Aussage im Motivenbericht, dass in Graz jährlich 600 Wohnungen fehlen. Ich habe doch aufmerksam heute auch Beantwortung der Anfrage meines Kollegen Kraxner von der Stadträtin Kahr gelauscht, die gesagt hat, 2500 leer stehende Wohnungen haben wir in Graz. Die Frage ist jetzt, fehlen Wohnungen oder haben wir zu viele? Nichtsdestotrotz, die ÖVP und meine Fraktion wird der Dringlichkeit als auch dem Antrag zustimmen und auch dem Zusatzantrag der SPÖ (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren! wir unterstützen selbstverständlich den Antrag, weil es ja etwas dokumentiert, was wahrhaftig ja passiert ist. Landeshauptmannstellvertreter Schöggl und Landesrat Seitingner haben ja die wohldotierten Wohnbauförderungstöpfe des Landes de facto ausradiert. Landesrat Schmidt hat damals ein Wohnbauressort übergeben und auch genügend Rücklagen im Wohnbaubereich, dass sich sogar noch Förderungen für die Blasmusik darin ausgegangen sind, die sogenannte Aktion Steirische Wahrzeichen, die ja auch auf der Kippe ist, es geht ja hier nicht nur um den sozialen Wohnbau, es geht ja auch um

den Erhalt von historischen Gebäuden in der Steiermark, von der Murecker Mühle hin bis zum Bauernhaus, ich weiß nicht, auf was für einer Alm, bis zu wertvollen großen Denkmälern hier in der steirischen Landeshauptstadt Graz. Faktum ist, Schögggl und Seitinger waren beide nicht in der Lage, das Wohnbauressort zu führen, ich verstehe auch die Wortmeldung meiner Vorrednerin von der FPÖ in keinsten Weise, ganz im Gegenteil, ins Kammerl gehen und schämen für das, was hier der damalige FPÖ-Landesparteiobermann angestellt hat und für was jetzt eigentlich auch Landesrat Seitinger verantwortlich zeichnet, dass die einst gefüllten Töpfe der Wohnbauförderung leer sind und dass man jetzt in der Not in einer Wirtschaftskrise nur aus einem Zweck, nämlich um die Versprechen wenigstens im Ansatz wahrhaftiger zu machen, nämlich zwei Konjunkturpakete, die die Landesregierung angekündigt hat und bis jetzt nicht einmal einen Strich davon umgesetzt hat, hergeht und dafür einmal mehr noch die Restbestände der Wohnbauförderung auch noch ausräumen will. Ja, wie weit gehend soll denn ein Antrag noch sein, wenn man die Landesregierung, die die schuldhaft zeichnet, auffordert, endlich Abstand davon zu nehmen? Ich weiß nicht, soll man sie erschlagen in der Burg oben, was ist dann weit gehend genug, mehr können wir nicht als Grazer Gemeinderat auf allen Ebenen, dass wir sagen, jawohl wir fordern die Landesregierung auf, von dieser Budgetpolitik eines Herrn Buchmann, eines Herrn Flecker endgültig Abstand zu nehmen. Wir unterstützen diesen Antrag und ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag der KPÖ auch die Mehrheit findet. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Es ist zum Anliegen nicht mehr viel hinzuzufügen, wir haben auch in die Richtung ja schon vor nicht allzu langer Zeit einen Beschluss gefasst in Sachen Ausräumung der Wohnbautöpfe auf Landesebene. Die Sache ist insgesamt natürlich ernst, weil in einer Zeit, wo Arm und Reich sich auseinanderentwickeln, der soziale Wohnbau eigentlich mehr Geld bräuchte, na net, und stattdessen die Mittel zu kürzen, wie das in der Tat leider jetzt seit Jahren schon passiert ist, schrittweise in der Steiermark mehr als in jedem anderen Bundesland Österreichs übrigens, weit mehr, ist sehr ernst. Dass das in einer breiten

Öffentlichkeit noch nicht debattiert wird, hat einfach nur damit zu tun, dass momentan noch die Gelder fließen, aber dann schockartig und schlagartig der Kollaps kommen wird, weil durch die Umstellung des Förderungssystems dann plötzlich sehr rasch sichtbar werden wird, das jetzt das Geld fehlt. Die Umstellung, die meisten von Ihnen werden das seinerzeit ja mitbekommen haben, ist eben passiert im Zuge eines Erfordernisses, das mit den Maastricht-Kriterien zu tun hatte und es war Kamerad Schmidt, Herr Kollege Grosz, es war Kamerad Schmidt, der genau in diese Falle getappt ist, ich weiß es nicht, ist er, aber das interessiert mich nicht, ob ich ihn jetzt dem BZÖ oder der FPÖ zurechnen muss oder durfte oder was immer. Kollege Grosz hat ganz richtig unfreiwillig, für mich ein bisschen überraschend eh das Problem beschrieben, nämlich die Blasmusik gefördert und ähnliche Dinge, die mit sozialem Wohnbau nichts zu tun haben. Genau das ist passiert, das Feuerwehrhaus, alles in Ordnung, alles ehrenwerte Sachen bis hin zum Parkplatz von irgendeiner Golfanlage, die dann auch noch in trauter Dreisamkeit damals von der Landesregierung dotiert wurde. Genau das ist das Problem, es war der Herr Landesrat Schmidt, der damit begonnen hat, der gedacht hat, er ist ein besonderer Schlaumeier, indem er die Steiermark von hinten aufrollt und den Großparteien die Hoheit über die Feuerwehren am Land wegnimmt und ihnen jetzt alles das aus Wohnbauförderungsmitteln subventioniert. Was haben die gemacht? Die haben das natürlich erkannt, Überraschung, Überraschung, und haben ihm einfach das Geld zupft, so einfach läuft das in diesem schönen Land. Und es wäre ja alles vielleicht eine unterhaltsame Geschichte, wenn es nicht eben so bittere, ernste soziale Auswirkungen haben wird und, wenn man die Geographie jetzt anspricht, die Hauptleidtragenden sind wir, so wie wir da sitzen. Das ist auch richtig im Zusatzantrag der Sozialdemokratie angesprochen. Wenn auch einer der beiden Haupttäter Flecker heißt, sage ich nur der Vollständigkeit halber dazu, damit da kein Missverständnis aufkommt. Sie haben vielleicht noch in Erinnerung dieses Foto, wie Paierl und Flecker Arm in Arm damals in die Kamera hineingelacht haben. Genau das war die Einigung auf Kosten der soziale Schwachen, auf Kosten der künftigen Menschen und Familien, die in Graz eine Wohnung brauchen und in der Steiermark und vor allem eben, wie gesagt, in Graz. Das heißt, wenn wir da heute einen einstimmigen Beschluss fassen, dann ist das nicht nur eine Alibigeschichte, das betrifft eine der ganz großen Lebensfragen der Stadt Graz, weil es richtig ist, dazu gibt es auch die Unterlagen etwa in Form von regionalen Bedarfsprognosen für den Wohnungsbedarf, weil es richtig ist und wir das ja alle wissen und überall aus den

Statistiken herauslesen können, dass die Stadt Graz alleine mehr Wohnbaubedarf hat als der Rest der Steiermark, alleine mehr. Und da spreche ich jetzt noch nicht Dinge an, die man aber eigentlich ansprechen sollte, wie weit können wir uns zum Beispiel Einfamilienhausförderung im Umland der Stadt Graz noch leisten? Den Mut, das auszusprechen, haben nicht viele, wir sollten es aber tun, wir tun es. Die Einfamilienhausförderung in der Peripherie, dort wo es wirklich gilt, den ländlichen Raum zu sichern, ist unbestritten und eine notwendige Sache, aber können wir uns leisten die Zersiedelung zu fördern, mit dem Effekt, dass dann die Leute natürlich mit dem Auto von ihrem Haus sich wegbewegen und natürlich, wie wir wissen aus allen Untersuchungen, wenn sie einmal im Auto sitzen, natürlich dann so leicht nicht mehr auf irgendein anderes Verkehrsmittel zu bringen sind. 80 % der Entscheidungen über die Wahl des Verkehrsmittels wird durch den Wohnort definiert und das Einfamilienhaus irgendwo im Weichbild der Stadt bedeutet genau das. Und wir haben auch das Geld nicht mehr und wir werden es in Zukunft noch viel weniger haben, dass wir dem jetzt mit dutzenden Millionen entgegenwirken. Wir können nicht nach Vasoldsberg die sprichwörtliche Straßenbahn bauen, das schaffen wir nicht, und wenn wir sie bauen könnten, wir können den Betriebsabgang nicht decken. Also ist das für uns nicht nur eine Frage übrigens, wie wir unseren Wohnraum decken, wie wir unseren sozialen Frieden, der heute schon x-mal apostrophiert ist, sichern, sondern es ist auch insgesamt natürlich eine ungeheure finanzielle Herausforderung für die Stadt, wenn es nicht gelingt, einen Städtebau zu machen, wenn es nicht gelingt, sozialen Wohnungsbau, verdichteten sozialen Wohnungsbau in der Nähe von Standorten zu realisieren, wo wir auch dann sagen, da kann man den Menschen dann zumuten, dass sie nicht alle Wege mit dem Auto zurücklegen. Das wollte ich an der Stelle nur gesagt haben, das ist abschließend gesagt, wenn ich mir auch die Geschichte des Verhältnisses der Stadt Graz, also vom Rathaus zur Burg, anschau, Sie wissen, was ich meine. Wenn Sie da zurückgehen, jahrzehntelang, das war nicht wirklich ein gedeihliches Verhältnis, das war nicht wirklich das, was man sich erwartet und es war vor allem leider Gottes ein Verhältnis, das nicht zugunsten der Stadt Graz jeweils sich gestaltet hat, um das so vornehm auszudrücken. Und auch da ist also quasi eine ganz ernste fundamentale Frage angesprochen, es geht auch um das Verhältnis des Landes zu seiner Landeshauptstadt. Es geht auch um die Frage des Standortes, sage ich jetzt, nicht Graz, sondern Steiermark, weil mit dem Standort Graz steht und fällt die Steiermark, der Standort Steiermark, so ist es halt nun einmal. Und wenn man der Stadt Graz nicht die Möglichkeit gibt, adäquat ihre

Dinge zu erledigen, die also notwendig sind, zum Beispiel eben eine funktionierende Mobilität, eine funktionierende Lebensqualität, eine funktionierende Wohnungsqualität, wenn man das alles der Stadt Graz nicht ermöglicht, sondern untergräbt auf die Art und Weise, wie man das bis jetzt in der Vergangenheit getan hat und momentan gerade jetzt eben tut, dann kommt da auch noch eine Dimension dazu, die also eben noch einmal weit über die schiere Wohnungsfrage hinausgeht. Die Stadt Graz ist also hier sehr gefordert, alle wie wir da hier sitzen, hier geht es um Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Land. Zum Abschluss in dem Zusammenhang eben noch ein Hinweis, ich sage das so ganz direkt. Leider ist das Land in der Hand von Provinzbürgermeistern und ich spreche damit die anstehende Raumordnungsgesetznovelle an. Das ist genau das, was ich auch vorhin schon ausgeführt habe. Das, was momentan ansteht in Sachen Novellierung des Raumordnungsgesetzes, nämlich, dass man sagt, dass man eine Definition momentan überlegt von Seiten der beiden großen Parteien im Landtag in der sogenannten Auffüllung, in Auffüllungsgebieten im Freiland, diese Regelung ist derartig großzügig, dass es praktisch bedeutet eine völlig ungehemmte weiter gehende Zersiedelung, das bedeutete praktisch, dass die ganze Steiermark ein einziges Auffüllungsgebiet ist, übrigens der Vater dieser unseligen Entwicklung ist auch der bewusste Kamerad Schmidt von ehedem, das ist auch eine offene Kriegserklärung an die Stadt Graz, ich verwende den Ausdruck, obwohl ich Grüner bin und der Gewaltfreiheit angeblich verpflichtet, eine offene Kriegserklärung an die Stadt Graz, und hier können wir als Stadt Graz nach meiner Überzeugung, nach unserer Überzeugung nicht zur Tagesordnung übergehen. Können wir nicht, da geht es wirklich auch darum, ob wir uns als Landeshauptstadt durchsetzen, ob wir auf der Landespolitik das Bewusstsein erreichen, dass eben hier man bei Graz zu beginnen hat, wenn man Landespolitik macht und eben nicht in Krottendorf-Gaisfeld und Bairisch-Köllldorf. Das sind die beiden Gemeinden, aus denen die Sprecher, die Raumordnungssprecher der beiden Großparteien im Landtag nämlich herkommen. In dem Sinn, danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne, KPÖ und ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.35 Uhr den Vorsitz.

StRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte eigentlich weiter ausholen, das ist aber tatsächlich nicht mehr notwendig, weil ich mich für diese wirklich qualifizierte Wortmeldung von Herrn Gemeinderat Hagenauer bedanken möchte, dem ist nichts hinzuzufügen. Gemeinderat Eber hat im Motivenbericht auch das Notwendige dazu gesagt. Anmerken möchte ich nur, dass zum Zusatzantrag von der Kollegin Bauer, den ich natürlich in das Gespräch mit Herrn Landesrat Seitinger gerne aufnehme, das ist auch nicht so, dass das das erste Mal ist, wir haben eigentlich in einem Abstand von allen drei Monaten immer regelmäßig Treffen, wo wir genau diese Problematik unter anderem auch besprechen. Es stellt sich aber durchaus so dar, wie Herr Gemeinderat Hagenauer schon gesagt hat, dass die Einsicht, dass Graz hier vor allem besonderen Förderbedarf hat, sich im Zaum hält und natürlich am Wohnbautisch, wo letztendlich ja die geringen Mittel sozusagen zur Verteilung gelangen, erstens einmal nicht einmal die Stadt Graz ein Kontingent erhält, sondern es die Genossenschaften erhalten und hier auch der Großteil eben nicht nach Graz fließt, sondern in steirische Gemeinden und ich fürchte vor allem im Hinblick auch auf die Landtagswahl, auf die bevorstehende, dass auch hier Graz nicht zu den Günstlingen zählen wird. Das Gespräch wird im Juni stattfinden, weil einen Termin mit Herrn Landesrat Seitinger ist sowieso schon fixiert noch Mitte Juni, ich berichte dem Gemeinderat gerne darüber, es ist auch das Thema Wohnen in einem der nächsten Stadtregerungssitzungen spruchreif und ich werde dort auch meine KollegInnen gerne darüber informieren. Danke noch einmal für die Zustimmung zum Antrag (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eber**: Ich danke zunächst allen Rednerinnen und Rednern, die da angekündigt haben, dass ihre jeweiligen Fraktionen zustimmen werden. Also ich glaube, ich halte das für einen sehr wichtigen Schritt, dass da die Stadt Graz auch mit einer gemeinsamen Stimme spricht. Die Wohnbauförderung ist natürlich gerade auch für die Stadt Graz ein wesentliches und wichtiges Element, um die Wohnbautätigkeit tatsächlich auch anzukurbeln, es heißt natürlich nicht automatisch, dass wenn diese Rücklagen aufgelöst werden oder ausgeräumt werden zu einem Teil, dass dann automatisch Wohnungen gebaut werden, aber dieses Geld ist natürlich die Voraussetzung dafür, dass das überhaupt gelingen kann. Die Stadträtin Elke Kahr hat eh schon gesagt, Graz hat kein eigenes Kontingent vom Land, sondern muss

dann letztlich als Bittsteller gegenüber den Genossenschaften auftreten, natürlich wäre es wünschenswert, wenn das umgekehrt ist und ich glaube, dieser Zusatzantrag von der Kollegin Susanne Bauer ist natürlich auch so zu sehen, dass der Stadträtin Elke Kahr hier auch der Rücken von Seiten des Gemeinderates gestärkt wird bei den Verhandlungen und von daher können wir uns natürlich alle nur wünschen, dass es da zu einer Veränderung kommt. Auch wenn vielleicht die Aussichten nicht besonders gut sind, aber man soll da natürlich immer mit Optimismus hineingehen. Vielleicht nur mehr eine Sache, weil der Kollege Spath angesprochen hat die leer stehenden Wohnungen und das gegenübergestellt hat dem zusätzlichen Bedarf an neuen Wohnungen, also ich glaube, wir haben da einfach auch natürlich unterschiedliche Zugänge, wir haben letztes Mal einen Antrag hier eingebracht, dass für leer stehende Wohnungen eine Meldepflicht eingeführt werden soll. Ich glaube, das ist ein erster Schritt in diese Richtung, um sozusagen diese leer stehenden Wohnungen für den Wohnungsmarkt auch zu mobilisieren, aber es gibt natürlich da, wie gesagt, unterschiedliche Zugänge und meines Erachtens wird es sehr, sehr lange dauern, bis da konkrete Ergebnisse gezeitigt werden können, dass diese leer stehenden Wohnungen tatsächlich dann leichter auf den Wohnungsmarkt gelangen, vor allem zu einem vernünftigen und für die Menschen leistbaren Preis. Ich danke noch einmal allen für die Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Mag.^a Bauer wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Nachmittagsbetreuung von VolksschülerInnen in den Schulferien

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren wurde an den öffentlichen Grazer Volksschulen ein System der Nachmittagsbetreuung aufgebaut, das auch sehr gut angenommen wird, da in immer mehr Familien beide Elternteile berufstätig sind. Auch Alleinerziehenden ermöglicht die Nachmittagsbetreuung, sich keine Sorgen über den Verbleib der Kinder während der Arbeitszeiten machen zu müssen.

Ein Problem zeichnet sich jedoch in diesem Jahr für die Sommerferien ab, denn das bisher bestehende Angebot einer möglichen Unterbringung in einem der städtischen Horte soll ab diesem Jahr wegfallen. Dies würde zumindest für 70 bis 80 Kinder und deren Eltern bedeuten, dass sie in den Sommerferien eine Alternative zu den städtischen Einrichtungen finden müssen.

Die Streichung des Angebots wurde damit begründet, dass es insgesamt zu kostenintensiv sei und zusätzlich externes Personal angestellt werden müsste. Laut Stadtschulamt gibt es für die betroffenen Kinder nur die Möglichkeit, um Aufnahme in einer privaten Kinderbetreuungseinrichtung anzusuchen. Vorausgesetzt, Eltern finden überhaupt einen Betreuungsplatz für ihr Kind, fällt bei privaten Institutionen meist die Möglichkeit einer sozialen Staffelung der Tarife weg, was zu enormen finanziellen Belastungen der betroffenen Eltern führen kann, da ein solcher Betreuungsplatz pro Kind und Monat rund 200 Euro kostet.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen, dass

1. Schulkinder auch weiterhin die Möglichkeit der Aufnahme in einen städtischen Hort haben, damit ihre Betreuung über die Sommermonate in diesen Einrichtungen sichergestellt ist und
2. den Eltern aus der Betreuung ihrer Kinder in den Ferienzeiten keine höheren Kosten erwachsen.

Ein Bericht darüber soll dem Kinder- und Jugendausschuss noch vor dem Sommer vorgelegt werden (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Meißlitzer** zur Dringlichkeit: Also, dass das Thema für die betroffenen Schulkinder und deren Eltern dringlich ist, ist völlig klar, wir werden daher der Dringlichkeit zustimmen, denn jeder, der weiß, dass im Juli das Schuljahr beendet ist, weiß, dass es höchste Eisenbahn ist, wir werden allerdings dann einen Abänderungsantrag einbringen (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Frau Gemeinderätin, es ist zutreffend, dass wir in vergangenen Jahren zwischen 70 und 75 Kinder, sogenannte externe Kinder, wie wir sie im Amte bezeichnen auch in städtischen Schülerhorten im Sommer unterbringen konnten. Vor allem sind sie deswegen externe Kinder, weil sie das Jahr über in der schulischen Tagesbetreuung sind. In den vergangenen Jahren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) gab es ein System im Amt für Jugend und Familie, wonach sehr, sehr viele Einrichtungen geöffnet waren, weil die Nachfrage durch die Eltern dokumentiert war, allerdings stellte sich zusehends heraus, dass von 100 % angemeldeten Kindern gerade einmal 50 % dann tatsächlich anwesend waren. Das bedeutete, dass wir zwar unsere Einrichtungen geöffnet hatten und unser Personal vor Ort war, allerdings diejenigen, die eigentlich zu betreuen wären, nur zu 50 % anwesend waren. Wir sind daher im heurigen Jahr zu einer anderen Anmeldemodalität übergegangen. Wir haben eine Modalität gewählt, die die Verbindlichkeit erhöht, sprich: die Anmeldung ist dann tatsächlich verbindlich, wenn auch eine Anzahlung geleistet wird, beziehungsweise der Betrag im Vorhinein entrichtet wird. Damit können wir punktgenau Einrichtungen öffnen und unser Personal bereitstellen beziehungsweise Gruppen bilden. Dadurch wird es nicht mehr möglich sein, nicht belegte Plätze, aber reservierte Plätze mit sogenannten externen Kindern aufzufüllen. Im Wissen dieses Umstandes habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Stadträtin Grabner versucht, an Schulstandorten alternative Betreuungsmöglichkeiten anzubieten. Im morgigen Stadtsenat wird es eine entsprechende Subvention geben, um an drei Schulstandorten diese sogenannten externen Kinder und möglicherweise auch einige darüber hinaus auch im Sommer bestmöglich zu betreuen und durch die Subvention wird es auch möglich sein, die Tarife, die zur Verrechnung gelangen, auch sozial verträglich zu gestalten. Wir werden auf jeden Fall schauen, dass wir da und dort, wo tatsächlich Restplätze in Horten sind, diese mit besonders berücksichtigungswürdigen Fällen und Kindern

praktisch auffüllen können, damit sie in den vollen Genuss einer finanziellen Staffelung kommen. Wir werden aber selbstverständlich schauen, dass wir auch an den drei Schulstandorten St. Peter, Jägergrund und der dritte ist Viktor Kaplan, dass wir dort auch zu moderaten Preisen eine qualitätsvolle Betreuung anbieten können. In diesem Sinne sehen wir keine Dringlichkeit für diesen Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann**: Auf Grund dieser Ausführungen, die ja vor dem Stellen dieses Antrages ja nicht allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat bekannt gewesen sind, ich weiß nicht, zeigt ja, dass dieser Antrag nicht notwendig ist, zumindest aus unserer Sicht nicht notwendig ist und wir dieser Dringlichkeit auch nicht zustimmen werden, weil ja für diese Kinder, die voriges Jahr in den Horten zusätzlich aufgenommen worden sind, andere Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden und auch diese mit einer sozialen Staffelung versehen sind. Also wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir Freiheitlichen können der Dringlichkeit grundsätzlich schon zustimmen. Es besteht ein Handlungsbedarf, es gibt viele Eltern, die keine Sommerferien neun Wochen lang haben, sie brauchen eine Kinderbetreuung für ihre Kinder, es können auch nicht immer Großeltern, Verwandte, Bekannte einspringen, darum ist das sicher ein wichtiges Mittel, dass wir vor Sommer hier noch die Kinderbetreuung sicherstellen. Auf der anderen Seite treten wir Freiheitliche immer für ein Leistungsprinzip auf, es soll nicht alles gratis nach kommunistischer Manier sein, wir können uns eine soziale Staffelung vorstellen, Selbstbehalte, da sind wir natürlich auch dabei, dass man das sozial abwägt. In Richtung noch der Hortbetreuer, Kindergärtner und Lehrer, da werde ich mich nicht sehr beliebt machen, aber es ist eine bevorzugte Berufsgruppe, die neun Wochen Urlaub oder Ferien hat, vielleicht kann man einen Teil...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Das stimmt nicht.

Ing. **Lohr**: ...die Kollegin Meißlitzer negiert das, sie ist Hortleiterin, aber vielfach erkennt man das und vielleicht können Sie da einen kleinen Teil auch von Ihrem Urlaub hergeben, um da mitzuhelfen. Den Abänderungsantrag der SPÖ kenne ich auch noch nicht, darum wird es wahrscheinlich gar nicht zur Abstimmung kommen, aber aus freiheitlicher Sicht ein dringliches Problem (*Applaus FPÖ und KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte auch unsere neu hinzugekommenen Gäste der Gewerkschaftsschule ganz, ganz herzlich auf der ZuhörerInnenгалerie begrüßen (*allgemeiner Applaus*).

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Absichtserklärungen habe ich wohl gehört, wobei ich aber etwas noch Zweifel hege (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), also das Stück, das im Stadtsenat zur Behandlung kommen soll, habe ich nur jetzt so mitbekommen, dass da 15 Plätze zusätzlich gedacht sind und dass eine Subvention an WIKI gehen soll und mit der sozialen Staffelung, ja ich hoffe, dass so etwas ermöglicht wird, das ist für mich nämlich der wesentlichste Punkt, dass alle Kinder, die Bedarf in den Ferien haben, auch wirklich zu sozial verträglichen Preisen in den Genuss einer Nachmittagsbetreuung kommen müssen. Absichtserklärungen sind für mich gut, aber und das was ich gehört habe ist noch nicht das ausgereifte Konzept, das also allen Kindern die Möglichkeit bietet und ich hoffe, dass natürlich in diese Richtung dann noch einiges an Verbesserung passiert. Wichtig ist für mich, es muss leistbar sein. Es zeichnet sich für mich natürlich ab, dass dem Antrag keine Zustimmung erteilt werden wird, aber ich hoffe im Interesse der Eltern und der Kinder, die zu betreuen sind, dass es auch die entsprechenden erschwinglichen Preise im Sommer geben wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, vielleicht für alle noch wichtig, die 15 Kinder sind, glaube ich, nicht gefallen, es sind 72 Kinder, denen jetzt eine zusätzliche Möglichkeit schon allein über dieses kommende Stadtsenatsstück angeboten werden wird.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Bürgerversammlung ECE Stadtgalerie

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher auf der Galerie! Mein erster dringlicher Antrag zielt auf eine Bürgerversammlung zur ECE Stadtgalerie ab. Wir haben ja vorgestern im Pavillon im Volksgarten wieder einmal eine Bürgerversammlung zum, möchte ja schon sagen, Dauerbrenner ECE Stadtgalerie erlebt.

Hervorstechend war vor allem der Umstand, dass viele betroffene Anrainer, die auch wieder zugegen waren, über die geplanten Bau- und Verkaufsmaßnahmen nicht in vollem Umfang und teilweise leider sogar überhaupt nicht Bescheid wissen. Leider konnten Sie sich Herr Bürgermeister, davon nicht überzeugen, weil Sie ja nicht anwesend waren, Sie haben als Vertretung den Herrn Dipl.-Ing. Topf geschickt, der mir ja fast ein bisschen Leid getan hat, weil es war die Kritiker leicht in der Überzahl, aber ich glaube, Sie haben eine ganz gute Figur, das muss man Ihnen hier ja auch attestieren, auch gemacht. Auch die relevanten Mitarbeiter aus den zuständigen Ämtern haben eher durch Abwesenheit gegläntzt. Einzig Herr Dipl.-Ing. Redik stellte sich der Diskussion.

Das dieses Projekt in seiner Dimensionierung von derart weit reichender Bedeutung auch für unsere Stadt ist, ist klar und dass es eine breitere Informationsbasis geben muss, bei der auch der „Chef“ persönlich teilnehmen sollte, ist glaube ich, auch klar. Tatsächlich treten nämlich immer mehr und vermehrt Umstände auch in den Vordergrund, die auch aus politischer Sicht zu einem Umdenkprozess führen könnten.

Exemplarisch möchte ich hierzu folgendes Beispiel anführen: Die Betreiber des Einkaufszentrums sind inoffiziell bereits an verschiedene Innenstadtkaufleute herangetreten und haben versucht, diese zu überzeugen, ihre Geschäftstätigkeit in das ECE Einkaufszentrum zu verlegen. Jetzt wissen wir, dass diese Innenstadtkaufleute teilweise Frequenzbringer auch in der Innenstadt sind und das ist doch etwas, was diese Aussage, die es am Anfang einmal gegeben hat, von wegen gewerblicher Achsenbildung mit der Innenstadt dann doch in einem neuen Licht erscheinen lässt. Auch was die Belebung der Annenstraße betrifft, die uns ja auch von den Lobbyisten seitens des ECE immer auch versprochen worden ist, sieht man, da hat es eigentlich noch keine konkreten Pläne dazu gegeben, sieht man von ein paar wohlverpackten Worthülsen ohne realen Hintergrund ab.

Es scheint also aus unserer Sicht unumgänglich zu sein, ein größeres Diskussionsforum seitens der Stadt Graz zu bilden, in dessen Rahmen natürlich alle Für und Wider dann auch abgewogen werden können und zwar, und das ist das Wichtigste, im Beisein des Herrn Bürgermeisters sowie auch unter Anwesenheit der zuständigen Amtsleiter, was wirklich notwendig erscheint.

Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Büro für Bürgerinitiativen wird beauftragt, im Sinne des Motivenberichtes eine Bürgerversammlung einzuberufen, zu der sämtliche Personen geladen werden, denen auch im Zuge des notwendigen Bauverfahrens ex lege Parteienstellung zukam und zukommt. Weiters ist diese Versammlung auch in den Medien anzukündigen, um anderen betroffenen Personen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Vertretern der Ämter persönlich an gegenständlicher Versammlung teilzunehmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher der heutigen Sitzung! Wenn politischer Alzheimer einen Namen hat, dann heißt er in Zukunft Sippel und Herper. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir hier in diesem Gemeinderat eine Diskussion geführt, eine umfassende, eine lange Diskussion, auch streckenweise eine emotionale Diskussionen und viele haben hier im Gemeinderat aus Sorge um Arbeitsplätze, aus Sorge um das Zentrum, aus Sorge um das wirtschaftliche Gefüge dieser Stadt hier in diesem Gemeinderat Stellung bezogen. Die Grüne Fraktion hat von Anfang an auch Stellung bezogen und hat gesagt, jawohl, wir sind gegen dieses Projekt des ECE, wie es derzeit dasteht, für uns ist es nicht gut genug, es ist nicht wesentlich, der Verkehrs ist nicht ausgebaut und ich könnte jetzt stundenlang über die Begründung jeder einzelnen Partei sprechen, aber konsequent, detto die ÖVP, konsequent für dieses Projekt, konsequent durchgetragen, Stadträtin Fluch damals vorgetragen, aber konsequent, das BZÖ konsequent dagegen mit einer Latte von Begründungen, wo wir gesagt haben, dieses Projekt in der derzeitigen Situation, so wie es dasteht, veranlasst uns nicht, als verantwortungsvolle Gemeinderäte hier zuzustimmen. Und ich kann mich erinnern, wie ich hier gestanden bin und mir auch den Mund fustlig gesprochen habe, dass ich Herrn Herper und Herrn Sippel auch davon überzeuge, dass sie gemeinsam mit uns eine Allianz hier bilden, dieses Projekt auf Eis zu legen und bessere Verhandlungspositionen auch für die Stadt und bessere Vorbereitung für Innenstadtgeschäfte hier zu erreichen. Das war der SPÖ nicht gut genug. Mit Hurra, Heureka, weil man sich offenbar etwas erwartet hat, haben sie zugestimmt, detto die FPÖ. Für ein kleines Du-Wort bei Frau Fluch, für ein wenig akzeptierter zu sein, weil man sonst der politische Paladin der Stadt ist, nach der Affäre Winter, hat die FPÖ sich über den Tisch ziehen lassen und hat gesagt, ja, da stimmen wir schon zu, weil wenn die ÖVP das von uns will, dann sind wir fleißig als braver Paladin und Buckler fleißig an ihrer Seite. Aber was unehrlich ist, ist heute sich hierher zu stellen und schlagartig bei so einem Projekt einfach die Meinung zu ändern. Ich bin der

Meinung, es hat in diesem Gemeinderat eine klare Mehrheit gegeben, auf diese klaren Mehrheiten muss sich ein Investor verlassen können, auf diese klaren Mehrheiten muss sich auch eine Stadtverwaltung verlassen können, wenn sie ein Projekt in dieser Größenordnung zündet. Wenn man bei diesem Projekt im Laufe der Phase draufkommt, dass es Mängel gibt im Bereich der Baugenehmigungen, dass sich die Begründungen, die damals die Grünen, aber auch die KPÖ und das BZÖ hier gegen dieses Projekt vorgelegt sind, auch bestätigen, dann hat man selbstverständlich die Notbremse zu ziehen. Ich unterstütze ja die Damen und Herren von der SPÖ und der FPÖ in ihrer jetzigen Haltung, ich bin ja dankbar, dass sie Wendehälse sind, ich bin ja dankbar, dass sie dort, wo andere ein Rückgrat haben auch einen Gartenschlauch haben, genau in dieser Diskussion. Es soll ja nicht der Verdacht aufkommen, dass ich sie nicht unterstütze, obwohl ich es schon sehr eigenartig finde, dass ein Gemeinderat einen Bürgermeister der Stadt Graz auffordert zu diskutieren. Bisher habe ich es als Selbstverständlichkeit empfunden, dass der Bürgermeister der Stadtregierungsmitglieder sich nicht hinter ihren Tintenburgen versteckt. Und da können mich noch so viele Kritikpunkte vom amtierenden Bürgermeister Nagl trennen. Unter anderem, dass wir beim ECE einer unterschiedlichen Auffassung sind, aber nicht, dass man ihn hier mittels Antrag quasi dazu zwingt, einer Aufgabe nachzukommen, der er ohnedies nachkommt, indem er sich mit den Menschen dieser Stadt unterhält. So eine politische Dummheit habe ich in 15 Jahren meines politischen Lebens nicht gesehen, nicht gehört und das ausschließlich auf Grund von parteipolitischer Motivation. Wir unterstützen selbstverständlich den dringlichen Antrag, weil ich ja der Meinung bin, dass wir auch hier dokumentieren sollten, und das BZÖ bestärkt seine Linie, unsere Meinung hat Bestand, auch über ein Jahr, dass wir hier gegen dieses ECE-Projekt sind, aber dass Sie mit der Verzögerung einer Schlaftablette, einer Großpackung Valium, erst ein Jahr draufkommen, dass unsere Argumente damals richtig waren, das verzückt mich angesichts der Tatsache, dass Sie Volksvertreter dieser Stadt sind. Ich ersuche sie daher, die Damen und Herren von SPÖ und FPÖ, weder in die eine Seite Handlanger zu sein, noch Paladin in die andere Seite, sondern endlich zu einer klaren Meinung gerade bei diesem wesentlichen Projekt ECE zurückzukehren. Es ist nicht schändlich, für das Projekt zu sein, aber es ist auch nicht schändlich, gegen das Projekt zu sein, wenn man es gut argumentiert und wenn man nicht seine eigene politische Meinung am Altar von irgendwelchen Zugeständnissen einer Stadt verkaufen will, wie es die FPÖ einmal mehr gemacht hat und elegant ausgerutscht

ist, weil bekommen haben sie ja nichts von den Freiheitlichen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir unterstützen den Antrag, wir unterstützen die Dringliche, wir halten hier Linie, aber wir lassen uns nicht missbrauchen bei einem parteipolitischen Eiertanz, den Sozialdemokraten und Freiheitliche hier aufführen. Ich danke Ihnen.

GR. **Herper:** Also, Herr Bürgermeister, weder sind wir Paladin noch opfern wir irgendwelche Kälber auf irgendwelchen Altären oder sonst irgendetwas. Ich kann das nämlich mit reinem Gewissen sagen, ich habe nämlich am 16. November 2006 einen gemeinsamen Antrag von ÖVP, KPÖ, Grünen und SPÖ eingebracht, der gegipfelt ist in drei Forderungen, nämlich die Einbindung der betroffenen Bezirksvorstellungen der angesprochenen Bezirke und der BezirksrätInnen und der betroffenen AnrainerInnen. Punkt 2 habe ich aufgefordert vorzulegen, bevor wir in die Entscheidung und in Letztentscheidungen gehen, alle notwendigen Stellungnahme, Studien, die zum Verkehr, zur Wirtschaftskraft, zu den KundInnenströmen, zu den Einzugsgebieten, zu den Arbeitsplätzen etc beinhalten, vorzulegen und drittens habe ich damals gemeinsam, und das hat auch eine eindeutige Mehrheit in diesem Gemeinderat gefunden, öffentliche Informationsveranstaltungen abzuführen. Wir halten nach wie vor zu dieser Linie, es ist eine konsequente Linie. Öffentlichkeit, Information, BürgerInneninformation, AnrainerInneninformation, Vorlage aller Studien, entsprechende Stellungnahmen, die zu Verkehr und zur Wirtschaft und Einkaufsgewohnheiten in der Region und in den Folgen für Annenstraße, für Innenstadt bedeutsam sind und wir halten viel und notwendigerweise für Informationsveranstaltungen. Der jetzige dringliche Antrag, ich war bei der ersten Veranstaltung dabei, bei der zweiten waren wir vertreten durch den Bezirksvorsteher Otto Trafella und den Bezirksvorsteher Gerhard Macher, gibt uns den notwendigen Auftrag, diesen dringlichen Antrag von dir, Armin Sippel, zu unterstützen, denn ich halte es für eine demokratiepolitische Serviceleistung, eine solche Bürgerversammlung abzuführen, um über den aktuellen Stand zu informieren. Mit Einbegleitung und mit Beteiligung aller Expertinnen und Experten und vor allem, was aus zweitem Grund wichtig ist, der Bürgermeister ist seit 14 Tagen verantwortlich für Bau und Planen und Anlagebehörde und aus diesem Grunde ist es nur dringlich und notwendig und auch verständlich und auch vernünftig, dass der politische Hauptverantwortliche Rede und Antwort steht. Ich glaube, aus diesem Grund

unterstützen wir eine solche Vorgehensweise, nämlich einer BürgerInnenversammlung und auch dem Ersuchen, dass der Bürgermeister sich dieser Aufgabe stellt. Ich füge hinzu, wir leben in einem Rechtsstaat und aus dieser Konsequenz die Rechtszüge zu beachten. Ob dies nun der Bebauungsplan ist, ob es die Abfolge der Umweltverträglichkeitsprüfung mit allen Pros und Kontras zur Verkehrsgestaltung ist, wir haben die Entscheidungen der Oberbehörde, wir haben die Entscheidungen, wie gesagt, des Landes abzuwarten. Wir verschließen uns nicht Investitionen, wir verschließen uns nicht den Notwendigkeiten und Gegebenheiten des Rechtsstaates, aber wir sollten auch nicht polemisch sein, wir sollten nicht populistisch sein, sondern wir sollten gut abwägen auch in diesem Gemeinderat und bei diesem Projekt insgesamt auch in Zukunft: Was ist vorteilhaft für die Stadt, was ist vorteilhaft für die Bezirke, für die Anrainer, für die Bewohner, wo wurde der Rechtsstaat eingehalten, wo wurde er nicht eingehalten, wo sind die Rechtszüge nachzuvollziehen, wie entscheidet die Oberbehörde, was ist das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung? Wir sollten nicht voreilige Schlüsse ziehen, wir sollten genau und gewissenhaft uns prüfen und abwägen. Und deswegen sind wir dafür, dass es hier eine öffentliche Information geben muss, zu der der Bürgermeister Stellung bezieht, denn er steht jetzt an vorderster Front. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Dringlichkeit, wir stimmen natürlich der Dringlichkeit zu und dennoch kann ich nicht verhehlen, dass ich jetzt der FPÖ ein bisschen Nachhilfe geben muss. Am 19. September 2007 sagt Herr Mag. Korschelt zu diesem, da gab es auch eine ECE-Diskussion und er meint, er geniere sich nicht, in Graz zu wohnen, ich bin gerne in Graz, was mir eher peinlich ist, sagt er, aber das ist eh kein Geheimnis, sind die Anträge, die mehrmaligen Anträge der Kollegin Binder, weil es gelingt wieder einmal, einen Investor und das Ganze erinnert mich ein bisschen, ich weiß nicht, wo Sie da hinauswollten, das lese ich jetzt nicht fertig, weil der Satz nicht zu Ende ist, aber Sie sagen dann, ich erzähle da ein Gruselmärchen, wo man eben immer so ein bisschen vermischt Reales mit Utopie und wir sollen da alle stolz sein, dass es einen Investor gibt, das ist auch gut so, und der wird mit seinem großen Projekt uns wieder auf die Beine helfen. Also da könnte ich noch lange zitieren, aber es ist so peinlich, ich

verwende jetzt Ihren Ausdruck, mit dem Aufwachen ist das so eine Geschichte, manche brauchen halbe ganz, ganz viele Wecker, um überhaupt einmal aufzuwachen und dann weiß man auch nicht, warum sie gerade aufgewacht sind. Am 5. Juni 2008 zitiere ich den Herrn Lohr. Hallo, Herr Lohr, da sagt der Herr Lohr noch, und so lange ist es noch gar nicht her, also wir Freiheitliche sehen dieses Projekt ECE im Gesamten positiv. Es ist sinnvoll, dass man den Standort Hauptbahnhof wirtschaftlich stärkt, seien wir froh, dass ein Unternehmer Geld in die Hände nimmt und hier Arbeitsplätze schafft, ECE ist eine Chance als Ausgleich zu den Einkaufszentren am Stadtrand usw., usw. Aus welchen Gründen auch immer Sie jetzt plötzlich die Fahne gedreht haben, es gibt ja einen sehr marktschreierischen, nicht mehr Stadtrat, mit dem Sie ja engen Kontakt pflegen in letzter Zeit, wie auch immer, ich werde, also Vertrauen zu Ihnen habe ich sowieso nicht gehabt und jetzt hätte ich es noch viel weniger und zu diesem Antrag werde ich auch dann einen Zusatzantrag noch einbringen. Danke, der Dringlichkeit werden wir zustimmen (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Der Herr Kollege Sippel hat vom Dauerbrenner ECE gesprochen. Herr Kollege, ich spreche vom Spätzünder freiheitliche Partei. Es ist hier bekannt und schon erwähnt worden, dass die Grünen hier dem Projekt, sagen wir einmal, immer skeptisch gegenüber gestanden sind. Wir haben, auch das wissen Sie, in den Koalitionsverhandlungen zum Thema verhandelt, das heißt, wir waren uns auch bewusst, dass dieses Projekt, wie die meisten anderen, Vor- und Nachteile hat und einer der entscheidenden Punkte oder der entscheidende Punkt war dann nicht zufällig die Frage der Stellplätze. Wir sind für die Reduzierung der Stellplätze eingetreten, wir sind in einem zweiten entscheidenden Punkt dafür eingetreten, dass das ECE sich bereit erklärt, als Investor und als sehr potenter Faktor im Einzelhandel bereit ist, im Bereich der gesamten Annenstraße auch als Partner für Einzelhandelsfirmen dort, für Ankermieter, also für besonders attraktive Mieter, sich einzusetzen und sich dort zu engagieren. Letzteres, wie gesagt, wäre Sache des ECE gewesen und ist nicht darauf eingestiegen und das Zweite natürlich mit den Stellplätzen auch und daher haben wir dann nicht zugestimmt und eine

Contrahaltung eingenommen. Zum Pro und Kontra für ein derartiges Projekt ist dann im Grund genommen nicht mehr sehr viel hinzuzufügen außer, dass jüngste Studien diese Bedenken leider noch verstärkt haben. Ich darf also da zitieren, nur ganz kurz, eine mittlerweile veröffentlichte Studie vom deutschen Institut für Urbanistik, dass also Mitte Dezember vergangenen Jahres die Studie veröffentlicht wurde, und dieses Institut hat in einer sehr breit angelegten Untersuchung sich genau mit diesen Zentren, also nicht mit Zentren auf der grünen Wiese, sondern mit Shopping-Centern im Stadtbereich, in Zentren sich beschäftigt und die Hauptergebnisse waren eben unter anderem, dass die vor allem mittelbaren Folgen negativ waren, das heißt, in der Mehrzahl der untersuchten Kommunen mit innerstädtischen Einkaufszentren sind die Mieten etwa erst recht gesunken, das heißt, und zwar nicht nur in Lagen, die etwas weiter von der City weg waren, sondern auch im unmittelbaren Citybereich ist also wirtschaftlich eine negative Folge eingetreten und es ist ein weiterer Befund gewesen, dass die, ich zitiere, eine starke Ausweitung des Flächenangebotes das bestehende Hauptgeschäftszentrum stütze, ist eben nicht eingetreten. Ich möchte noch darauf hinweisen und das betrifft jetzt auch die Vorgangsweise mit der Bürgerversammlung. Vielleicht noch eine Anmerkung: Auch zum Thema Spätzünder bei einem Dauerbrenner. In der Tat ist das ein Dauerbrenner, das heißt, es hat eine Bürgerversammlung gegeben, wir werden dem zustimmen, weil dann macht man eben noch eine, es ist tatsächlich eine Entwicklung, die eine weitere Bürgerversammlung durchaus verträgt, es wird nämlich noch in diesem Monat dann die Entscheidung des Landes fällig werden, was die bestehenden Einwendungen gegen den Bebauungsplan anbelangt und das ist aus unserer Sicht auch ein guter Anlass, um eine Bürgerversammlung abzuhalten. Es hat aber, wie gesagt, ich möchte nur festhalten, als jemand, der auch bei der Bürgerversammlung dabei war und dem das nicht entgangen ist, es hat so eine Bürgerversammlung gegeben, es hat einige andere Versammlungen gegeben, nicht zuletzt organisiert von uns, von den Grünen. Trotzdem hat es bedauerlicherweise Anrainer gegeben, die das nicht mitbekommen haben. Das ist aber nicht nur, sage ich fairerweise, jetzt die Verantwortung der Stadt, von den Leuten, die in der Stadt für Bürgerbeteiligung zuständig sind, es ist schon auch zu einem Teil jedenfalls die Verantwortung der Betroffenen selbst, wenn sie nicht registriert haben, was da draußen los ist. Es ist eben ein Dauerbrenner, wie richtig festgestellt wurde. Noch ein paar Bemerkungen jetzt zum Abschluss zu den von mir zitierten demnächst bevorstehenden Antworten von Seiten des Landes auf die laufenden Einwendungen. Es gibt ja diese

Stellungnahme des Landes und da sind eben ein paar zentrale Punkte angesprochen, die auch unsere Kritikpunkte waren vom Anfang an, insbesondere hat das Land, rufe ich in Erinnerung, festgehalten, dass es die Position der Stadt nicht teilt, dass man die konkreten Auswirkungen dieses Projektes erst im Zuge eines Bauverfahrens oder einer UVB zu behandeln habe. Das ist auch eine Geschichte, die natürlich eine Grundsatzfrage ist, da sollten wir uns, denke ich, vorsichtig formuliert, schon auch noch einmal unterhalten über so etwas, weil auf der einen Seite gebe ich zu, ist es unvermeidlich, das wissen wir alle, dass man bei zwei Juristen mit drei Positionen rechnen muss, um das so zu formulieren, bei allem Respekt vor der Branche. Aber es schwingt noch etwas anderes natürlich mit, dass hier nämlich eine Position vertreten wurde, die von einem bestimmten Interesse geleitet ist. Und es stellt sich dann natürlich die Frage, das Interesse der Stadt Graz ist eine Sache, aber Teil dieses Interesses der Stadt Graz ist natürlich auch die Lebensqualität der betroffenen Anrainer beziehungsweise ist natürlich auch die Überlebenschance für unsere Betriebe in den inneren Bezirken. Und da muss man natürlich auch diese Frage sich selber beantworten: Ist bei dieser, unserer Position, die wir bis jetzt eingenommen haben als Stadt Graz, nämlich hat die Details, insbesondere die Umweltauswirkungen werden erst im Bauverfahren beurteilt und die das Land offenbar nicht teilt, sind wir hier mit der nötigen Sorgfalt und dem nötigen Verantwortungsbewusstsein herangegangen oder hat man hier eine Vorgangsweise gewählt, wie drücke ich das jetzt aus, die halt von Interessen geleitet war? Das möchte ich an der Stelle auch noch dazusagen, auch darüber werden wir uns, denke ich, unterhalten müsse, damit in Zukunft solche Sachen wir uns ersparen können. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem, was gegenüber der FPÖ bereits hier erwähnt wurde, eigentlich nichts hinzufügen. Ich möchte nur noch einmal, und das ist halt ein bisschen mein Zugang dazu, zu dieser Situation, die wir momentan mit dem Projekt ECE hier vorfinden, noch einmal darauf hinweisen, und das ist auch schon mehrfach hier erwähnt worden, dass wir mit mehreren Gemeinderatsbeschlüssen das Projekt politisch auf die Reise geschickt haben. Ich möchte das wirklich betonen, meine Damen und Herren, wir haben sowohl der 6. Änderung des 3.06

Stadtentwicklungskonzeptes mehrheitlich zugestimmt, immer mit Zwei-Drittel-Mehrheit bitte, das wiederhole ich hier nochmals, wir haben der 10. Änderung des Flächenwidmungsplanes, dem Fläwi, zugestimmt und diese Änderung ist auch durch die Oberbehörde hier im Juli, 12.7.2007, zugestimmt worden, also wir haben auch von der Oberbehörde bestätigt bekommen, dass die Änderung des Flächenwidmungsplanes auch hier mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Gemeinderat beschlossen rechtens war. Wir sind jetzt in der Situation, meine Damen und Herren, auch das wurde erwähnt, dass wir mehrheitlich und das betone ich auch jetzt wieder, mehrheitlich am 5. Juni 2008 auch den, ich sage es jetzt präzise, 05.14.0 Bebauungsplan in diesem Bereich beschlossen haben. Das heißt, nach meinem Dafürhalten, und das betone ich jetzt schon, ganz klar haben wir das Projekt ECE politisch auf die Reise geschickt und wenn ich heute ein bisschen hineinschaue in die Zeitungsmeldungen, dann möchte ich schon sagen, dass der Kollege Winter so im letzten Satz ein bisschen anmerkt, der Investor weiß bald nicht mehr, was er von der Stadt Graz zu halten hat, er hat hier ein Projekt auf die Reise geschickt bekommen, darf ich das vielleicht so unter Anführungszeichen sagen und jetzt auf einmal ergeben sich offensichtlich Meinungsänderungen, die durchaus möglicherweise auch begründet sind durch neue Studien usw., usw. Aber letztendlich, meine Damen und Herren, haben wir dem Investor mit unseren Entscheidungen, mit insgesamt fünf Entscheidungen, darf ich das vielleicht nochmals auch in der Zahl nennen, mit fünf Entscheidungen im Gemeinderat hier das Projekt politisch abgesegnet. Natürlich verwehren wir uns nicht gegen eine Bürgerinformation, auch der Herr Bürgermeister, denke ich nicht, dass er sich hier nicht verwehrt gegen eine Bürgerinformation. Die Situation ist jedoch so, meine Damen und Herren, und ich bin einer, der bei den Bürgerinitiativen als Einziger, darf ich schon auch anmerken, ad personam immer dabei bin, das ist schon so, dass letztes Mal von 30 Anwesenden, da waren zwanzig Funktionäre aus der Politik und aus der Bürgerinitiative, dann sind es zehn Bürgerinnen und Bürger gewesen und davon hat einer gesagt, es wäre ganz gut, wenn man vielleicht auch wieder einmal über den, eine Person bitte, über den Letztstand des Projektes informiert werden könnte. Also es hat mehrere, bitte, also es hat nicht nur eine, eine offizielle, der Kollege Hagenauer hat es korrekterweise hier erwähnt, mehrere Bürgerversammlungen gegeben und jetzt so zu tun, man wüsste nicht, was dort vonstatten geht, ist schon etwas eigentümlich, sage ich einmal vorsichtig. Das heißt, man wird sicherlich die Bürgerinnen und Bürger weiter informieren, es haben auch

die medialen Informationen über die diversen Zeitungen nicht viel dazu beigetragen, dass also der Zuspruch dort und die Notwendigkeit von Informationen so offensichtlich waren. Letztendlich ist es so, und das wurde ja auch hier schon erwähnt, dass man eigentlich nach meinem Dafürhalten jetzt einmal abwarten sollte, ob der Bebauungsplan in der vorgelegten Form mit allfälligen Ergänzungen hier rechtskräftig und von der Oberbehörde bestätigt wird und dann würde ich es für sinnvoll halten, und dagegen ist aus meiner Sicht nichts einzuwenden, dass man dann wieder breit die Bürgerinnen und Bürger informiert. Der jetzige Informationsstand weicht kaum oder nicht davon ab, wie wir seinerzeit die Damen und Herren Betroffenen aus der Umgebung, aus den Bezirken Lend, Gries, Eggenberg, wer auch immer hier eingeladen wurde und auch Interesse gezeigt hat. Die erste Bürgerversammlung, kann ich mich noch gut erinnern, Stadtrat Rüschi war auch dabei im Hotel Europa, haben wir natürlich kritische Stimmen gehört, keine Frage, aber letztendlich haben wir hier mit großer Mehrheit das Projekt politisch auf die Reise geschickt und ich denke mir, dass wir jetzt die Verfahren, Bebauungsplan, UVP-Verfahren, alles ist schon angeschnitten worden, abwarten sollten. Ich glaube, die Entscheidung über den Bebauungsplan ist einmal der erste Schritt, der abzuwarten ist, dann kann man die Bevölkerung über weitere Schritte, die hier notwendig wären, auch von der Stadt notwendig sind, auch von dem Projektbetreiber allenfalls einzufordern wären, weitersehen, das ist unsere Stellungnahme dazu (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Lieber Georg, meine Damen und Herren! Ich gebe dir nicht ganz Recht, das waren ja keine politischen Entscheidungen, die hier getroffen wurden, sonst gäbe es ja auch kein Verfahren vor der Oberbehörde, sondern es waren Entscheidungen, die wir auch als Behörde getroffen haben, die wir nur als Behörde getroffen haben hier im Gemeinderat mit den entsprechenden Mehrheiten. Und für Behördenverfahren gilt in Österreich immer noch das Legalitätsprinzip, das heißt, es waren im Großen und Ganzen rechtliche Regeln zu beachten und einzuhalten. Es gibt Ansprüche, die Entscheidungswerber geltend machen können und das war auch in diesem Fall so. Wenn der Kollege Grosz jetzt da rauskommt und in seiner lustig-flapsigen Art, ah da bist du ja noch zum Glück, versucht, in einem Extremslalom die Kurven fünfmal zu kratzen und nicht recht versteht, was der

Unterschied zwischen einem Behördenverfahren und einer politischen Entscheidung ist, dann will ich heute ihn nicht noch einmal, ein weiteres Mal belehren, nicht noch einmal belehren, aber es ist relativ einfach, man muss nur ins Gesetz reinschauen. Wir haben aber auch eine politische Entscheidung getroffen und das war der Finanzierungsvertrag, das war tatsächlich eine politische Entscheidung, wir haben damals gesagt, unter folgenden Voraussetzungen sind wir bereit, diese und jene Eigenleistungen der Stadt Graz zu erbringen. Und Faktum ist, dass jetzt der Bebauungsplan tatsächlich in die entscheidende Phase der Überprüfung gekommen ist und daher ein weiterer Schritt in der Abwicklung Richtung ECE geht. Eine ganze Reihe von Vorleistungen sind meiner Meinung nach aber bis zum heutigen Tag von der Stadt nicht ausreichend erbracht und dazu gehört unter anderem die Frage, wie geht es tatsächlich mit dem Einzelhandel, wie geht es tatsächlich mit den Unternehmungen und Betrieben in der Annenstraße weiter, was kann da getan werden und Sigi Binder hat nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, dass die Annenstraße keineswegs selbstverständlich vom ECE profitieren wird. Das sind aber Dinge, die ECE eigentlich nichts angehen, sondern die die Stadt etwas angehen und wo wir überlegen müssen, was wir tun, und wenn heute Bürgerinnen und Bürger meinen, sie würden gerne mit dem Bürgermeister sprechen, der eine ganz klare und eindeutige Positionierung vorgenommen hat immer wieder in Medien, in der Öffentlichkeit, nämlich er ist für das ECE und sie würden gerne über ihre Sorgen mit ihm sprechen, dann halte ich es für mehr als gerechtfertigt, dass sich der Bürgermeister dieser öffentlichen Debatte auch stellt. Da ist überhaupt nichts dabei. Wenn die Einladung jetzt von einem Parteifreund erfolgt, der Werner Miedl, meines Wissens ja nach wie vor ist, und er dieser Einladung nicht folgen möchte, dann mag das interne Gründe haben, die mir völlig unbekannt sind, aber jedenfalls ist das unabhängig davon, ob Werner Miedl jetzt hier als Lobbyist auftritt, Bürgerinteressen vertritt, selber als Initiativbürger tätig wird, oder ob das Ganze eine andere Plattform ist, in der entschieden wird, für mich doch der richtig Weg, dass man sich jetzt hinstellt und sagt, liebe Freunde, so wird es weitergehen. Und was ist dabei zu beachten, wir haben vor uns, Georg, und die weißt das, ein UVP-Verfahren, das alles andere als einfach werden wird und wir wissen auch, dass im UVP-Verfahren Bürgerinnen und Bürger, die Parteistellung haben, sehr oft übergeordnet werden, da wirst du mir Recht geben als Sachverständiger und ich kann das als jemand, der UVP-Verfahren geleitet hat, auch sagen. Es ist eine schwierige Situation. Die Menschen brauchen dort auch Unterstützung, vor allem um ihre Rechte

durchzusetzen und da geht es auch darum. Wie wird die Lebensqualität in Zukunft sich entwickeln, wenn das ECE tatsächlich zustande kommt? Da geht es darum, wie werden die Zufahrten zu ihren Wohnungen ausschauen, da geht es darum, wie wird die Lärmentwicklung sein, also, dass da jedem die Grausbirnen aufsteigen, wenn die jetzt hören, ins Bauamtsgebäude kommt eine Disco rein in der Gegend, also da würde ich mich freuen, wenn der Bürgermeister auf die Idee gekommen wäre und sagen würde, einen Ort der Stille oder des Schweigens oder Trapistenort oder wie immer man das dann nennen möchte, ist am Bahnhofsgürtel oder ist dort, wo die Menschen jetzt schon besonders belastet sind in der Umgebung einer Diskothek (Applaus SPÖ), das sind alles Sorgen, die die Menschen tatsächlich haben. Übrigens...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

StR., Mag. Dr. **Riedler**: Ja, den Stiftungsschmarren kannst du dir aufheben, das ist überhaupt kein Problem, da reden wir dann persönlich drüber, ich erkläre es dir, damit du das ein dann ein drittes Mal noch verstehst. Aber einmal abgesehen davon wollte ich jetzt noch etwas zum Kollegen Hagenauer sagen, weil ich mich jetzt als Jurist schon betroffen fühle. Also nicht zwei Juristen, drei Meinungen, sondern zwei Juristen, drei Sachverständige und zwar drei Techniker und das ergibt dann drei Meinungen und genauso ist es ja auch beim ECE. Der Georg Topf wird mir ja nicht böse sein, wenn ich das sage, aber Faktum ist...

Zwischenruf GR. Dipl.-Ing. Topf: Ein wenig schon.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ein bisschen schon, brauchst du nicht, weil Faktum ist, es gibt in dem Zusammenhang einander widersprechende Gutachten, gar nicht einander

widersprechende Juristen, sondern einander widersprechende Gutachten. Die echte Herausforderung kommt auf diesen Gemeinderat zu. Wenn die Aufsichtsbehörde tatsächlich entscheiden sollte, dass die Untersuchungen und die Gutachten, die die Stadt angestellt hat, die die Baudirektion angestellt hat bei der Vorlage und Vorbereitung des Stücks für den Bebauungsplan, nicht ausreichend waren, weil dann heißt das, zurück an den Start. Dann heißt das, wir werden eine ganze Reihe von zusätzlichen Untersuchungen durchführen müssen, insbesondere was die Immissionssituation der Umgebung angeht. Unsere Auffassung im Gemeinderat, und das ist auch angesprochen, war bisher, das soll im UVP-Verfahren geklärt werden, das UVP-Verfahren hat tatsächlich ja auch die Aufgabe, im Großen und Ganzen solche Fragen zu klären, aber es ist richtig, dass im Raumordnungsgesetz auch drinnen steht, dass zum Beispiel allgemeine Einwirkungen, Gesundheitsrisiken usw. zu untersuchen sind und daher gibt es hier diese Unschärfe. Meine Damen und Herren, wenn in der Kleinen Zeitung, und die Frau Heusner-Peter hat das eh deutlich gesagt, sie fühlt sich von der Stadt Graz keineswegs im Stich gelassen. Sie verlässt sich auf die Rechtsverfahren, sie tut gut dran, wir leben in einem Rechtsstaat, dazu kann man auch stehen, meiner Meinung nach. Es ist für mich völlig klar, dass da bis jetzt alles eigentlich sehr gut vorbereitet wurde, das Entscheidende, das jetzt die Herausforderung für Politik darstellt und damit auch die Herausforderung für den Bau- und Raumordnungsreferenten und Bürgermeister und für uns alle ist, wie können wir die negativen Auswirkungen in der Umgebung der Annenstraße im Bezirk Gries, im Bezirk Lend für die Menschen gut in den Griff kriegen und zwar so, dass es zu keinen Belastungen kommt und ich sage ganz offen, die Entscheidung, ob ECE kommt oder nicht, ist noch nicht getroffen. Diese Entscheidung wird zuerst entweder von der Oberbehörde noch einmal zurück an den Start, zu uns nämlich, geworfen und sie wird zweitens im UVP-Verfahren fallen und dort sind dann in jedem Fall die Anrainerinteressen wahrzunehmen, dazu kann man dann, und da gebe ich dir wieder Recht, auch politisch stehen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt gar nicht in die Diskussion, wenn der Herr Grosz sich auch wieder beruhigt hat ein bisschen, könnten wir mit der Diskussion weiterfahren. Ich möchte eigentlich gar nicht die Diskussion jetzt ECE pro und kontra hier weiterführen, sondern ich möchte eigentlich

direkt auf diesen Antrag von Herrn Sippel eingehen, der ja sich mit dem Problem der Bürgerinformation beschäftigt und wo es eine Forderung gibt nach mehr Bürgerinformation, und das ist für uns auch ein Thema, wie läuft die Informationspolitik der Stadt Graz zum Bürger und wie wird auch mit Bürgerbeteiligung, dieses Wort wird hier sehr oft in den Mund genommen, eigentlich auch umgegangen. Wenn jetzt auch die FPÖ und auch die SPÖ; wie man so raushört, sich vielleicht gegen dieses ECE aussprechen, dann freut es mich, wenn es zu einem Umdenken kommt, aber Fakt ist, dass im Vorjahr im Juni dieser Aufschließungsvertrag und dieser Bebauungsplan gemeinsam und mehrheitlich hier beschlossen wurde. Fakt ist für mich auch, dass die Bürger nach wie vor sich nicht gut informiert fühlen und damit möchte ich auch irgendwie den Zusammenhang Bürgerbeteiligung, Bürgerinformation herstellen. Wir haben eine Bürgerinformationsveranstaltung gehabt, aber so weit ich weiß, ist die sowieso gesetzlich verpflichtet, wenn es um einen Bebauungsplan geht. Das heißt also, von freiwilliger Bürgerinformation kann hier keine Rede sein, also es wird ausschließlich das notwendige Maß, das gesetzlich vorgeschrieben ist, hier getätigt und ich glaube, dass das hier zu wenig ist. Und, wenn der Herr Bürgermeister in der letzten Sitzung oder in der vorletzten Sitzung gesagt hat, nachdem er jetzt Baureferent auch ist, es ist ihm ein Anliegen, die Stadt mitzugestalten, dann möchte ich auch hier deponieren, es ist wahrscheinlich den Bürgern auch ein Anliegen, mit dem Herrn Bürgermeister selbst bei Bürgerinformationsveranstaltungen zu sprechen. Ich bin im letzten halben Jahr bei sehr vielen Bürgerinitiativen und auch bei Bürgerversammlungen der Bezirksräte gewesen und es ist immer wieder dort auf den Tisch gekommen von den Bürgern, sehr verärgert wurde dort festgestellt, dass die in der Stadt sowieso über uns darüberfahren. Also im Grunde genommen zählt unsere Meinung nicht, und für mich stellt sich hier die Frage, wie kann man das ändern, in welcher Form kann man Bürgerbeteiligung in Graz wirklich leben? Wir haben zwar vor einigen Jahren 600.000 Euro für ein Bürgerbeteiligungsprojekt ausgegeben, ich muss auch sagen, dem haben auch wir zugestimmt, aber das Ergebnis, das herausgekommen ist, ist für uns äußerst unbefriedigend. Und in diesem Fall werden wir, gerade wo es um Information der Bürger geht, diesem Antrag unsere Zustimmung geben, auch der Dringlichkeit. Ich möchte aber nicht nur die Bürgerinformation herausheben, ich würde mir auch wünschen, wenn der Gemeinderat über den laufenden Stand der Dinge genauso informiert wird, das heißt also, dass die Informationspolitik auch innerhalb des Gemeinderates dementsprechend läuft in dieser Sache. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt darf ich mich auch persönlich zum Thema ECE und Bürgerversammlungen zu Wort melden. Habe es schon fast nicht mehr ausgehalten, weil ich wirklich unterscheide zwischen dem, was eine selbst ernannte Bürgerbeteiligungstruppe jetzt gerade versucht und dem, was wir als Stadt Graz in einem schon lange währenden Verfahren und wahrscheinlich auch noch lange währenden Verfahren den Bürgerinnen und Bürgern immer mitteilen. Ich freue mich schon drauf, wenn wir uns dann alle bei dieser Bürgerversammlung wiedersehen und wenn wir dann einmal so einladen, dass dort auch jene hinkommen, die längst begriffen haben, welche Chance die Entwicklung der Annenstraße, des Bahnhofs gemeinsam mit dem ECE für sie bedeutet. Ich habe in der Politik Folgendes gelernt in den letzten Jahren: Erstens, man sollte eher für etwas sein, als gegen etwas und wenn mir ein Projekt nicht gefällt, dann entwickle ich, wenn es mir nur irgendwie möglich ist, auch wieder ein Projekt, das man den Menschen hinhalten kann und sagen, für das bin ich wenigstens. Nur dagegen zu sein, hilft dir auch politisch nichts weiter und deswegen habe ich auch im Moment kein Problem, wenn es so aussieht, als der Siegfried Nagl und seine Volkspartei allein für etwas ist. Ich habe zweitens gelernt, dass es einer politischen Partei niemals gut tut, wenn sie jemandem nachläuft, der persönliche Interessen vertritt, weil wir drittens, und das habe ich auch in diesen 11 Jahren hier herinnen und in der Stadt Graz und in der Politik gelernt, viel gescheiter ist, dass man sich um das Gemeinwohl kümmert. Und das Gemeinwohl in einer Stadt kann nur sein, dass wir nicht nach Go-West jahrelang rufen und dann bei den Projekten, die wir im Westen wirklich zünden können und umsetzen können, plötzlich dagegen sind. Ich bin mir heute schon sicher, dass wir zuletzt eine gute Lösung finden werden. Die Überlegung ist folgende: Die Annenstraße soll neu hergerichtet werden, sie soll attraktiviert werden, da wird die Stadt Graz in den Geldtopf greifen müssen, wir sind fest am Planen, viele Pläne haben Sie schon gesehen, wir müssen am Verkehrskonzept arbeiten, das wird eine gelungene Geschichte sein. Wir werden im Jahr 2012 auch einen fertig umgebauten Bahnhof haben, wo es demnächst Spatenstich gibt, wo wahrscheinlich sogar der Bundeskanzler selbst aus Wien anreisen wird, soweit ich das schon vernommen habe, auch der Herr Landeshauptmann wird dabei sein, wo der gesamte Bahnhofsbereich nach hinten umgebaut wird. Alle Bahnsteige neu, die Untertunnelung Richtung Norden, es ist großartig gearbeitet worden auch von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich bemüht haben, ein Projekt dort aufzusetzen, wo immer Kerngebiet war, wo

immer in der Geschichte der Stadt Graz schon massiv und stark Handel ausgeprägt war und manches Mal verstehe ich die Welt nicht. Wenn wir heute schon von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Problemen dort reden, in einem Kerngebiet, das vom Verkehr her enorm betroffen ist, dann brauchen wir die UVP und dann sehen wir alle die großen Probleme, während andererseits im Umland von Graz in Gemeinden riesengroße Einkaufszentren errichtet werden, wo es noch nie eine UVP gegeben hat (*Applaus ÖVP*). Wir haben in Graz, jetzt komme ich zum Gemeinwohl, ich möchte in ein paar Jahren mit Ihnen am Bahnhof stehen und sagen, dass wir nicht so viele leer stehende Geschäfte haben und so viele Ruinen. Ich will nicht unbedingt haben, dass neben dem Bauamtsgebäude der Stadt Graz seit Jahren leere Fenster sind, wo jetzt der Investor sogar wieder drüber nachdenkt, nach dem dritten Casino und zweiten Nachtclub jetzt wieder eine Disco hineinzukriegen, weil das ist für den Bahnhof generell eine falsche Entwicklung. Die Menschen, die dort wohnen, haben ein Anrecht drauf, dass der Wert, den sie für ihre Wohnungen bezahlt haben, sich auch in den nächsten Jahren noch halbwegs widerspiegelt. Wir brauchend ort draußen nicht nur Prostitution, Drogensüchtige etc., die Bilder, die wir von anderen Bahnhofsvierteln kennen, sondern ich träume von einer ganz anderen Geschichte und wenn das Unternehmern Leiner und das Unternehmen C&A vor Jahren bei mir war und gesagt hat, wir können dort nicht mehr, wir werden weggehen und ich gesagt habe, sucht nach einer Lösung, dann haben diese Herrschaften einen Investor gefunden, der sich bis zum heutigen Tag der Stadt Graz gegenüber ehrenwert und ordentlich verhalten hat, sich eingebracht hat mit Vorleistungen, mit enormen Vorleistungen auch eingestiegen ist und Grundstücke erworben hat und sich den Verfahren und den Diskussionen stellt. Und glauben Sie mir, im Moment gibt es auch in Wahrheit überhaupt nichts Neues zu berichten. Das was es demnächst geben wird, ist eine Handelsstudie, die in Auftrag gegeben wurde von der GBG gemeinsam mit unserem Handelsmarketing, jetzt City-Marketingbereich, die demnächst fertig ist, die wird vorgestellt werden und da wird es die ersten Ergebnisse geben. Große Überraschungen wird es auch nicht geben und der Winter hat mir heute in seiner Kolumne sehr gut gefallen, bis auf einen Punkt, da irrt er, weil er noch nicht lange genug bei der Kleinen Zeitung ist, um die Geschichte zu kennen. Wenn immer in der Stadt Graz ein Einkaufszentrum errichtet worden ist, ganz egal wo, oder rund um Graz, gab es diese Handelsstudien. Immer haben sie ohne Überraschung, und das wissen wir alle da hier, ein Ergebnis gehabt, wir haben enorm viele Quadratmeter, es gibt keinen zusätzlichen Bedarf, das was stattfindet ist

Verdrängungswettbewerb. Ja, ich möchte diesen Verdrängungswettbewerb so führen, dass die Bezirke Gries, Lend, unser Bahnhofsbereich bis nach Eggenberg hinaus, diesen Wettbewerb gewinnt und mir ist es lieber, es gibt in der einen oder anderen Schottergrube leer stehende Geschäfte als in diesen Bezirken (*Applaus ÖVP*). Ich weiß nicht, wie diese Verfahren ausgehen werden, ich weiß nicht, was das Land Steiermark jetzt als Oberbehörde auch mit viel Druck, den dort die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleben, weil es halt auch andere Interessen gibt, die sind auch legitim, sie sollen nur fair bleiben und sich in einem geordneten rechtlichen Rahmen abspielen. Und die Bürgerversammlung, die wir dort durchführen werden, da können wir zum Beispiel diese GMA-Studie dann auch einmal vorstellen, wir werden dann mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Geschäftsleuten der Annenstraße diskutieren und wir müssen auch mit ein paar Dingen aufhören, etwas nachzureden, was nicht stimmt. Selbstverständlich hat sich ECE im Aufschließungsvertrag verpflichtet, mit der Annenstraße zu kooperieren. Ich weiß auch nicht, welche Geschäftsleute der Innenstadt angesprochen wurden, damit sie draußen ins ECE einziehen, bis heute ist das eine für mich eine Mär, ich habe noch keinen einzigen Unternehmer getroffen, der mir das gesagt hat und glauben Sie mir, ich bin selbst Unternehmer dieser Stadt und ich kenne viele. Also, wenn jemand das behauptet, dann möge er bitte sagen, mit wem, das sind für mich wichtigere Dinge als irgendwelche Gerüchte. Und jetzt kommt es für mich, wir werden nach der Entscheidung der Oberbehörde, ob dieser Bebauungsplan, wie wir ihn beschlossen haben, seine Gültigkeit hat, in ein UVP-Verfahren gehen. Es wird in diesem Bauverfahren danach sehr, sehr viele Verhandlungen geben, wo Anrainerinnen und Anrainer und andere, die hier rechtlich zu hören sind, die Gelegenheit bekommen werden, auf ihre Probleme aufmerksam zu machen und diese Probleme sind letzten Endes von unserer Behörde dann auch zu würdigen und auch klar zu sagen, wie es weitergeht. Ich wünsche mir nur, dass wir trotz alledem gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn jemand einen besseren Vorschlag hat, dann möge er ihn bitte auf den Tisch legen. Wer den Handelsbereich kennt und sich damit näher auseinandersetzt, der weiß, dass es in manchen Straßenzügen zukünftig nicht mehr möglich sein wird, Handel so kleinstrukturiert zu führen, hat sich so viel verändert und du brauchst Magnetbetriebe und zwar große. Und wenn wir die nicht finden, dann werden wir in den nächsten Jahren in der Annenstraße und am Bahnhof draußen ein ziemliches Problem haben, deswegen ist meine Bitte die, selbstverständlich gehen wir auch als ÖVP da mit, es ist nur momentan nichts dringlich, weil es keine neuen Informationen

gibt und man kann zehnmal behaupten etwas, was nicht stimmt und dann sagen, es ist noch immer keine Information da, es gibt im Moment keine. Das was wir beschlossen haben, haben wir beschlossen, ob politisch oder auch nur im Verfahren, das wird jetzt geprüft. Ich hoffe, dass unser Bebauungsplan, so wie alle übrigen, die wir immer gut vorbereiten, auch von der Oberbehörde genehmigt wird, dann geht es in ein UVP-Verfahren und dann können wir über die Probleme wichtig reden, was kann man dort tun, damit die Belastungen funktionieren. Da haben wir lange genug, auch mit der grünen Fraktion, auch in der Koalition gesprochen, wir haben versucht dort, was die Reduktionen, was die Stellplätze etc. anbelangt zustande zu bringen, da ist auch vieles gelungen. Vergessen Sie bitte auch nicht, dass bei diesem Einkaufszentrum, ich glaube, rund 25.000 m² da sind für ein bestehendes Unternehmen, für die Firma Leiner, das ist auch ganz wichtig. Innerhalb dieses Einkaufszentrums sind 25.000 m², so wie jetzt schon in zwei riesigen Gebäuden das Unternehmen Leiner und das ist uns auch wichtig, dass dieses Unternehmen dort letzten Endes auch positiv reüssieren wird in dem starken Wettstreit, den es gibt. Summa summarum gibt es noch viel zu tun, bis zum Jahr 2012 werden wir vielleicht die Drehscheibe am Bahnhof geschafft haben mit der Unterführung nach Eggenberg, schwierige Verkehrssituation, die auf uns zukommen wird, vielleicht wird es daneben auch möglich werden, bis 2013 ein Einkaufszentrum zu entwickeln, das in Graz steht und nicht außerhalb und da werde ich mir auch von vielen VertreterInnen der Politik wünschen, dass man ehrlich miteinander umgehen, das nicht zum Spielchen machen. Es passiert, ich sage auch politisch, passiert auch mir nichts, wenn das nicht klappt, mir geht es um Graz und um den Bahnhofsbereich. Wenn das scheitert das Projekt, ich war für was, es ist halt aus unterschiedlichen Gründen nicht gegangen, der eine oder andere kann dann vielleicht hinzeigen und sagen, ätsch, hat er nicht geschafft, aber um das geht es nicht, es geht jetzt nicht darum, dem Siegfried Nagl oder ECE eines auszuwischen, es geht darum, ein vernünftiges Konzept gemeinsam zu entwickeln und das müsste uns, und so hoffe ich, irgendwie auch gelingen und auf die Bürgerversammlung freue ich mich und ich werde mit allen Kräften, mit allem, was mir dazu einfällt, auch mit allen Befürwortern dorthin kommen, aber nicht vergessen, ich bin jetzt eingeladen worden, ein paar Tage vorher von der Gruppe fünf vor oder nach zwölf und die hat dort, wenn ich so sagen darf, ihre Show abziehen wollen, mir geht es bei einer Bürgerversammlung darum, wirklich alle einzuladen. Das ist ein guter Vorschlag, da werden wir alle einladen, die da betroffen sind, alle denen es da wirklich um eine gedeihliche Entwicklung geht, die

vor Ort leben, die müssen wir einladen, nicht jene, die jetzt dorthin kommen und sagen, ich war zwar dafür, aber jetzt habe ich die Erleuchtung gehabt und jetzt geht es auf einmal in die andere Richtung. Ich fürchte mich vor niemandem, Bürgerversammlungen kenne ich mittlerweile seit 11 Jahren, ich stelle mich allen gerne und freue mich auch schon auf die Diskussion und bitte dann aber auch alle, dabei zu sein. Weil auch gefallen ist, Werkstatt Graz und das Geld, das wir hier ausgegeben haben. Ja, da haben die Bürgerinnen und Bürger was entwickelt, wir haben ihnen versprochen, dass wir das auch umsetzen wollen, dass sie wirklich mitgestalten können. In die heute zurückgestellte AOG-Liste wurden diese Projekte auch eingestellt und ich kenne viele Persönlichkeiten aus dieser Gruppe, ich kenne, weil ich seit 11 Jahren unermüdlich im Naturschutzbeirat sitze und wirklich die NGOs kenne, denen es in der Stadt auch um etwas geht, wir werden dort gemeinsam weiter Projekte erarbeiten, und auf die Werkstatt Graz werden wir zum Schluss auch alle stolz sein. Aber jetzt müssen wir halt auch ein paar Beweise antreten und die Dinge umsetzen, die die Bürgerinnen und Bürger mit uns entwickelt haben. Da haben wir eine Bringschuld, das weiß die Frau Feistritzer, das weiß das ganze Team dort und ich bin auch froh, dass ich diesen Bereich übernommen habe, auch wenn der Falter andere befragt hat, mich ja nicht, und wieder zum Schluss gekommen ist, das ist was ganz Gefährliches und ob man das alles derhebt oder sonst was. Ich fürchte mich nicht davor, ich baue gerne, ich habe gerne Baustellen, ich entwickle diese Stadt gerne, es ist uns viel gelungen, ich freue mich auf diese Aufgabe, ich habe dort ein tolles Team...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, ist schon fertig, die linke Seite hinauf, kannst schon hinaufschauen. Es bewegt sich was, lieber Gerald Grosz, es tut sich was. Im Moment kannst du auf deiner Seite dort nicht parken, dass ist das, was die Kolleginnen und Kollegen meinen (*Applaus ÖVP*). Und das ist mein politisches Kredo, an das ich glaube, es geht uns viel besser, wenn man nicht ein paar Herrschaften nachläuft, die dort einfach, aus welchen Gründen auch immer, Einzelinteressen vertreten, sondern

wir sollten als Politikerinnen und Politiker selbst uns unsere Meinung bilden und dazu wird es noch viel Gelegenheit geben. Ich freue mich auf diese Bürgerversammlung und hoffe, möglichst alle von Ihnen dort zu sehen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Also, ob ich mich auf diese Bürgerversammlung freuen soll, da bin ich mir nicht sicher. Es kann natürlich auch eine ganz heftige Geschichte werden, aber nur ganz kurz. Zum Herrn Stadtrat Riedler, der gemeint hat, bis jetzt waren das ja nie politische Entscheidungen und ich möchte schon sagen, dass das so nicht stimmt, denn am 5. Juni 2008 sind zwei Gemeinderatsstücke zur Abstimmung gelangt zum Einkaufszentrum Stadtgalerie Graz, und weil ich mir das herausgesucht habe aus dem Protokoll wegen der FPÖ, habe ich jetzt nachgeschaut, wie war denn das mit den Aussagen des Herrn Stadtrat Riedler? Und der Herr Stadtrat Riedler sagt, sie werden die Zustimmung erteilen, aber nicht leichten Herzens und er bedankt sich auch bei der zuständigen Stadträtin, dass er immer so gut informiert worden wäre, aber die Entscheidung zu treffen, die ist jetzt notwendig und es handelt, und da war dann auch die Frau Heusner-Peter, die übrigens sehr engagiert für ihr Projekt kämpft, also das halte ich schon auseinander, das ist ihre Sache, das andere ist die politische Sache und er sagt dann auch, dass es sich um das größte Investment im Handelsbereich handelt, eine der ganz, ganz großen Finanzaufwendungen und es ist eben kein Einkaufszentrum auf der grünen Wiese und sie haben es sich nicht leicht gemacht, aber sie werden dem natürlich zustimmen und es ist eben ihre Haltung, die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion. Nicht, das ich das vorwerfen möchte, aber wir sollen uns schon anschauen können, wenn wir aufeinander treffen mit unseren Meinungen, die unterschiedlich sind und da möchte ich nicht, ich muss mir auch oft eine Vorhaltung gefallen lassen, wenn sie stimmt, stimmt sie, aus. Da drehe ich das nicht herum. Das ist sozusagen der Aspekt der Wahrhaftigkeit in der Politik und den erwarte ich mir schon von jedem von uns. Mehr will ich nicht sagen, doch die GMA-Studie, es gab ja schon vor, um 2005 eine GMA-Studie, die extrem positiv war für das ECE, ich weiß nicht, was ich mir erwarten soll von der neuen GMA-Studie. Mittlerweile gibt es aber auch andere Studien und man wird abwägen müssen und man wird die Aussagen in den Studien, in den diversen, durchaus aufeinanderprallen lassen. Ich möchte aber meinen Zusatzantrag jetzt zur Vorlesung bringen, weil hier so viel auch von Transparenz gesprochen wurde, ja, das ist was

ganz Wesentliches, immer auf der Höhe der Informationen zu sein, egal ob man in der Regierung ist oder nicht in der Regierung ist und ich habe das erlebt in der Opposition, wie schnell man eigentlich weg ist von Informationen und wie mühselig es ist, zu einem Minimum von Informationen zu kommen und daher stelle ich jetzt den Zusatzantrag: Der Gemeinderat möge zum oben bezeichneten dringlichen Antrag beschließen: Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt, die in Auftrag gegebene GMA-Studie ehebaldigst, bis spätestens vor der nächsten Gemeinderatssitzung im Juni, dem entsprechenden Ausschuss zur Diskussion vorzulegen. Das ist, wie wenn der Herr Bürgermeister meint, er wird die GMA-Studie vortragen lassen auch bei der Bürgerversammlung, ich weiß nicht, wann die Bürgerversammlung sein wird, aber ich weiß, dass wir sie vorher diskutieren müssen, bevor es zu dieser Bürgerversammlung kommt. Mein Antrag ist, dass die dem Ausschuss zur Diskussion vorzulegen ist.

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte noch einmal kurz drauf eingehen auf den Kollegen Grosz von vorher und auch auf Sie, Frau Kollegin Binder, ich verstehe die gekünstelte Aufregung irgendwie nicht. Sind Sie doch froh, dass wir hier auch kritisch agieren, weil damit ist ja überhaupt erst diese Initiative möglich und das sollte Ihnen auch irgendwie bedacht sein. Eines ist klar, es gibt in den letzten Tagen und Monaten neue Entwicklungen, ja, Herr Diplomingenieur, es gibt neue Studien und die haben uns aufgezeigt, dass wir hier auch hinter das Licht geführt worden sind, nicht nur wir, sondern auch die vielen Anrainer, ich möchte nur daran erinnern, dass uns niemand gesagt hat zum Beispiel, dass es sich hier um eine geschlossene Bauweise handelt und lauter diese Dinge, die keine Ausstrahlung auf die Annenstraße hat, wo man dann mit teuren Maßnahmen hier eine Belebung durchführen muss, und wir sind von der Prämisse ausgegangen, dass es hier zur Schaffung von Arbeitsplätzen kommt, dass es hier zur Belebung der Annenstraße kommt und das ist jetzt, wie diese Studien auch ergeben, nicht der Fall und diese Studien sind ja auch von Experten hier zutage gemacht. Und ich glaube, aus diesem Grund und aus diesem Motiv ist es auch redlich, dass mein Kollege Korschelt noch im Jahr 2007 oder auch der Kollege Lohr hier im Juni letzten Jahres hier auch dafür argumentiert haben, weil Arbeitsplätze zu schaffen, ist ja nichts Schlechtes und die

Belebung der Annenstraße durchzuführen, ist auch etwas, was man unterstützen kann, aber das ist nicht der Fall.

Zwischenruf GRin. Binder: Damals hat es diese Studien auch schon gegeben.

GR. **Sippel:** Und so prophetisch waren Sie von Anfang an auch nicht, dass Sie da alle diese neuen Entwicklungen schon vom Anfang an gesehen haben. Wir sind auch nicht so gewesen wie Sie, das möchte ich Ihnen auch sagen, nicht so wie Sie, die hier von Anfang an aus politischem Kalkül gehandelt haben und hier von Anfang an aus politischem Kalkül auch dagegen waren. Ich glaube, es ist legitim, sich hier auch im Sinne der Stadt und der Bürger politisch zu bewegen, ich möchte mich recht herzlich bedanken, dass diese Bürgerversammlung, wo ich hoffe, dass das auch bald der Fall ist, weil einen Zeitpunkt haben wir hier nicht drinnen, bald diese Bürgerversammlung stattfindet und wir Freiheitliche werden auch dem Zusatzantrag zustimmen. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Binder wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 21.05 Uhr den Vorsitz.

10) Petition Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! In Österreich existieren, wie Sie wissen, aktuell drei Formen der Schulträgerschaft: öffentlichen Schulen, konfessionelle Privatschulen und auch Schulen in freier Trägerschaft, allgemein bekannt unter Alternativschulen, Waldorfschulen, Schulen auf Montessori-Basis usw.

Obwohl diesen Schulen zumindest in mehrheitlicher Form das Öffentlichkeitsrecht auch zusteht und damit auch die staatliche Anerkennung der Lern- und Lehrinhalte einhergeht, erhalten viele dieser Privatschulen im Gegensatz zu den beiden anderen Trägerschaften leider keine ausreichende Unterstützung der öffentlichen Hand.

In Österreich ist die Lage eindeutig: Schulen, deren Träger eine staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft ist, erhalten ihre Lehrerkosten aus Steuermitteln ersetzt. Das bedeutet, dass Eltern, deren Kinder eine Schule in privater Trägerschaft besuchen, doppelt zur Kasse gebeten werden. Einerseits bezahlen sie durch ihre Steuerleistung die Lehrer in öffentlichen Schulen und in konfessionellen Privatschulen, andererseits müssen sie noch entsprechendes Schulgeld für die Bezahlung der Lehrer ihrer eigenen Kinder entrichten. Hier liegt also eine deutliche Ungleichbehandlung durch die öffentliche Hand vor.

Diese Ungleichbehandlung führt aber zu einer doppelten Benachteiligung. Einerseits haben die Schulen in freier Trägerschaft natürlich das Manko beziehungsweise auch tatsächlich existentielle Probleme zu bewältigen, und haben eben das Manko, dass die Lehrer (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wesentlich weniger verdienen als ihre Kollegen in öffentlichen und konfessionellen Schulen.

Andererseits haben auch dadurch Kinder aus sozioökonomisch schlechter gestellten Familien kaum die Chance, eine Schule dieser Ausrichtung zu besuchen, weil die finanzielle Möglichkeit oft hier nicht gegeben ist.

Zielsetzung meiner Initiative ist es, hier eine finanzielle Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft mit den konfessionellen Privatschulen auch herbeizuführen.

Denn in Österreich werden vorrangig religiös orientierte Privatschulen eben betrieben, aber kaum leider säkulare. Wo man dazu sagen muss, dass dort gerade auch die Wertvorstellungen und Menschenrechte, weil Sie das immer so gerne auch

hier einbringen, das wird dort größtenteils auch den Kindern grundsätzlich beigebracht und von dem her ist es alleine schon ein Grund. Es gibt evangelische, katholische, muslimische und jüdische Privatschulen, aber eben kaum solche säkularer Natur, die von der öffentlichen Hand hier auch gefördert werden.

Wenngleich natürlich, und das ist mir bewusst, der Kompetenzbereich des Grazer Gemeinderates auf diese Ungerechtigkeit nur beschränkten Einfluss nehmen kann, so sollte der Gemeinderat der zweitgrößten Stadt doch hier ein Zeichen setzen, nachdem ja in unserer Stadt auch zwei Waldorfschulen, eine Schule auf Montessori-Basis existieren, hier eine Stellungnahme abgeben.

Dieser Initiative geht auch ein Entschließungsantrag im Nationalrat voraus, der Anfang April eingebracht wurde, dankenswerterweise von der grünen Fraktion. Die formelle Zuweisung ist in den Unterrichtsausschuss erfolgt und dieses Thema wurde auch in diesen Tagen in diesem Unterrichtsausschuss behandelt, also ist dieses gegenständliche Thema tatsächlich dringlich.

Im Wesentlichen soll die Forderung darauf abzielen, zumindest eine Gleichstellung im Pflichtschulbereich, also in den ersten acht Klassen, herzustellen.

Das bedeutet, dass Schulen in freier ebenso wie jene in konfessioneller Trägerschaft einen Anspruch auf Bezahlung ihrer Lehrer aus Steuermitteln haben sollen, sofern diese zumindest im Pflichtschulbereich tätig sind.

Diese Umsetzung dieses Vorschlages wäre ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer Gleichstellung der verschiedenen Schultypen.

Ich stelle namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g .

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle an den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege herantreten, um eine gesetzliche Gleichstellung zwischen privaten Pflichtschulen in freier Trägerschaft und solchen in konfessioneller Trägerschaft in allen Bereichen zu erwirken.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, im Städte- und Gemeindebund diese Anliegen darzulegen. Ich danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Binder** zur Dringlichkeit (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

GR. **Herper** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Zustimmung.

GR. Dr. **Piffl-Percevic** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Zustimmung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Wir haben schon zum Ausdruck gebracht, dass wir der Dringlichkeit und jetzt auch dem Antrag zustimmen werden. Bekanntlich ist mit der Schulgesetznovelle 1962 erstmals in Österreich für konfessionelle Schulen eine Finanzierung des Personals durch den Bund im Ausmaß von 60 % beschlossen worden, in der damaligen großen Koalition. 1971, das war so, ist dieser Prozentsatz für konfessionelle Schulen, für Schulen von anerkannten Religionsgemeinschaften auf 100 %, was die Personalkosten betrifft, angehoben worden. Nicht jedoch, und das ist ja Inhalt des Antrages, für nichtkonfessionelle Schulen. Jetzt könnte man Gleichheitsgrundsatz, was immer auch anführen und wir folgen durchaus den Intentionen. Es ist einfach für die Schul- und Bildungsvielfalt, die die Volkspartei auf allen Ebenen in unserem Staat immer eingefordert hat, eine Vielfalt, eine Wahlfreiheit, es ist nur konsequent, auch die Wahlfreiheit hinsichtlich privater Schulen, durchaus nach Möglichkeiten zu fördern. Soweit ein Bekenntnis ohne Einschränkung dazu. Was die Stadt betrifft, haben wir dem nach Maßgabe unserer Möglichkeiten ansatzweise Rechnung getragen, indem wir natürlich nicht

Personalkosten stützen können, aber Förderungsbeiträge regelmäßig geben, etwa an die nichtkonfessionelle Waldorfschule, Schule im Pfeifferhof, Knallerbse, Modellschule und Karl-Schubert-Schule. Wir sind gerne bereit, die Petition an den Bund, wie gesagt, zur Gleichstellung der Schulen zu unterstützen. Keine Einschränkung, aber eine wichtige, sehr richtige Randbemerkung. Wir diskutieren unser Schulsystem sehr breit und wie wir auch leider sehen, ich verwende den Ausdruck, nicht sehr kompetent. Es werden Einigungen erzielt, die widerrufen werden, weil sie einfach nicht fundiert oder aus tagespolitischen Opportunitäten erfolgen. Das ist nicht die Sorgfalt, mit der wir mit dem kostbarsten Gut, das wir haben, mit unserer Jugend, und das sind die Schulen, den Lehrern vertrauen wir die Kinder an, die dort stellvertretend für die Eltern tätig sind, das ist nicht die Sorgfalt, die auch an uns zu stellen ist, wenn wir die Regelungen dafür treffen. Ich sehe ein großes Problem kommen und ich darf durchaus sagen, ich selbst war in einer konfessionellen Privatschule und habe mich daher mit der Problematik, auch die Kinder von Leopold Gratz waren dort, oder später dort, das ist auch nicht parteipolitisch punziert. Eine Sorge habe ich, wenn wir nicht tauglich die Qualität im öffentlichen Schulsystem sicherstellen, Akzeptanz sicherstellen, dann werden wir eine Flucht in die Privatschulen haben und wenn wir mit dieser Maßnahme mit dem auch noch Vorschub leisten, so würde ich sehr davor warnen, denn Österreich gibt im OECD-Vergleich fast am meisten aller OECD-Länder, ich glaube es sind 13 oder 14 %, für Bildung aus. Das OECD-Urteil lautet, dass nicht gleich konform die Qualität im optimalen Ausmaß vorhanden ist und ich möchte jetzt keine Schuldebatte führen, sie ist differenziert zu führen. Einige Bereiche in unserem Schulsystem funktionieren auch im internationalen Vergleich hervorragend, einige daher umso schlechter, wenn der Schnitt schlecht ist und wir sollten uns endlich einer inhaltlichen Qualitätsverbesserung widmen und einer fairen und gerechten Diskussion. Unter diesem Vorbehalt, soll ja keine Schuldebatte werden, stimmen wir dem zu und den sozialen Aspekt, den muss ich ja nicht erwähnen, aber das ist er, wir können es nicht verantworten, dass wir dann allenfalls, wenn wir uns nicht genügend bemühen, gute Bildung nur in Privatschulen, weil da sind natürlich noch Schulbeiträge zu leisten, wir können es einfach nicht zusehen aus der ethischen Verpflichtung der Chancengleichheit, der Chancengerechtigkeit, so einen Prozess zu unterstützen. Mit dieser Einschränkung stimmen wir allerdings der Chancengleichheit in diesem Bereich zu. Danke (*Applaus ÖVP, Grüne und FPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

11) Keine Polizisten nach Wien

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Auf Grund der vorgerückten Stunde möchte ich es ganz kurz machen. In den letzten Tagen war den Medien zu entnehmen, dass die Personalvertretung der Wiener Polizei eine Aufstockung des Personalstandes fordert, was an sich nichts Schlechtes ist, aber sie möchte das eben mit 300 Polizisten oder Beamten aus den Bundesländern bewerkstelligen.

Deshalb stelle ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

an den Bürgermeister: Der Gemeinderat wolle beschließen: Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, bei den zuständigen Stellen des Bundes namens des Gemeinderates der Stadt Graz einen entschlossenen Widerstand zur geplanten Beorderung von Grazer Polizisten nach Wien zu deponieren.

Herr Bürgermeister Nagl wird weiters ersucht, auch im Städte- und Gemeindebund ein konzertiertes Vorgehen gegen den aktuellen Vorschlag der Wiener Personalvertretung anzuregen.

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt sind wir wieder einmal zu vorgerückter Stunde soweit, dass man beim Kaffeesudlesen sind, beziehungsweise bei der Panikmache, weil, ob ein Gefängnis verlagert wird oder ob Polizisten aus Graz abgezogen werden, unser Kollege Harry

Korschelt ist immer für irgendeine Märchenstunde gut und Grimms Märchen lassen da recht herzlich grüßen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die waren sehr grauslich mitunter.

GR. **Pogner:** Also, Tatsache ist schon, dass es in Wien knapp ist mit den Polizisten, aber Tatsache ist auch, dass die Wiener ihre Probleme selbst lösen. Ich habe heute mit dem Ministerium telefoniert und da hat man mir versichert, in Wien hat man alles im Griff und zwar so im Griff, ohne dass man es von den Bundesländern abzieht. Apropos Bundesländer. Da ist mir ja noch was aufgefallen, im Antrag steht so nett drinnen, 300 Beamte aus den angrenzenden Bundesländern nach Wien. Nach meinen geographischen Erkenntnissen hat Wien genau ein Bundesland das angrenzt, Steiermark gehört nicht dazu. Also 450 Neuaufnahmen werden in Wien gemacht, 450 neue Polizistinnen und Polizisten werden ausgebildet und schon heuer vom Juli bis zum Dezember kommen 267 davon schon in den Dienst. Das heißt, es ist kein Bedarf von Wien gegeben, die Grazer Polizistinnen und Polizisten abzuziehen. Eines muss man aber noch anmerken, und das ist auch ganz wichtig, warum braucht Wien so viele Polizisten, das ist auch immer wieder die Frage. Warum muss man gerade nach Wien so viele Polizisten schicken? Wien braucht so viele Polizisten, weil unter anderem in Wien viele Demonstrationen stattfinden, so wie zum Beispiel heute eine ganz tolle Demonstration der FPÖ gegen das islamische Zentrum und da müssen natürlich dann die Polizisten besonders ausrücken, weil wenn die FPÖ demonstriert, da kann man sich vorstellen, die müssen nämlich geschützt werden die FPÖ-Demonstranten (*Applaus ÖVP*). Dann gibt es noch, hat man mir bestätigt, im Parlament ganz lässige Anträge, die Sinnhaftigkeit sei dahingestellt, aber schon allein mit den Anträgen, die die FPÖ im Parlament stellt, sind bis zu 40 Polizisten gebunden, daher braucht also Wien so viele Polizisten, und noch einmal, Sie schaffen das selbst, ihre Probleme zu lösen, Sie brauchen weder die Grimms-Märchen noch den Kaffeesud, noch die Panikmache und daher absolute nicht dringliche Geschichte und daher gibt es von uns keine Zustimmung in der Dringlichkeit (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schneider**: Liebe KollegInnen, Herr Stadtrat, liebe Damen und Herren! Es besteht natürlich, wie das meist ist, wenn die FPÖ einen Sicherheitsantrag macht, kein wirklicher Grund zur Sorge. Graz ist nicht betroffen von Maßnahmen, Polizisten und Polizistinnen vom Land in die Stadt zu verlagern, sondern im Gegenteil, Graz ist Profiteurin von dieser Maßnahme. Es wurden, wie ich heute auch bei der Polizei erfahren habe, sind seit 1. Mai zusätzliche Beamtinnen vom Land in Graz tätig. Außerdem, wie Sie es eh von meinem Vorredner gehört haben, es werden ja jetzt 1000 neue Polizeiplanposten, also 1000 neue PolizistInnen kommen, Planposten werden nicht neu geschaffen, sondern mit den 1000 werden einfach Planposten, die schon bestehen und momentan auch nicht besetzt sind, belegt werden. Es stimmt schon, dass Graz ein ähnliches Problem hat wie Wien, nämlich einen erhöhten Polizeibedarf, der Meinung sind auch wir und da sollte sich auch etwas tun, weil wir haben gar nichts davon, wenn unsere Polizistinnen und Polizisten in Graz vor Überlastung zusammenbrechen. Ich finde es schade die Strategie, die Sie fahren ist, sobald irgendeine Pressemeldung ist, die irgendwie aufzupusten und da versuchen, Angst zu machen, egal, ob das jetzt mit Fakten belegbar ist oder nicht. Ich denke, letztlich wird es auch Ihrer Partei nicht gut tun, auf diese Weise Politik zu machen. Ich hoffe halt nur, ich meine, auf der anderen Seite, ich meine, wir ertragen ja einiges, aber wir sind dann halt konfrontiert hier im Gemeinderat mit solchen Anträgen, müssen da ausrücken und das irgendwie klarstellen. Bitte halten Sie sich in Zukunft mit solchen Anträgen ein bisschen zurück, nicht nächstes Mal, wenn in Wien die Rede davon ist, dass die Straßenbahn ausgebaut wird, einen Antrag machen, dass bitte die Gleise in Graz nicht davongetragen werden sollen oder sonst, darum würde ich bitten. Wir werden diesem Antrag in keiner Weise zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Also mit Verlaub gesagt, Gemeinderat Schneider, es stimmt natürlich nicht. Die Innenministerin hat angekündigt, es kommen bis 2013 1.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten, und wer das Budget des Innenministeriums kennt, und ich hatte gestern das Vergnügen, und das ist wieder der Vorteil so einer Doppelfunktion, gestern das Vergnügen, im Budgetausschuss zum Kapitel Inneres darüber ausführlich und drei Stunden lang zu diskutieren. 2.300 Polizistinnen und Polizisten werden bis in das Jahr 2013 abgebaut. Die Rechnung ist eigentlich dann

relativ klar. 1000 kommen, 2.200 kommen weg, das heißt, wir haben auch an den Grazer Polizeistationen in Zukunft bis ins Jahr 2013 ein Minus. Faktum ist, die Sicherheitssituation wird sich nicht verbessern. Und weil gesagt worden ist, wenn was passiert, macht man ein Gezettere und man bauscht es auf. Kollege Schneider, ich darf nur kurz die Statistik, die Kriminalstatistik, weil ich glaube, auch so etwas sollte man in aller Ruhe und auch sehr sachlich diskutieren. Die gerichtlich strafbaren Handlungen im Jahr 2007 betragen in Graz 23.706, das sind 60 strafbare Handlungen am Tag. Davon Einbruchsdiebstähle, allein in der Stadt Graz, im Jahr 2007 3.449, bei einer gleichzeitigen Aufklärungsquote, und ich gebe es Ihnen zu raten, raten Sie einmal, was ist die Aufklärungsquote. Bei einer Aufklärungsquote von 10 % im Jahr 2008 hatten wir 21.991 strafbare Handlungen, allein auf Stadtgebiet in Graz, davon Einbruchsdiebstähle 3.383 und wissen Sie, wie die Aufklärungsquote ist, 7,5 %. Wissen Sie übrigens also was im Übrigen das beste Geschäft in dieser Stadt ist, Bürgermeister Nagl hat uns ja heute schon so viel von Wirtschaft erklärt, das beste Geschäft in Graz ist nicht, Lotto zu spielen, das beste Geschäft ist nicht, sein Geld in Stiftungen anzulegen, wie es die Sozialdemokraten tun, das beste Geschäft ist auch nicht einer ordentlichen Arbeit nachzugehen, nein, das beste Geschäft ist offenbar einzubrechen. Denn, wenn von zehn Einbrüchen nur ein Täter geschnappt wird und neun Täter oder Tätergruppen frei gehen, dann sage ich, dann ist für die Stadt Graz, und das ist eine gute Überschrift für eine Zeitung, aber es ist Faktum und es ist trauriges Faktum der Kriminalitätsstatistik, dann ist der Sicherheitsnotstand auszurufen. Und daher verstehe ich auch nicht, warum wir eigentlich seit drei Jahren politisch und seit eineinhalb Jahren in diesem Gemeinderat über eine Aufstockung der Exekutivkräfte diskutieren, aber sie nicht zustande kommt. Ich bin der Meinung, die Exekutivkräfte in der Stadt Graz sind aufzustocken, nicht zuletzt deswegen hat Bürgermeister Nagl im Jahr 2007 eine sogenannte Sicherheitspartnerschaft für Graz unterzeichnet mit dem damaligen Innenminister Platter. Diese Sicherheitspartnerschaft hat er jetzt im Zuge des Nationalratswahlkampfes im September 2008 erneuert. Wissen Sie, was der Sukkus dieser Sicherheitspartnerschaft ist? Sieben Dienststunde mehr, wau wau. Für 3300 Einbrüche und eine Aufklärungsquote von 7,5 %. Die angezeigten Fälle sind für mich kein Parameter, nach mehr Polizei zu schreiben, sicher nicht, weil ob mehr oder weniger Polizei in einem Ort ist, hindert niemand daran, die Straftat zu begehen, das ist klar. Weil die sogenannte Generalüberwachung, die ich mir wünschen würde, leider nicht möglich ist. Das, was aber ein Parameter ist, sind Aufklärungsquoten.

Aufklärungsquoten bei Einbruchskriminalität von 7 %, Aufklärungsquoten bei Verbrechen von 19,1 %, bei Vergehen von immerhin 35,7 %, es freut mich, dass man ein Vergehen gegen die Straßenverkehrsordnung immerhin mit einer Aufklärungsrate von 35,7 % klärt, aber ein Verbrechen schließlich nur mehr mit 19,1 % ist eine Schande für die Stadt und ich würde niemals hergehen und sagen, hier ist dem einzelnen Polizisten, der einzelnen Polizistin die Schuld zu geben. Die Polizistinnen und Polizisten der Stadt Graz, aber auch aller anderen Großstädte, fühlen sich mittlerweile wie bessere Notare. Sie sind unterbesetzt, sie erfahren von einem Einbruchsdiebstahl, kommen zumeist eine Dreiviertel-Stunde später hin, nehmen den Einbruchsdiebstahl auf und stellen eine Bestätigung für die Versicherung aus. Das können mittlerweile bessere Notare auch oder Amtsbestätiger, die den Einbruch bestätigen. Leider Gottes ist die Polizei in Graz mit ihrer derzeitigen personellen Situation nicht in der Lage, ordentlich auch Vergehen aufzuklären und wissen Sie, was besonders schändlich ist, dass in Graz, aber ich kann es Ihnen kurz sagen, unter der Woche von Montag bis Samstag während der Nachtdienste und am Sonntag Tag- und Nachtdienst nur vier Polizistinnen und Polizisten dauerhaft an den Polizeistationen der Stadt Graz ihren Dienst verrichten. Insgesamt wird die Stadt Graz...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Du redest einen Blödsinn.

GR. **Grosz:** Warum? Vom Stadtpolizeikommandanten, Befehl vom 31. 1. 2009, der mittlerweile von deiner Genossin Innenministerin gestern bestätigt worden ist und sie daraufhin nunmehr heute, Gott sei Dank, nunmehr heute, ich freue mich, dass der Willi, ohne die Bezeichnung seines ordentlichen Titels auch aufgewacht ist, dass diese, Gott sei Dank die Innenministerin diesen Polizeinotstand in Graz entgegenwirkt. 50 Polizistinnen und Polizisten verrichten laut dem Stadtpolizeikommandantenbefehl vom 31.1.2009 ihren Dienst während der Nachtstunden in Graz und während der Wochenenddienststunden, 50 Polizisten. Pro Polizeiwachzimmer vier Stück.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Vier Polizisten pro Polizeiwachzimmer, insgesamt 50. Ok, es war ein Missverständnis, Entschuldigung, Verzeihung, sind wir wieder Freunde, vier Polizistinnen und Polizisten pro Polizeiwachzimmer, 50 Polizisten in ganz Graz. Pro Wachzimmer vier, 50 insgesamt. Das macht aber die Situation in einer Stadt mit 230.000 Einwohnerinnen und Einwohner auch nicht besser.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: 12 ½ Wachzimmer?

GR. **Grosz:** Im Durchschnitt, Kinder, Kinder, ihr seid I-Tüpfel-Reiter. Also wenn ihr die Sicherheit in der Stadt mit der Akribie verfolgt, in dem ihr hier Akten wälzt, dann wäre das überhaupt kein Problem. Aber...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sagt uns...

GR. **Grosz:** Es freut mich ja, dass wenigstens die Fraktion schon nach einigen Abstimmungspannen heute, die ÖVP-Fraktion, nun wenigstens wieder aufgewacht ist und das Valium nicht mehr so wirkt wie vor drei Stunden noch, das der Klubobmann sinnigerweise offenbar in den Kaffee seiner Fraktion geschüttet hat. 50 Polizistinnen und Polizisten bei einer Stadt mit 230.000 Einwohner, zirka ein Polizist (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*)...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: 255.000.

GR. **Grosz**: Schön, wenn es 255.000 sind, dann es sind zirka 7.300 Personen pro Polizist. Ich gratuliere euch, die Stadt Deutschlandsberg mit 10.000 Einwohnern hat acht Polizisten während ihrer Nachtdienste, das ist der Sicherheitsnotstand der Stadt Graz. Und dass jetzt Gemeinderat Korschelt richtigerweise hergeht und sagt, wir wollen nicht, dass hier weiterhin Polizistinnen und Polizisten nach Wien dienstversetzt werden von Graz, von den Bezirken, weil es ja in der Vergangenheit passiert ist, weil es ja Ihre Innenministerin pro Kopf so veranlasst hat, weil es Ihr Innenminister Platter so veranlasst hat, weil es die Erfindung des Herrn Strasser war, das ist da das Sicherheitssystem des Herrn Ernst Strasser gewesen, das diesen Notstand in Österreich ausgerufen hat, daher unterstützen wir diesen Antrag des Gemeindeart Korschelt sehr gerne und wir würden uns freuen, wenn wir gemeinsam bei der nächsten Gemeinderatssitzung endlich das zustande bringen, eine gemeinsame Petition an die Österreichische Bundesregierung zur Aufstockung, zur tatsächlichen Aufstockung der Exekutivdienstkräfte in Graz.

GR. Mag. **Korschelt**: Zu den zwei Kollegen, zum Kollegen Pagner, mag sein, wenn ich heraußen rede, dass du das als Märchenstunde empfindest, nur wenn du heraußen redest, dann empfinde ich das als Geister und Gruselstunde, was du da zum Besten gibst (*Applaus FPÖ*), weil ich sehe überhaupt keinen Zusammenhang zum Beispiel, diese Geschichte, was dann damit zu tun haben soll, weil im Parlament die FPÖ Anträge stellt, dass da 60 Polizisten gebraucht werden oder 40, ok, habe ich jetzt übertrieben, 40 Polizisten gebraucht werden, ich weiß nicht, als Wachdienst oder wer muss vor dem Parlament stehen und das ist einmal die Aufgabe der Polizei, so eine Demonstration zu schützen, ja das ist einmal so, mit dem muss man einmal leben und beiden Kollegen würde ich empfehlen, dass sie vielleicht einmal ein bisschen mehr als wie eine Grazer Zeitung lesen, vielleicht lesen Sie einmal den Kurier oder vielleicht lesen Sie einmal die Presse, da war das sehr wohl, na die Tageszeitung, die Presse, aber die kennst du wahrscheinlich nicht. Ich nehme an, dass du das nicht liest. Ich würde das einmal empfehlen, vielleicht, es gibt eh immer

so Gratis-Abos, weißt eh, so ein Monat, dann kannst sie eh wieder abbestellen nach einem Monat, vielleicht liest du sie einmal. Da war das sehr wohl zu entnehmen und dann auf der anderen Seite, natürlich habe ich nicht diese Beziehung, die du hast, dass du ja tagtäglich mit der Frau Innenminister scheinbar telefonierst oder im Telefonkontakt stehst, ich habe mir nur erlaubt, mit den Personalvertretern zu sprechen und die sagen sehr wohl, dass sie sehr wohl versuchen werden und nicht nur aus den angrenzenden Bundesländern, sondern sie werden sehr wohl versuchen, aus den Landeshauptstädten eben unter anderem Graz, Klagenfurt und Innsbruck, sehr wohl versuchen, Kollegen und Kameraden abzuziehen und eben nach Wien zu holen. Von wegen dass das nicht der Fall wäre, das stimmt überhaupt nicht, sondern mit den Kollegen, wenn du an der Basis mit denen reden würdest, dann würdest du das sehr wohl sehen. Und jetzt zum Kollegen Schneider, ich weiß nicht, Sie nennen sich Sicherheitssprecher der Partei, meines Erachtens sind Sie eher der Unsicherheitssprecher und dann noch etwas, Ihnen ins Stammbuch geschrieben, lieber Kollege, machen Sie sich keine Sorgen über die FPÖ (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), also Sie brauchen sich wirklich keine Sorgen machen, dass wir Anträge stellen, die uns nicht gut bekommen und so weiter, Sie sollten sich vielleicht sorgen über Ihre eigene Partei machen, Sie werden sehen, bei den nächsten Wahlen, Europawahlen, werden Sie sehen, wie ein Tiefflieger ihre Partei hinunterstürzt, da brauchen Sie sich um uns keine Sorgen machen (*Applaus FPÖ*). Mir tut es wieder einmal leid, dass natürlich die Dampfwalzenkoalition von Schwarz/Grün wieder einmal darüberfährt, ohne, die zwar immer wieder groß tönt, für Sicherheit in der Stadt zu sein, ich meine, Sie tun es eh nicht, das muss man eh sagen, weil wenn man Ihre oberösterreichische Kollegin anschaut, gestriger Kommentar im Kurier, werden Sie wahrscheinlich auch nicht gelesen haben, aber die das sehr befürwortet die Freigabe der weichen Drogen, also befürworten wahrscheinlich Sie auch, ich weiß nicht, will ich Ihnen nicht unterstellen, aber Sie befürworten das auch, mag sein, aber von der ÖVP ist es natürlich wieder einmal typisch, dass sie zwar immer groß tönen bei Bürgerversammlungen, wo der Herr Bürgermeister ja nicht ist, aber der Kollege Topf ist immer dort, wie wir heute gehört haben, da wird immer groß getönt und wie es Sicherheit Graz und wir sind die Sicherheitspartei in Graz (*Applaus FPÖ*), nur wenn es dann einmal (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), nur wenn es dann einzufordern ist, dann wedelt in dem Fall der Schwanz mit dem Hund, sprich die ÖVP geht wieder einmal, wie so oft, vor den Grünen in die Knie. Die Grazer Bürger werden es Ihnen danken, Kollege

Grosz, aber Kollege Grosz hat Ihnen das eh am Beispielen expliziert, auch eine Zeitung, die Sie wahrscheinlich nicht lesen werden, das „Österreich“ befasst sich jetzt tagtäglich mit Sicherheitsproblemen, mit schönen Statistiken, ist schön färbig, ist ganz leicht zu lesen, auch für Sie wahrscheinlich, mit schönen Statistiken, also überhaupt kein Problem, da werden Sie sehen, wie es zur Zeit um die Sicherheit nicht nur in Graz, sondern auch der Sicherheit in Österreich steht, also ich glaube, man sollte für die Sicherheit was tun, es tut mir leid, wenn wieder einmal ein Antrag nicht die Mehrheit findet, aber die Grazer Bürger werden sich sicher entscheiden und werden dann wissen, wie sie sich zu entscheiden haben (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Verbesserung der Berufsgruppe Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer beziehungsweise der Tagesmütter innerhalb der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren! Zu später Stunde, es ist dreiviertel zehn, ich werde es versuchen, kurz zu machen, wie wohl ja die Thematik meines ersten dringlichen Antrages zumindest dem damaligen Personalreferenten und nunmehrigen Bürgermeister Nagl ohnedies auch bekannt ist, dass es seit Jahren Diskrepanzen zwischen der Berufsgruppe der Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer und Tagesmütter auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Kinderpädagoginnen und -pädagogen der Stadt Graz gibt, offenbar sind eklatante Gehaltsunterschiede, unterschiedliche Urlaubsregelungen, auch Ferienregelungen bei Tagen, bei Einzeltagen und die Regelung bei Fenstertagen nicht dazu geneigt, dass man bei Personen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Graz

Gerechtigkeit herstellt. Mir ist schon klar, dass man das eine mit dem anderen nicht vergleichen kann, es handelt sich um unterschiedliche Berufe, aber es handelt sich um die gleiche Intention. Beide Gruppen kümmern sich massiv um die Kinder unserer Stadt, sie sind für das Kindeswohl in unseren Institutionen tätig. Die Personalvertretung in Person der Maria Koller, aber vieler anderer, macht seit 1992 auf unterschiedliche Entlohnungen, fairen Regelungen aufmerksam. Meine Intention geht dahin, dass man aus dem Stand 1992 bis heute dem gut Zureden und den Fisch zu Tode streicheln, endlich einmal dazu kommt, dass man sagt, gut, man setzt sich zusammen, man versucht, mögliche Härten abzubauen, man versucht, nicht beides insofern zusammenzuführen, dass man Unterschiedliches gleich behandelt, sondern man versucht, zumindest so anzugleichen, dass sich zwischen beiden Berufsgruppen, die de facto in großen Teilen ihres Tagesablaufes das Gleiche tun, Gerechtigkeit schafft.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher wird als zuständiger Personalreferent aufgefordert, ein neues Dienstrecht unter Berücksichtigung der Beseitigung der Ungerechtigkeiten zwischen den Kinderbetreuerinnen und Kinderbetreuer beziehungsweise Tagesmütter einerseits und Kinderpädagoginnen und Kinderpädagogen andererseits zu prüfen und entsprechend zu veranlassen. Diesbezügliche Gespräche sind mit der Personalvertretung zu führen und die Ergebnisse dem Gemeinderat der Stadt Graz zu berichten. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.40 Uhr den Vorsitz.

StR. **Eisel-Eiselsberg** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Auch dieser Antrag des BZÖ prolongiert eigentlich wieder, wie auch bei anderen Anträgen, die Oberflächlichkeit und die Unschärfen in euren Anträgen. Beginnend damit, und du hast es dann ja noch korrigiert vom ursprünglichen Antrag, wo der Herr Bürgermeister als Personalreferent aufgefordert wurde, mittlerweile ist es auch zu dir durchgedrungen, dass der Gerhard Rüscher jetzt für das Personal zuständig ist. Es ist auch eigentlich, müsste es auch klar sein, dass es keine städtischen Tagesmütter oder Tagesväter gibt, also kann auch der für die Stadt Graz zuständige Personalreferent wohl nicht die Kollektivvertragsverhandlungen für Tagesmütter und Tagesväter führen. Und es weist ja auch der nächste dringliche Antrag, der heute noch auf der Tagesordnung ist, darauf hin, dass euch zumindest die Politik zu teuer ist, das ist dann zumindest aus einer Sicht zutreffend, wenn eigentlich Mitarbeiter der Stadt Graz, insbesondere in der Person von der Frau Dr. Zwanzger, immer wieder, sei es bei Fragestunden oder auch bei dringlichen Anträgen eigentlich immer nacharbeiten muss, damit Anträge von einzelnen Mandataren überhaupt zulässig sind. Also das allein zeigt mir schon einmal die Qualität und auch die Konsequenz, wie man sich einem Thema widmet, wenn man einfach Husch-Pfusch irgendwas hinschreibt, dann die Mitarbeiter angehalten sind, hier Korrekturen einfließen zu lassen und vielleicht wäre es auch angebracht, dass gerade ein Mandatar der Doppelbezieher von Bezügen ist, vielleicht auch einmal den MitarbeiterInnen zu Verfügung stellt zur Qualitätshebung der eigenen Anträge, aber das ist jetzt eine andere Sache (*Applaus ÖVP und Grüne*). Leider setzt sich diese Unschärfe auch im Motivenbericht fort. Die Aufgaben von PädagogInnen und BetreuerInnen sind wahrlich andere, sie sind sehr wohl unterschiedlich, von einer analogen Tätigkeit kann bei allem Engagement, die die KinderbetreuerInnen zweifellos haben, nicht die Rede sein. Da geht es um pädagogische Arbeit, um Organisation und Vorbereitung, um Elternarbeit, alles Dinge, die den KinderbetreuerInnen ganz sicher nicht in erster Linie zukommen, da geht es auch wieder im Arbeitsportfolio darum, die PädagogInnen zu unterstützen, aber auch um hauswirtschaftliche Tätigkeiten zu verrichten. Das sind wichtige Tätigkeiten, die von unseren MitarbeiterInnen auch hervorragend erledigt werden. Auch bei den Einkommensvergleichen kann zumindest unser Personalamt nicht folgen, woher diese Summen kommen, also man kann sicher nicht sagen, dass das stimmt, dass nach 25 Dienstjahren, außer ihr habt wieder einmal wieder andere Informationen wie unser Personalamt. Ganz sicher ist, dass die Stadt Graz bei PädagogInnen und bei KinderbetreuerInnen ein sehr, sehr

guter Dienstgeber ist, weil PädagogInnen zahlt die Stadt Graz rund 15 % mehr und bei KinderbetreuerInnen rund 30 % mehr als beispielsweise der Kollektivvertrag es ausmacht. Aber wir zahlen auch besser wie alle anderen steirischen Gemeinden oder das Land selber (*Applaus ÖVP*). Auch beim Urlaub ist wieder einmal ein kleiner Fehler unterlaufen, die Frau Kollegin Meißlitzer hat ja eh schon reklamiert, dass das alles nicht stimmt, also unsere MitarbeiterInnen haben jetzt schon, die in einem unbefristeten Dienstverhältnis sind, selbstverständlich auch sechs Wochen Urlaub und laut dem Kinderbetreuungsgesetz ist der Erhalter dazu ermächtigt, auch die Pädagoginnen bis zu vier Wochen zur Dienstleistung heranzuziehen, also da ist keine Rede mehr von neun Wochen Urlaub und einer Anlehnung der Urlaubsregelung an die Lehrerinnen und Lehrer. Und wenn da ins Treffen geführt wird, dass ja natürlich die KinderbetreuerInnen und die PädagogInnen das Kindeswohl im Auge haben und sich darum bemühen, ja, das ist ja unbestritten, das stellt niemand in Frage, aber ich möchte nur einen Vergleich bringen, auch ein Arzt und eine Krankenschwester haben das Patientenwohl im Auge und werden deswegen auch nicht gleich entlohnt. Das ist nun mal so und man muss sich vor Augen halten, dass eben eine Pädagogin eine ganz andere Ausbildung hat, eine langjährige Ausbildung hat, wogegen KinderbetreuerInnen und Tagesmütter/Tagesväter eben einen Kurs mit 360 Stunden Theorie und 160 Stunden Praxis haben und da kann man einfach auch Äpfel mit Birnen nicht vergleichen und auch gerade, wenn das BZÖ auch immer das Leistungsprinzip so hervorhebt, dann sollte man das auch in diesem Fall so im Auge behalten. Und ich denke, abschließend über Verbesserungen für unsere Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer kann man immer reden, gerade wenn es sich um eine Gruppe handelt, die tatsächlich nicht zu jenen gehört, die besonders viel verdienen, aber ein dringlicher Antrag ist aus meiner Sicht nicht das geeignete Mittel, da gibt es andere Wege und Möglichkeiten, da zu Gesprächen zu kommen, zu einem Ergebnis zu kommen, und letztendlich ist der Landesgesetzgeber dazu gefordert, hier auch das letztlich umzusetzen und nicht zuletzt sollten wir auch nicht unerwähnt lassen, dass gerade die Stadt Graz mit dem Projekt Fair jeden einzelnen Dienstposten bewertet hat, im Einvernehmen mit Personalvertretung und mit den Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern. Ich denke, die Stadt Graz ist ein hervorragender Dienstgeber, über Verbesserungen können wir immer reden, aber nicht in so einem Rahmen (*Applaus ÖVP, SPÖ und Grüne*).

GRin. **Meißlitzer**: Danke, Herr Stadtrat für diesen ausführlichen Bericht, aber ich möchte nur dem Herrn Grosz noch was mit auf dem Weg geben, was bei seinem Antrag auch nicht stimmt.

Zwischenruf GR. Grosz: Ich gehe aber noch nicht.

GRin. **Meißlitzer**: Der Personalstadtrat kann keine Dienstrechtsänderung machen, es gibt ein Landeskindergarten- und Bildungs- und Betreuungsgesetz, das heißt, nur das Land Steiermark kann auch dienstrechtliche Änderungen vornehmen (*Applaus SPÖ und ÖVP*).

GR. **Grosz**: Lieber Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg. Zur Diskussion um Doppelbezüge, meine beiden Bezüge als Nationalrat und Gemeinderat kumuliert machen nicht die Höhe deines einzelnen Bezuges aus, erstens...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Er arbeitet ja auch dafür.

GR. **Grosz**: Im Gegensatz zu dir, trotzdem bin ich bereit, im Gegensatz zu dir... Na wie viel haben wir als Stadtrat brutto? 8.600 plus, wie viel kriegt man als Gemeinderat? Also wenn man beide Gehälter kumuliert, komme ich nicht auf den Gehalt des Stadtrates, aber, geh komm, jetzt hört doch endlich auf, wir sind ja nicht beim Oktoberfest, aber im Gegensatz zum Stadtrat Eisel-Eiselsberg bin ich auch bereit, zu Sitzungen zu erscheinen und nicht Sitzungen zu schwänzen, wie es unlängst vor zwei Wochen, wo dann eine Mehrheit für die Regierungsfractionen ja offenbar nicht bereit war, weil der Herr Stadtrat wieder verschlafen hat. Für meinen

Gehalt schlafe ich nicht, sondern arbeite ich, erstens, zweitens, ich bedanke mich für diesen Blumenstrauß an Bösartigkeiten. In keinem einzigen Satz de facto auf den Inhalt, aber versucht, auch das Verständnis aufzubringen, dass es doch das vitale Interesse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt gibt, das zu ändern oder Ungerechtigkeiten zu entschärfen, sondern Oberflächlichkeit und Unschärfen war das Stichwort. Politik, meine Politik, die zu teuer ist, dass selbst die arme Frau Dr. Zwanzger ausrücken muss, um diese Politik ständig zu korrigieren. Husch und Pfusch konnte ich den Herrn Stadtrat zitieren, Mitarbeiter, die ständig Korrekturen bei uns anbringen müssen, Dinge, wo ich in der Sache selbst nie eingehe und im Übrigen bin ich ein Doppelbezugsbezieher, wenn das die sachliche Auseinandersetzung mit dem Inhalt dieses Antrages war, dann hast du, lieber Teddy Eisel-Eiselsberg, trotz deines Gehaltes deinen Job verfehlt und solltest dir auf dem freien Arbeitsmarkt einen neuen suchen, das ist keine Politik.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Die Chance hast du nicht.

GR. **Grosz:** Es gibt ein vitales Interesse... der fleißigste Gemeinderat der Stadt Graz hat sich einmal mehr zu Wort gemeldet, es freut mich. Wenigstens, es werden aber auch die Zwischenrufe, die du ständig hier herausquakst, deine Bilanz für das Ende des Jahres einmal mehr als fleißigster Gemeinderat der Stadt Graz nicht ändern. Aber, wenn Kollege Frölich unbedingt drauf Wert legt, mir ständig zu unterstellen, ich wäre nur auf Grund der Politik etwas, dann sage ich ja...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das habe ich nie behauptet.

GR. **Grosz.** Dann sage ich ja, ich bin ein Berufspolitiker, der nur durch die Politik getragen wird. Ja, aber was bist dann du? Was für ein Versorgungsfall bist du

geworden, der nur mehr über die Stadt Graz eine Anstellung findet, die Ehrlichkeit soll man auch finden, wer selbst im Glashaus sitzt sollte niemals mit Steinen werfen, lieber Kollege Frölich. Ohne die Politik wärst du einer von den unzähligen Fällen, die in der Wirtschaftskrise zu allem Möglichen gezwungen wären. Abschließend ersuche ich dennoch, sich mit dem Inhalt.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz**: Ich weiß, jetzt ist die Aufregung recht groß, aber wer austellt, muss auch einstecken können. Abschließend ersuche ich dennoch, nochmals mit dem Inhalt sich auseinanderzusetzen und nicht mit irgendeinem Hahnenkampf, der hier im Gemeinderat stattfindet. Dem Antrag wird die Dringlichkeit abgesprochen, das hindert aber nicht die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz, darüber nachzudenken, wie man Ungerechtigkeiten in Zukunft entschärft. Ich danke Ihnen.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich bin bei diesem Antrag nicht davon ausgegangen, dass wir eine Gehaltsdiskussion führen, aber trotz allem, wenn es schon von deiner Seite so in den Mittelpunkt gestellt wird. Vom Ausgangsbetrag des Nationalrates, wie du weißt, leiten sich auch die anderen Funktionen ab. Wenn ich jetzt deinen Nationalratsbezug als 100 % nehme und vom Gemeinderat 23 % des Ausgangsbetrages hinzuzähle, sind es dann 123 % des Ausgangsbetrages. Ein Stadtrat hat 120 % des Ausgangsbetrages, also rein prozentuell ist dein Einkommen ein höheres, aber ich möchte eigentlich auf dieser Ebene nicht diskutieren und ich denke doch, dass du auch bei meinen Ausführungen gemerkt haben wirst, dass ein Teil davon sich mit eurer Oberflächlichkeit befasst hat, der überwiegende Teil mit dem Inhalt (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Reform des politischen Systems der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**. Da sind wir dann eh bei der richtigen Diskussion, wenn es um politische Gehälter geht. Der Herr Stadtrat hätte es sich vielleicht für jetzt aufsparen können, mit mir auch eine Gehaltsdiskussion und über die Finanzierung des politischen Apparates zu führen, denn die führe ich auch sehr gerne. Ziel ist, und die Koalition hat sich ja auch dazu bekannt, die politischen Institutionen der Stadt zu reduzieren, die Gemeinderäte zu reduzieren und die Stadtregierungsmitglieder auf sieben Mitglieder zu reduzieren. Wir haben auf Grund dieser Anfragen, die Kollege Stadtrat Eisel-Eiselsberg so kritisiert hat, dass die den politischen Apparat lähmen würden, wie folgt Folgendes herausbekommen: Die Parteienförderung in der Zeit der Stadt Graz zwischen 2003 und 2008 hat insgesamt 9,016 Millionen Euro verschlungen, Gehaltskosten, Funktionsgebühren für Stadtregierung, Gemeinderäte insgesamt 19,3 Millionen Euro und geschätzte, wohlgemerkt, geschätzte Gehaltskosten auf Grund einer Anfrage aus dem Jahr 2008 über das Jahr 2007 für den Zeitraum 2003 bis 2008: elf Millionen Euro. Das heißt, der politische Apparat, den wir uns in der Aufgeblätheit auch dieses Gemeinderates und der Stadtregierungsmitglieder leisten, verschlang in den Jahren 2003 bis 2009 39 Millionen Euro, also 500 Millionen Schilling, um es geschätzt umzurechnen, ich hoffe, es passt, der Rechner der Stadt wird es bestätigen, 563 Millionen Schilling, um genau zu sein. Jährlich somit eigentlich 6,5 Millionen Euro, zirka 100 Millionen, genau 96 Millionen Schilling.

Seit Jahren wird in diesem Gemeinderat auch darüber diskutiert, den Gemeinderat zu reduzieren, die Stadtregierungsmitglieder, ich halte es für eine gute Situation, ich halte diese Diskussion um die Wirtschaftskrise hier eine passende Möglichkeit, endlich die Reform des Grazer Gemeinderates und des Grazer Stadtsenates anzudenken. Es gibt in mehreren anderen Landeshauptstädten bereits

Bestrebungen, sowohl Gemeinderat als auch Stadtsenat zusammenzulegen, gepaart mit unserer Förderung nach einer Abschaffung der Parteiförderung halte ich das für sehr wesentlich. Die eingesparten Kosten könnte man in dem ohnedies angespannten Budget der Stadt Graz ohnedies gut gebrauchen, erstens, zweitens könnten wir gerade mit der Einsparung der Gehälter durchaus die Aufrechterhaltung der Bezirksämter gewährleisten und die Bezirksämter moderner auch gestalten beziehungsweise diese auch revitalisieren.

Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat ersucht den Bürgermeister der Stadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, einen Entwurf für die Reform des politischen Systems der Stadt Graz unter folgenden Prämissen bis zur Sitzung am 25. Juni 2009 vorzulegen:

- Reduzierung der Stadtregierung auf 5 Mitglieder
- Reduzierung des Gemeinderates auf 28 Mitglieder
- gänzliche Abschaffung der Grazer Parteiförderung

Dieser Entwurf soll was die Reduzierung der Stadtregierungs- und Gemeinderatsmitglieder anlangt, in einer Petition an den Steiermärkischen Landtag zur Änderung des Grazer Statuts münden. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es gibt eigentlich genau einen Grund, diesem BZÖ-Modell zuzustimmen. Bei nur mehr 28 Gemeinderäten und derzeit zwei Prozent in den Umfragen, würde das bedeuten, ihr tut euch damit selbst wegrationalisieren, also gratuliere (*Applaus FPÖ*). Aber ein bisschen ernst sollte man auch zur späten Stunde sein, ich glaube, das ist wieder eine politische Schaumschlägerei ohne Tiefe und ohne Ernsthaftigkeit. Ich frage mich, wie soll eine politische, eine gute qualitativ hochwertige politische Arbeit in Graz mit 28 Gemeinderäten möglich sein, man denke an die Ausschussarbeit, wo das BZÖ ja momentan nicht dabei ist. Ich glaube, auch aus diesem Grund entstehen

solche Fantasieprojekte dann vielleicht. Ich glaube nicht, dass die Stadt Graz Qualitätssicherung dadurch braucht, dass man hier reine Berufspolitiker anstellt. Es gibt noch viele Gründe, die dagegen sprechen und über den Wegfall der Parteienförderung, was das bedeutet, ich glaube, da brauchen wir auch nicht darauf eingehen, das braucht man nicht erwähnen. Demokratie kostet Geld, ich glaube, das sollte sich der Herr Grosz auch einmal hinter die Ohren schreiben. Eines ist klar, über eine Reform muss man reden, über eine Reform wird momentan auch fleißig diskutiert, das passiert, aber das Ganze muss man eben im Gesamten betrachten. Hier muss die Bezirksdemokratie einfließen, hier muss die Reform der Geschäftsordnung einfließen, die ja, wie wir heute wieder einmal erleben, längst und absolut notwendig ist und es muss natürlich auch darüber gesprochen und diskutiert werden, inwieweit es zu einer Verkleinerung des Stadtsenates und des Gemeinderates auch kommt. Hier ist, glaube ich, das letzte Woche ja noch nicht gesprochen. Und auch bei diesen Diskussionen, die wir hier führen, auf Klubobmannebene beispielsweise, da ist ja das BZÖ in Wirklichkeit auch nicht mit Ernsthaftigkeit dabei. Ich möchte an dieser Stelle, und ich glaube, wir sprechen da sicher im Namen auch meiner Kollegen, Klubobmann Herper und auch der anderen Klubobleute, dass der Gerald Grosz herzlich eingeladen ist, sich auch bei der Diskussion über diese ganzen Punkte auch zu beteiligen und hier nicht durch undurchdachte politische Dampfplauderei hier besonders aufzufallen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir haben gerade miterlebt, wie sich ein Antragsteller beschwert, dass man sich nicht mit den Inhalten seiner Anträge auseinandersetzt. Aber, ich kann nur sagen, selber schuld, es gib zumindest zwei Gründe, ganz schnell Gründe, warum das so schwer ist, sich mit deinen Anträgen Gerald auseinanderzusetzen. Das eine ist einmal die äußere Form, sprich der verbale Inhalt, da gibt es so viel richtigzustellen, dass man zum Inhalt schon gar nicht mehr kommt und das Zweite ist einfach, ich sage es, deine Glaubwürdigkeit. Ich meine, es sind ja, Armin Sippel hat es ja schon deutlich, nicht nur angedeutet, sondern auf den Punkt gebracht, hier ist, ich weiß nicht, welcher Vergleich, welche Parabel da angebracht ist, in Kärnten brennt der Stadl lichterloh und du versuchst, hier auch anzuzünden, um von der Rauchwolke dort abzulenken

(*Applaus ÖVP*). Offensichtlich ist das dringend notwendig, wenn man nur liest, was mit Parteienförderungen, was mit öffentlichen Geldern in unserem geliebten Nachbarbundesland so alles in den letzten Jahren vor sich gegangen ist, dann verstehen wir dich erst hier so richtig, dass du solche Ablenkungsmanöver hier startest, aber der Versuch misslingt. Du sprichst die Parteienförderung an, die auf null zu stellen ist. In der Bundesverfassung, und du bist ja hier und in Wien angelobt, auf die Verfassung im Artikel 1, Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volke aus, was heißt demokratische Republik? Das heißt, Parteienvielfalt, Parteienstaat und nochmals Parteienvielfalt. Wir wollen kein amerikanisches System mit Lobbyisten, die vom Staat angeblich überhaupt mit ihm dann letztlich gar nichts mehr zu tun haben, sondern nur vom Einflussnehmen, von privaten Finanziers, die die Abgeordneten zahlen. Unser Verständnis in Europa und insbesondere in Österreich ist da ganz ein anderes und wenn du anregst, die Parteienförderung auf null zu stellen, dann ist das eine gefährliche Drohung, die offensichtlich Kalkül ist, weil das Kalkül des BZÖ, und du bist hier ein für uns sehr sichtbarer Vertreter, ist Populismus pur. Und ich glaube, das muss man auf den Punkt bringen, braucht man aber auch nicht lange erklären, das sieht man hier (*Applaus ÖVP*). Ich meine, wenn man diesen Antrag nur ganz, eine erste Lesung macht, die Kosten der Parteienförderungen jetzt zum versuchten Inhalt deinerseits explodieren, die Parteienförderungen, das kann man sich auf der Zunge zergehen lassen und die Ziffern führst du selber an, ich brauche da gar nicht recherchieren und ich weiß, dass sie auch im Prinzip stimmen. 2003 in Summe 1,478 Millionen, sechs Jahre später oder sieben, 2008, 1,478 Millionen nicht nur real viel, viel weniger, sondern nominell sogar die selbe Summe, bitte, was ist da für eine Explosion? Kannst du mir das vielleicht nachher erklären? Ähnlich ist es bei den Funktionsgebühren der Stadtregierung, ich bin ja direkt froh, dass du den Antrag stellst, weil dann wird auch unser Gewissen etwas entlastet. Die Funktionsgebühren für Stadtregierung und Gemeinderat und Bezirksvorsteher 2003 3,287 Millionen und 2008 nicht einmal um 100 Millionen, ist viel Geld, mehr, 100.000 Euro mehr, ein mehr als realer Rückgang der Funktionsgebühren für unsere Tätigkeit. Ich glaube, das ist dem Bürger durchaus erklärbar, verantwortbar und unsere Reaktion, auch auf die wirtschaftliche Situation, und wenn du dann auf der zweiten Seite, um ein letztes Mal auf deinen Text hier direkt einzugehen, ein Rekorddefizit der Stadt derzeit offensichtlich von 1,4 Milliarden, das ist der Grund, warum ich mich vorher vergriffen habe, 1,4 Milliarden Rekorddefizit, das ist der konsolidierte Gesamtschuldenstand der Stadt Graz,

zugegebenermaßen hoch, aber wir haben nichts versteckt, wir haben gesagt, wir machen eine Konzernbilanz, das Haus Graz möchte einmal genau wissen, ich kenne keine Gebietskörperschaft, die das so ernst genommen hat, aber das alles ist ein Schuldenstand und kein jährliches Defizit. Ich möchte nicht weiter aus der Liste der Vorwürfe, die man der Presse in den letzten Jahren und Monaten nochmals aus deinem politischen Heimatland Kärnten vorzitiert, Spesensumpf, das betrifft den Prüfbericht der FPÖ über die Spesenabrechnung des damaligen Landeshauptmannes, er hat nämlich für seine politische Tätigkeit von der FPÖ, von der Bundes-FPÖ, auch noch Förderungen bekommen. Der Landesrechnungshof in Kärnten nennt das System, das dort herrscht, BZÖ-dominierte Freunderlwirtschaft, Begünstigung von BZÖ nahe stehenden Personen, Ungereimtheiten, überhöhte Baukosten bei einem karitativen Projekt für Kinder, das aber auf Kinder leider verzichten musste und zuletzt noch ein kleiner Steiermarkbezug, Styrian Spirit, kurz vorm Konkurs, drei Millionen Euro in die Luft geblasen. Ich möchte nicht polemisch sein, wirklich nicht, ich möchte durchaus, was Armin Sippel schon gesagt hat, noch ganz kurz bekräftigen und ergänzen: Wir haben, nicht nur auf Klubebene, sondern unter Beiziehung deiner Zwei-Mann-Fraktion umfangreiche intensive Gespräche für unsere Reformdemokratie, Reformpaket geführt. Einer der Hauptzweck dabei ist Kostenreduktion, ganz eindeutig, deswegen haben wir auch durch den Herrn Bürgermeister einen Antrag eingebracht, der liegt jetzt noch sozusagen auf Eis, wird aber verhandelt, Reduktion des Stadtsenates von neun auf sieben und Reduktion des Gemeinderates von 56 auf 48. Das ist hier Sache, und wenn du einen schon provoziert, muss man auch den gestrigen Beschluss des BZÖ-dominierten Klagenfurter Gemeinderates hier ans Rednerpult holen. Es ist hier eine populistische Verringerung der Stadtsenatsmitglieder auf fünf, aber bitte, Klagenfurt und Graz kann man den Faktor zwei zumindest ins Treffen führen, es ist eine Erhöhung, das soll man sich auf der Zunge zergehen lassen, die Anzahl der Ausschüsse, die Ausschussvorsitzenden bekommen da das Doppelte eines Gemeinderates, von acht auf 16 ist die Ausschussanzahl erhöht worden und damit die Kosten in dem Bereich verdoppelt worden, bei einer derartigen Unglaublichkeit, Gerald, traust du dich ernsthaft, hier uns einen Spiegel vorzuhalten, den weder wir noch die Grazer sich verdient haben. Aus diesem Sinne ist dein Vorhaben wohl mehr als entlarvt und wir können leider oder Gott sei Dank deinem Antrag nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gemeinderat! Ich werde mich kurz fassen, weil ich glaube, dieser populistische Antrag, es bedarf nicht sehr ausführlich zu diskutieren. Mein Vorredner hat schon auf vieles hingewiesen. Drei kurze Punkte. Ich frage mich, nachdem es Gerald Grosz schon ein paar Mal erklärt hat, was der Unterschied ist zwischen einem Defizit und einem Schuldenstand, ist es zu schwierig oder ist es populistisch bewusst eingesetzt? Wie gibt es, dass es das immer wieder verwechselt wird in schriftlichen Fassungen, dass man nicht unterscheiden kann zwischen Defizit und Schuldenstand, ist es wirklich zu schwierig oder ist das bewusst, ich weiß die Antwort nicht. Wir werden sehen, wie es in Zukunft weitergeht. Abgesehen davon, dass konsolidierter Schuldenstand soundso nicht vertretbar ist und dass die Zahl trotzdem nicht stimmt, es ist alles einfach falsch, aber Hauptsache, es ist schnell hingeschrieben, Hauptsache es geht raus, Hauptsache man ist in der Presse und Hauptsache es wird drüber geredet. Na gut, in dem Zusammenhang bin ich beim Zweiten, ich kann mir schon vorstellen, dass manche Kräfte Interesse haben, dass es weniger Geld für politische Parteien gibt, weil sie auch keine gescheite Arbeit machen, weil sie nicht glauben, dass das Arbeit ist, was man hier tut. Ich glaube einfach, dass es notwendig ist, dass wir uns einen Gemeinderat leisten können, dass wir auch diese Politik leisten können, sie ist es wert, sie ist notwendig, manchmal sollte sie wirklich besser sein, wenn ich mir manche Anträge anschau, aber im Prinzip ist es notwendig, diese politische Arbeit zu machen und dann bin ich schon beim dritten Punkt. Die Frage ist, das BZÖ ist ja nicht die größte Partei, wenn man die Wahlergebnisse anschaut, diese kleine Partei ist für die Abschaffung der Parteienförderungen, ich kenne bei kleinen Parteien, dass es sehr notwendig ist, ein bisschen eine Infrastruktur zu haben. In dem Zusammenhang beim BZÖ, wenn man schaut, wie die plakatieren, wo kommt denn das Geld bitte her? Kann das sein, dass hier eine Partei ganz andere Finanzquellen hat? Sollten wir vielleicht einmal über die reden, das kann ich mir schon vorstellen, dass für manche Parteien diese lächerliche Parteienförderung kein Geld darstellt, weil es andere Wege gibt, an Geld zu kommen. Die werden interessant, dass man sie anschaut, da sind die Summen versteckt. Aber reden wir nicht von dem bisschen Geld, das ist lächerlich (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Also die Diskussion, ich möchte nicht wehledig sein, aber sie ist beleidigend. Aber nicht für mich, sondern schlichtweg, wenn man sich offenbar wirklich nichts Besseres einfallen hat lassen. Der Vertreter der fünfstärksten Kraft in diesem Land, der fünfstärksten Kraft bei der EU-Wahl im Übrigen wieder, fünfstärkste Kraft, Schlusslicht, erklärt dem Vertreter der viertstärksten Kraft, dass es Probleme mit der Parteiförderung gibt und mit der Finanzierbarkeit der Größe der Kleinheit der Partei, die aber immerhin noch größer ist als man selbst, ist eigentlich recht lustig, ok. Das Zweite, der Vertreter der ÖVP, die mit dem BZÖ in Kärnten in einer Koalition sitzt, in einer Koalition in der Landesregierung sitzt, erklärt uns, dass der konsolidierte Gesamtschuldenstand der Stadt Graz 1,4 Milliarden Euro ist und jener von Kärnten 1,6 Milliarden Euro ist, na gratuliere, der konsolidierte Gesamtschuldenstand des gesamten Bundeslandes Kärnten 1,6 Milliarden Euro, jener der Stadt Graz 1,4 Milliarden Euro.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Das ist falsch.

GR. **Grosz**: Warum?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist nicht konsolidiert und Graz beträgt nicht 1,4 Milliarden, Ende der Durchsage.

GR. **Grosz**: So, dann müsst ihr aber euren eigenen Klubobmann einmal bitten, hier vorne nicht zu stottern, sondern er hat ja die Zahl selbst gesagt, er hat sie ja bestätigt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Er wollte die Zahlen nicht auch noch korrigieren.

GR. **Grosz**: Na, er hat es ja sonst bei allen anderen Zahlen geschafft. Der Herr Klubobmann Piffli-Percevic, der meinen Antrag nicht liest und schreibt und mich zitiert mit den Worten, ich hätte gesagt, die Kosten für die Parteiförderung der Stadt Graz explodieren. Wo steht das, da steht nichts, da steht die Kosten für den politischen Apparat der Stadt Graz explodieren und dann sind die einzelnen Kosten aufgetan, na selbstverständlich explodieren sie. Wenn sie auch in einer Zeit nicht mehr gerechtfertigt sind, in einer Zeit auch nicht mehr gerechtfertigt sind, in der viele andere Menschen unserer Stadt im Übrigen nichts haben und nicht einmal einen Arbeitsplatz. Daher nicht alles, was ein Vergleich ist, hinkt, lieber Kollege Piffli-Percevic und dann hättest du ehrlicherweise zum Klagenfurter Stadtsenat Folgendes sagen müssen, aber vielleicht kannst du es mir jetzt noch schnell beantworten. Wie viel sind in Hinkunft dann die Gemeinderatsmitglieder, also Ausschüsse haben wir 16, wie viele sind denn die Gemeinderatsmitglieder, also den Stadtsenat hat man von neun auf fünf reduziert, hast du selber gesagt, stehst da draußen, fünf. Gemeinderat möglich 28? Dort funktioniert es, hier funktioniert es nicht und dann kommt man noch mit einer schwindligen Erklärung daher und sagt, also die Spesen des Herrn Haider, die er an die Partei verrechnet hat. Die sogenannten Spesen, Hubschrauberkosten, die von der Seite www.radar.at oder was auch immer heruntergenommen ist, für die Bestreitung von Wahlkämpfen als Spesen hier vorne zu zitieren, das ist doch billig. Soll ich die Wahlkampfkosten des Herrn Ernst Strasser für diese EU-Wahl dir buchstabieren, soll ich das Budget des Herrn Schützenhöfer für die Landtagswahl budgetieren, mit was er sich durch das Land kutschieren lässt und Plakate pickt, Wahlkampfkosten von dir hier draußen und Aufwendungen im Wahlkampf als Spesen tituliert, die aus einer damaligen Partei FPÖ verrechnet habe, nein, die ihm seine damalige Partei zugestanden hat, dass er Wahlkämpfen hat können mit Verlaub, weil im Gegensatz zu vielen anderen Politikern wollen ihn ja viele Menschen in Österreich sehen, dich mag vielleicht keiner sehen, bei ihm haben wir einen Hubschrauber gebraucht, dass man ihn für alle Menschen in diesem Land sichtbar macht, dass das dir niemals passieren wird, wie im Übrigen der gesamten ÖVP, ist klar. Lest die heutige Tageszeitung Österreich, die ersten beiden Seiten Doppelseite habt ihr sogar bekommen und eine Titelseite und alle Tageszeitungen

auch 19 Millionen Euro an Learjet-Kosten, Business-Charts, Dallas, Denver-Clan, Falcon Crest, so habt ihr euch einmal fühlen wollen, eure Minister, und ein bisschen Champagner trinken im Learjet nach Brüssel hinaus, also noch einmal, bitte mir über solche Kosten nichts zu erklären, daher abschließend und es ist mein Schlusswort, ich ersuche Sie dennoch um Zustimmung Selbstverständlich werde ich mir erlauben, den Antrag im Verlauf der gesamten Gemeinderatsperiode öfter einzubringen, weil ich merke, es gibt jedes Mal eine sehr launige Diskussion darüber.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.